

Protokoll 50 des Grossen Stadtrates von Luzern

– Donnerstag, 27. Juni 2024, 09.00 – 17.30 Uhr

– Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz	Ratspräsident Jules Gut
Präsenz	Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Maël Leuenberger den ganzen Tag, Christian Hochstrasser ab 15.10 Uhr, Peter Gmür ab 16.30 Uhr
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtschreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Franz Lienhard und Karin Spinnler Schmid

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2	Genehmigungen der Protokolle 46 vom 29. Februar 2024 und 47 vom 21. März 2024	3
3	Bericht und Antrag 13 vom 17. April 2024: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023	3
4	Interpellation 362, Christian Hochstrasser und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion vom 19. April 2024: Szenarien für die mittel- und langfristige Steuerung der Finanz- und Steuerpolitik	16
5	Interpellation 368, Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 22. Mai 2024: Stellenwachstum in der Stadt Luzern	16
6	Ombudsstelle der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2023	16
7	Bericht und Antrag 14 vom 27. März 2024: Erlass des Reglements über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ)	17
8	Bericht und Antrag 20 vom 17. April 2024: Energiekostenzulage. Abrechnung Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte». Sonderkredit 2024	19
9	Bericht und Antrag 21 vom 17. April 2024: Kinder- und Jugendschutz KJS. Anwendung Ressourcen- und Controllinginstrument. Sonderkredit	25
10	Bericht und Antrag 19 vom 17. April 2024: Personelle Ressourcen Grünflächenpflege. Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente beim Tiefbauamt, Bereich Stadtgrün	29

–	Dringliche Interpellation 375, Chiara Peyer und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion sowie Patricia Almela und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 16. Juni 2024: Steuergesetzrevision 2025: Auswirkungen und Positionierung der Stadt Luzern	36
11	Bericht und Antrag 8 vom 6. März 2024: Citylogistik Stadt Luzern. Kenntnisnahme Planungsbericht. Abschreibung Postulat 267	38
12	Bericht und Antrag 22 vom 17. April 2024: Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen	44
13	Bericht und Antrag 24 vom 24. April 2024: Abschreibung von Motionen und Postulaten. 1. Halbjahr 2024	47
14	Postulat 355, Peter Gmür und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion vom 19. März 2024: Längere Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek	49
15	Bevölkerungsantrag 301, Alex Messerli, Tamara Celato und Reto Eberhard Rast namens der Antragstellenden vom 19. Oktober 2023: Durchsetzung Durchfahrverbot Libellenstrasse	49
16	Motion 279, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 24. Juli 2023: Luzerner Sprachfördergutscheine	54
17	Postulat 326, Regula Müller und Patricia Almela namens der SP-Fraktion vom 7. Januar 2024: Stipendien für Weiterbildungen: In der Stadt Luzern den beruflichen Aufstieg ermöglichen	57
18	Motion 338, Barbara Irniger, Martin Abele und Monika Weder namens der G/JG-Fraktion, Caroline Rey namens der SP-Fraktion sowie Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 24. Januar 2024: Schaffung einer Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung	59
19	Postulat 324, Mario Stübi namens der SP-Fraktion vom 4. Januar 2024: Neuer Wohnraum an der Fruttstrasse	60
20	Postulat 350, Diel Tatjana Schmid Meyer und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 19. Februar 2024: Ausscheiden der Richard-Wagner-Wiese / Anlegestelle Tribtschenhorn zu öffentlichem Badeplatz	62

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Jules Gut begrüsst die Anwesenden zur 50. Sitzung des Grossen Stadtrates, zur letzten Sitzung in der laufenden Legislatur.

Die heutige Sitzung ist ganztägig. Unmittelbar nach der Mittagspause wird die Vereidigung der drei neuen Mitglieder des Stadtrates stattfinden. Spätestens um 16.30 Uhr wird der Sprechende mit der Verabschiedung der Mitglieder des Stadtrates und des Grossen Stadtrates beginnen, die heute zum letzten Mal an einer Ratssitzung teilnehmen.

Die Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates hat sich heute Morgen über die Kommissionspräsidien und die Sitzzuteilung in den Kommissionen geeinigt. Leider ist jedoch ein kleiner Fehler passiert: Die formelle Bestätigung der Zuteilung von Rats- und Vizepräsidien für die Legislatur 2024–2028 sowie der Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler ging vergessen. Der Sprechende bittet daher die Mitglieder der Geschäftsleitung, in der Nachmittagspause nach vorne zu kommen, um das noch nachzuholen.

Wie immer wird die Ratssitzung live übertragen. Diejenigen, die ein Votum halten, mögen dazu aufstehen und das Mikrofon ein- und danach wieder ausschalten. Das ist wichtig für die Protokollierung.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Beschlussfassung über die Behandlung der dringlich eingereichten Vorstösse

Folgender Vorstoss wurden termingerecht dringlich eingereicht:

**Dringliche Interpellation 375, Chiara Peyer und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion sowie Patricia Almela und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 16. Juni 2024:
Steuergesetzrevision 2025: Auswirkungen und Positionierung der Stadt Luzern**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die dringliche Behandlung der Interpellation 375 ist somit beschlossen.

Die Interpellation wird am Nachmittag nach der Vereidigung der neuen Mitglieder des Stadtrates behandelt.

2 Genehmigungen der Protokolle 46 vom 29. Februar 2024 und 47 vom 21. März 2024

Die Protokolle 46 vom 29. Februar 2024 und 47 vom 21. März 2024 werden genehmigt und verdankt.

3 Bericht und Antrag 13 vom 17. April 2024: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023

Gleichzeitig mit diesem Traktandum werden die Traktanden 4 (Interpellation 362, Christian Hochstrasser und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion vom 19. April 2024: Szenarien für die mittel- und langfristige Steuerung der Finanz- und Steuerpolitik) und 5 (Interpellation 368, Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 22. Mai 2024: Stellenwachstum in der Stadt Luzern) behandelt.

EINTRETEN

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai 2024 den Bericht und Antrag 13/2024: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023» beraten. Die Jahresrechnung der Stadt Luzern schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 80,1 Mio. Franken ab und fällt somit um 111,2 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Von den geplanten Bruttoinvestitionen von 90,5 Mio. Franken liessen sich 76,6 Mio. Franken realisieren. Das entspricht einer Ausschöpfung von 85 Prozent und stellt eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr dar.

Die Kommission strich die Ausgabengenaugigkeit der Stadt und das bessere Erreichen des Investitionsplafonds als erfreulich heraus. Neben Fragen zu konkreten Ausgaben in den einzelnen Direktionen führten die noch nicht klar absehbaren Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision 2025 und der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes zu Diskussionen.

Die GPK zieht ein positives Fazit zum Geschäftsbericht und bedankt sich bei der Verwaltung für die detaillierte und exakte Ausarbeitung der Vorlage. Sie hat die Jahresrechnung sowie die Abrechnung der Sonderkredite bei zwei Abwesenheiten einstimmig genehmigt.

Thomas Gfeller: In der Privatwirtschaft würde man zu diesem erneut positiven Ergebnis gratulieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden vermutlich einen schönen Batzen als Bonus erhalten. Wenn eine Verwaltung, eine Finanzdirektion einer Gemeinde – im vorliegenden Fall ist es die Stadt Luzern – einen Ertragsüberschuss von über 80 Mio. Franken ausweist, melden sich sehr viele Kritiker und Spezialisten zu Wort, die der Meinung sind, dass die städtische Finanzministerin den Karren nicht im Griff habe. Es gibt aber auch Personen und wohl auch Kritiker, die sich mit der Materie auseinandersetzen und feststellen, dass die Einflüsse für dieses positive Ergebnis sehr vielen exogenen Faktoren ausgesetzt sind, die sich nicht so einfach steuern lassen. Ob sich z. B. eine Firma in der Stadt niederlässt oder nicht, können weder die Verwaltung noch die Politiker wissen. Aus diesem Grund scheint es der SVP-Fraktion wichtig, dass die Optik ein wenig geändert und die Ausgabenseite als Referenz betrachtet wird. Tut man das, wird man schnell feststellen, dass die Ausgabenseite bei Budget und Rechnung weitestgehend übereinstimmt. Das gilt es zu würdigen und der Verwaltung dafür zu danken. Die Stadt Luzern hat die Kosten, die Ausgaben im Griff.

Für die SVP-Fraktion war es richtig und wichtig, dass der Steuerfuss senkung von der Bevölkerung zweimal hintereinander deutlich zugestimmt wurde und somit der Steuerfuss gesamthaft um 0,1 Einheiten gesenkt werden konnte. Diese Senkung entspricht leider nicht der Höhe, die sich die SVP-Fraktion vorgestellt hatte. Von der Bevölkerung wurde jedoch ein klares Zeichen gesetzt, dass sie längerfristig kein Verständnis mehr hat, wenn so massiv positive Ergebnisse wie in den letzten Jahren auch zukünftig ausgewiesen werden.

Die Mitglieder des Grossen Stadtrates wissen, dass diese Ergebnisse nicht einfach «Unfälle» einer Fehlplanung sind, sondern nicht beeinflussbare externe Faktoren haben zu diesen Überschüssen beigetragen. Mehrmals hat der Grosse Stadtrat darüber diskutiert, ob man diese Erträge anders – genauer – budgetieren kann oder ob sie vorhersehbar sind. Die Antwort lautet nein. Was kann die Stadt also tun? Es wäre falsch, die Globalbudgets zu erhöhen oder die Ausgaben künstlich zu erzwingen, denn die Stadt hat nicht einmal die Ressourcen, um diese Ausgaben umzusetzen. Was die Stadt tun kann, ist einzig und allein, die Bevölkerung sowie die ansässigen Firmen zu «belohnen», indem die Steuern reduziert werden. In den nächsten Jahren stehen grosse Investitionen an. Auch wenn die Stadt die Belastung für die Steuerzahlenden reduziert, bleibt genügend Geld übrig, dass sie priorisierte Vorhaben umsetzen und für die Zukunft bereitstellen kann.

Zur Interpellation 362 gibt es zu sagen, dass die gleichen Interpellanten erst kürzlich eine ähnliche Dringliche Motion mit fast dem gleichen Inhalt eingereicht haben, welche der Grosse Stadtrat in ein Postulat umgewandelt und letztlich auch überwiesen hat. Der Sprechende denkt, es liegt auf der Hand, was die Interpellanten oder Motionäre – es sind die gleichen Unterzeichneten – mit ihren Vorstössen erreichen wollen: Sie wollen eine klare, verlässliche Aussage des Stadtrates, wie sich in Zukunft die Finanzen in der Stadt entwickeln. Aufgrund der Steuerreduktionen und momentan auch der Steuerstrategie betreffend die juristischen Personen wird von ihnen nämlich vermutet, dass das Klumpenrisiko «Firmen» gross ist und die Stadt für ihre Strategie bestraft wird, indem diese Unternehmen allenfalls dislozieren könnten. Dieses Szenario ist durchaus möglich, aber man sollte sich auch überlegen, was man tun kann, damit die

Unternehmen eben nicht wegziehen. Vielleicht könnte die Stadt weniger regulatorische Massnahmen beschliessen, vielleicht könnte sie ein bisschen wirtschaftsfreundlicher sein – nicht nur steuertechnisch gesehen –, vielleicht könnte sie Rahmenbedingungen anbieten, welche für die Unternehmen attraktiv sind. Um ein paar Beispiele zu nennen: Der Verkehr, die innerstädtische Mobilität, das ewige Thema Parkplatzsituation, Bauvorschriften sind Themen, welche man in Zukunft auch aus der Sicht der Unternehmen klar durchleuchten und angehen muss. Wenn ein KMU, ein Handwerksbetrieb sich heute in der Stadt Luzern niederlassen will, ist das praktisch unmöglich; solche Unternehmen sind gezwungen, ihre geschäftlichen Tätigkeiten in die Peripherie zu verlegen. Das ist nicht sinnvoll. Mittel- bis langfristig muss sich die Stadt überlegen, was sie dagegen tun kann.

Zur Interpellation 368, Stellenwachstum in der Stadt Luzern: Die Fragen, welche in dieser Interpellation gestellt werden, kann man nach jeder Legislaturperiode wieder erneut stellen und man wird immer die gleiche Antwort erhalten: Ja, die Stadt hat wieder massiv Stellen ausgebaut; ja, ein grosser Teil der Stellen ist in der Volksschule angefallen; und ja, die Kosten, die dadurch entstehen, sind beachtlich, sie sind extrem hoch. Die Fragen sind beantwortet, der Stadtrat hat klar aufgezeigt, wo und wie der Stellenzuwachs anfällt – und was machen die Mitglieder des Grossen Stadtrates daraus? – Nichts. Sie stellen immer noch fleissig Anfragen, stellen Anträge an den Stadtrat und reizen ihr Recht dermassen aus, dass das Ganze teilweise an die Grenze des Machbaren stösst. Der Grosse Stadtrat verabschiedet neue Gesetze, welche kontrolliert und begleitet werden müssen, und gleichzeitig fragen sich die Mitglieder des Grossen Stadtrates, warum die Stadt ein hohes Stellenwachstum hat. Eines darf man bei dieser Fragestellung nicht ausser Acht lassen: Der Stadtrat selbst beschliesst oder beansprucht für sich nicht neue Stellen. Neue Stellen beschliesst der Grosse Stadtrat – die Mitglieder des Grossen Stadtrates hier in diesem Saal. Offensichtlich ist ein grosser Teil der hier anwesenden Politikerinnen und Politiker klar der Meinung, dass es der Stadt viel besser geht, wenn der Grosse Stadtrat alle diese Stellen bewilligt. Gleichstellung da, Schulbetreuung dort, Chef Digital, eine Fachstelle für was auch immer, und neuerdings, wie an der letzten Ratssitzung, unterstützt der Grosse Stadtrat auch Vereine, die auf der Suche nach einem Clubhaus sind. Und dabei ist man der Meinung, dass das alles nichts kosten darf. Irrtum, das alles hat einen Preis, und bis auf wenige haben die Mitglieder des Grossen Stadtrates dem zugestimmt. Die SVP-Fraktion tritt auf den Jahresbericht 2023 ein und genehmigt ihn.

Martin Huber: Besten Dank für den vorliegenden Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023. Die GLP-Fraktion dankt ausdrücklich den Mitarbeitenden in der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Die Fraktion ist sehr erfreut über die klare Zustimmung der Bevölkerung von nahezu 80 Prozent zur Reduktion des Steuerfusses von 1,75 auf neu 1,7 Einheiten. Ebenfalls begrüsst die Fraktion es sehr, dass der Stadtrat auch für das Jahr 2024 eine weitere Steuerfussreduktion beantragt hat. Für die GLP-Fraktion waren jahrelang die zumindest aus ihrer Sicht jeweils zu tiefen Investitionsvolumen ein grosses Thema. Einmal hat man dem Parlament erklärt, der Fokus liege auf den auszulagernden Heimen, damals mussten die Schulhäuser warten. Ein anderes Mal kam ein Sparprogramm dazwischen oder fehlende interne Ressourcen. Mittlerweile hat die Stadt einen Prozess hinter sich, sodass sie die Investitionen, die sie im Plafond vorsieht, auch tatsächlich umsetzt, was die GLP-Fraktion sehr begrüsst. Die GLP-Fraktion unterstützt die Strategie, dass die Stadt zu ihren Infrastrukturen Sorge trägt, insbesondere wenn die Mittel vorhanden sind. Damit verschafft sie dem lokalen Gewerbe Aufträge, was zur Wertschöpfung beiträgt. Auch die vermehrten und deutlich steigenden Investitionen in den Rückbau von fossilen Heizungen, in Gebäude- und Schulhaussanierungen und für bauliche Massnahmen gegen den Klimawandel, für Velowege, Spielplätze, Bäume, begrüsst die GLP-Fraktion ausdrücklich. Die Fraktion ist zudem sehr zufrieden mit der erneuerten und korrigierten aktuellen Version von Schule-PLUS. Da hat sich die Stadt Luzern nach Ansicht der Fraktion auf den richtigen Weg begeben. Nachdem die Stadt beim Thema Tagesschule mehrmals in einer Sackgasse landete, möchte die GLP-Fraktion den Mitarbeitenden der Bildungsdirektion und der Volksschule explizit für die erarbeitete Umsetzung herzlich danken. Schliesslich wurde das neue Modell mit einer doch ansehnlichen Kreditsumme im Grossen Stadtrat einstimmig und vom Volk mit überwältigender Zustimmung verabschiedet. So macht Politik Freude.

Fortschritte hat die Stadt auch mit der erweiterten Leistungsvereinbarung mit Vicino Luzern erreicht. Nach Ansicht der GLP-Fraktion macht die Stadt im Sozialbereich vieles richtig, sei es für unterstützungsbedürftige Menschen, bei der Versorgung im Alter, bei Anliegen von Kindern, Jugendlichen und Familien. Mit

dem Sportkonzept 2030 wurden zudem neue Leitlinien für Bewegungs- und Sportangebote in der Stadt Luzern gesetzt.

Besten Dank auch für den Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms 2022–2025 auf den Seiten 10 und 11 des vorliegenden Geschäftsberichts. Diese zwei Seiten bieten eine Zusammenfassung der letzten vier Jahre der städtischen Politik. Es ist klar, dass nie alle Ziele vollständig umgesetzt werden können. Der Fokus der städtischen Politik wurde jedoch aus Sicht der GLP-Fraktion richtig gesetzt und die Fraktion dankt für das transparente Controlling. Es ist eindrücklich zu sehen, mit wie vielen unterschiedlichen Stellschrauben die Stadt aktiv unterwegs ist und wie sie sich jährlich weiterentwickelt, getreu dem Motto: «Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.»

Die GLP-Fraktion attestiert dem Stadtrat, dass er die Lehren aus den vergangenen Jahren gezogen und seine Instrumente für die Steuerung der Finanz- und Steuerpolitik angepasst hat. Nun ist es zentral, dass die vorhandenen Mittel einerseits zielgerichtet für die Umsetzung der Klimastrategie und eine lebenswerte Stadt eingesetzt werden, andererseits die Investitionen gemäss Plafond aufrechterhalten werden. Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch eine vernünftige Steuerpolitik. Aus diesem Grund begrüsst die GLP-Fraktion auch die Massnahmen auf dieser Seite, nicht nur auf der Ausgabenseite. Wie der Stadtrat in seinen Ausführungen zu den Interpellationen aufzeigt, lassen sich die Ertragsausfälle aus der Steuergesetzrevision einigermaßen auffangen. Trotzdem muss sich die Stadt darauf einstellen, dass der Ertragsausfall zu Massnahmen führen kann, insbesondere auch, wenn sich gleichzeitig die Wirtschaftslage verschlechtern würde. In dieser Betrachtung gilt es, sich nicht von den tollen Zahlen der letzten Jahre blenden zu lassen, sondern die Mittel mit Vernunft und Weitsicht einzusetzen.

Es ist in der Tat eindrücklich, wie viele Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen wurden. Es sind Stellen, welche das Parlament ja auch entsprechend bewilligt hat. Trotzdem ist das ein bisschen erstaunlich, zumal im Parlament oftmals kein grosser Widerstand spürbar ist. Jedem Unternehmer ist bewusst, dass ein Stellenaufbau nachhaltige Kosten verursacht, selten werden Aufgaben befristet eingeplant. Das mahnt die Mitglieder des Grossen Stadtrates zu verantwortungsvollem Umgang. Gerade wenn die Erträge weiterwachsen, sind Begehrlichkeiten eben nahe. Doch das Wachstum kommt nur zustande, wenn die Bedingungen in Ordnung sind. Gerade betreffend Unternehmenssteuern wird mit der Beantwortung der Interpellation 362 vor Augen geführt, dass diese Seite der Erträge für das Wachstum verantwortlich ist. Bekannt ist auch, dass diese Erträge volatiler sind als diejenigen der natürlichen Personen. Gerade dieser Umstand sollte die Mitglieder des Grossen Stadtrates immer begleiten, wenn es darum geht, dass sie die Verwaltungskosten mit ihren Anträgen und Wünschen erhöhen. Nicht alles, was wünschbar ist, ist auch sinnvoll. In diesem Sinne wünscht sich die GLP-Fraktion vom Grossen Stadtrat die Achtsamkeit und das Bewusstsein, dass Steuern auch erarbeitet werden müssen und das Geld in der Regel, ausser bei ein paar Influencern, nicht vom Himmel fällt.

Die GLP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023 ein und wird ihnen zustimmen.

Chiara Peyer: Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihren täglichen Einsatz. 2023 hat die Stadt Luzern vieles erreicht, auf das die G/JG-Fraktion gerne zurückschaut. Die Stadt hat z. B. die Klimakrise benannt, die Energiekostenzulage ins Leben gerufen, mit welcher während sehr hoher Energiekosten gezielt Haushalte entlastet werden konnten. Auch weiterhin wird entsiegelt, das Velonetz wird vorangetrieben, Parkplätze werden abgebaut, 30er-Zonen eingeführt und Schulraum wird weiterentwickelt. All das ist der G/JG-Fraktion sehr wichtig.

Finanziell geht es der Stadt Luzern sehr gut. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 80 Mio. Franken ab. Das Ergebnis im Budget wird um über 111 Mio. Franken übertroffen. Ein Grossteil davon lässt sich vor allem auf eine kleine Anzahl steuerkräftiger juristischer Personen zurückführen. Wie allerdings auch im Geschäftsbericht steht, trüben sich die finanziellen Aussichten durch die anstehende Steuergesetzrevision des Kantons und die Teilrevision des kantonalen Finanzausgleichs. Trotzdem will der Stadtrat eine Steuersenkung, auch trotz des Klumpenrisikos, das die wenigen ertragsstarken Unternehmen darstellen.

Auch im Jahr 2024 und darüber hinaus gibt es viel zu tun. Es stehen wichtige Investitionen an, z. B. weiterhin für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie oder für das neue Tagesschulmodell. Die G/JG-Fraktion will keine Steuersenkung, sie will, dass es mit den Investitionen vorwärtsgeht. Zudem betrachtet

sie eine Steuersenkung nicht als zielführend, wenn man damit die Bevölkerung am Ertragsüberschuss der Stadt Luzern beteiligen möchte.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird den Ziffern I und II zustimmen.

Patricia Almela bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei der Stadtverwaltung für den vorliegenden Geschäftsbericht 2023. In der Stadt Luzern wurde im Jahr 2023 viel geleistet, ein grosser Dank gilt deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, welche ein grosses Engagement an den Tag gelegt haben. Die Umstände waren bestimmt nicht immer einfach. Auch der Fachkräftemangel macht nicht Halt vor der Stadtverwaltung. Die kommenden Herausforderungen und die damit verbundenen Aufgaben werden nicht weniger. Die Sprechende denkt hier spezifisch an die Erreichung der Ziele der Klima- und Energiestrategie, an die Umsetzung der Tagesschule oder an das Vorantreiben des dringend notwendigen gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Erneut werden alle letztjährigen Resultate getoppt. Mit einem Ertragsüberschuss von 80,1 Mio. Franken kann die Stadt Luzern auf ein äusserst erfolgreiches Jahr zurückblicken, das auf der Einnahmenseite alle Erwartungen übertroffen hat. Erneut ist dieses Resultat auf einige wenige juristische Personen zurückzuführen.

Es freut die SP-Fraktion zu lesen, dass gegenüber dem Vorjahr die Nettoinvestitionen um 11 Mio. Franken gesteigert werden konnten. Mit der Unterschreitung des Investitionsplafonds um 14 Prozent bewegt sich die Stadt auf einem niedrigeren Niveau als in der Vergangenheit. Dies zeigt, dass es der Stadt gelingt, Investitionen präziser und effizienter zu planen und umzusetzen.

Vor der Stadt Luzern liegen wichtige Ziele, die sie zu erreichen versuchen muss, die Sprechende hat einige davon bereits erwähnt. Das ist nur möglich mit einer finanziell gut aufgestellten öffentlichen Hand und den nötigen finanzpolitischen Flexibilitäten.

Der Fiskalertrag in der Stadt ist volatil und stark gestiegen. Es gilt auch in Zukunft Sorge zu den Finanzen der Stadt zu tragen und nicht sofort Forderungen nach Steuersenkungen zu stellen. Die SP-Fraktion lehnt daher auch die geplante Steuersenkung erneut klar ab. Gründe, die dagegensprechen, sind Investitionen, welche auf die Stadt zukommen, sowie die kantonale Steuergesetzrevision, deren Einfluss auf den städtischen Finanzhaushalt noch nicht ganz klar ist. Darüber wird der Grosse Stadtrat am Nachmittag bei der dringlichen Interpellation 375 noch diskutieren.

Viele Menschen in der Stadt Luzern stehen nach wie vor unter Druck. Sie leiden unter den steigenden Krankenkassenprämien und erhöhten Mietkosten, welche wirklich gravierend sind. Für die SP-Fraktion ist klar, dass die Stadt gegenüber ihrer Bevölkerung in dieser schwierigen Lage eine Verantwortung trägt und diese wahrnehmen muss, statt Steuersenkungen zu fordern.

Die SP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Geschäftsbericht sowie der Jahresrechnung zustimmen.

Marija Bucher-Djordjevic: Die FDP-Fraktion bedankt sich für den sehr ausführlichen und sorgfältig vorbereiteten Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023. Es freut die Fraktion, dass es der Stadt Luzern offensichtlich sehr gut geht.

Die Fraktion schätzt die detaillierte und transparente Darstellung der Finanzen sowie die umfassende Analyse der geschäftlichen Aktivitäten des vergangenen Jahres. Es ist allen bewusst, dass hinter einem solch detaillierten und präzisen Bericht sehr viel Arbeit steckt.

Die sorgfältige Arbeit und das Engagement der Mitarbeitenden tragen wesentlich dazu bei, dass der Grosse Stadtrat ein klares und vollständiges Bild der finanziellen Lage der Stadt Luzern erhält. Das ist eine unverzichtbare Grundlage für fundierte künftige Entscheidungen und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt.

Es gilt somit Danke zu sagen, dass man sich in den vergangenen Jahren eingesetzt und auch offensichtlich einiges richtig gemacht und strategisch kluge Entscheidungen getroffen hat, wodurch die Stadt insbesondere für Unternehmungen attraktiv wurde, die für das sehr gute Ergebnis gesorgt haben. Es ist darum aus Sicht der FDP-Fraktion wichtig, dass die Stadt weiterhin gute Beziehungen mit Unternehmungen pflegt und gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen schafft.

Gesamthaft liegt ein sehr gutes Jahresergebnis vor. Der Steuerertrag liegt mit über 80 Mio. Franken über dem Budget sowie um über 60 Mio. Franken über dem Vorjahr. Das ist viel.

Bei allem Verständnis dafür, dass es nicht ganz einfach ist, Prognosen zu machen und das Budget für eine sehr dynamische Gemeinde zu erstellen, muss man trotzdem festhalten, dass sich der Steuerertrag seit Jahren gleich und auch sehr krisenresistent entwickelt hat und sich auf eine kleine Anzahl steuerkräftiger Unternehmen zurückführen lässt. Deshalb ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass man die Prognosen für die Zukunft etwas weniger verhaltensoptimistisch stellen dürfte. Aufgrund der bisherigen Erfahrung mit Prognosen und tatsächlichen Zahlen ist die Sprechende fast überzeugt, dass die Stadt auch im laufenden Geschäftsjahr mit einem sehr guten Ergebnis über Budget rechnen darf. Die aktuelle Hochrechnung ist zwar noch nicht bekannt. Sollte jedoch die Stadt wieder einen zu hohen Steuerertrag erwarten, muss man bei der nächsten Budgetdebatte eine deutliche Steuersenkung zur Entlastung von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern vorsehen und darüber diskutieren, ob eine Zwanzigstel-Steuersenkung tatsächlich genügt.

Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass die Nettoaufwände der Globalbudgets der Direktionen 18,4 Mio. Franken unter dem Budget liegen. Das sind 18,4 Mio. Franken, die der Grosse Stadtrat zulasten der Steuerzahler beschlossen hat, ohne dass diese ausgegeben wurden. Selbstkritisch muss man hier im Grossen Stadtrat sagen, dass es nicht nur weise, sondern auch eine Verpflichtung wäre, künftig Budgetziele zu setzen, die tatsächlich erfüllbar sind. Hätte man nämlich umsetzbare Budgetziele beschlossen, wäre das Ergebnis der Stadt noch deutlicher über dem Budget ausgefallen.

Es ist sehr erfreulich zu lesen, dass die grosse Mehrheit der Legislaturziele 2022–2025 erreicht wurde. Die Stadt Luzern weist in allen Bereichen eine sehr gute Bilanz auf und zeigt sich nicht nur als lebenswerte Gemeinde, sondern auch als nachhaltige und diverse Stadt. Was allerdings den positiven Gesamteindruck trübt, ist die fehlende Umsetzung der Digitalisierung: Es ist schon erstaunlich und auch mit Blick auf andere Städte überraschend, dass es der Stadt Luzern nicht gelingt, Prozesse und Dienstleistungen so zu digitalisieren, wie es die Öffentlichkeit erwartet. Digitalisierung muss darum bei den Legislaturzielen 2026–2029 ein Schwerpunkt werden.

Der Stadtrat präsentiert 2023 ein grosses Investitionsprogramm. Die FDP-Fraktion bedankt sich auch bei der Arbeitsgruppe Investitionen. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass durch unterjährige Investitionsprojekte nicht realisierbare Investitionen kompensiert wurden und damit das Budget besser ausgeschöpft wurde. Die FDP-Fraktion wird sich künftig dafür einsetzen, dass man umsichtiger mit der Budget- und Finanzplanung umgeht und Projekte in Auftrag gibt, die tatsächlich realisierbar sind.

Im Übrigen bedankt sich die FDP-Fraktion für die Weiterverfolgung des B+A «Baubewilligungsverfahren beschleunigen» auch im vergangenen Jahr. Aus ihrer Sicht ist es unerlässlich, Baubewilligungsverfahren weiter zu optimieren, da schliesslich alle mehr Wohnraum wünschen und man das in der Stadt Luzern auch erreichen muss. Dass das bewilligte Bauvolumen im Jahr 2023 einen absoluten Höchststand erreicht hat, kann nur bedeuten, dass die Bereitschaft der Privatwirtschaft einschliesslich der Baugenossenschaften vorhanden ist, die Stadt baulich weiterzuentwickeln und in neue Bauten zu investieren. Die Stadt muss somit diese Bereitschaft weiterhin zeitnah aufnehmen und die Bauarbeiten schnell und effizient ermöglichen.

Zur Interpellation 362, «Szenarien für die mittel- und langfristige Steuerung der Finanz- und Steuerpolitik»: Die FDP-Fraktion bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. – Bemerkung am Rande: Der Grosse Stadtrat hat jetzt wohl sämtliche Vorstossarten mit ähnlichem Inhalt durchgemacht. – Vielen Dank für das transparente Aufzeigen der Überlegungen des Stadtrates. Die FDP-Fraktion wartet jetzt gespannt auf die Hochrechnung der Stadtfinanzen, welche im Normalfall, wenn man die Hochrechnung 1 des Kantons anschaut, positiv sein dürfte.

Zur Interpellation 368, «Stellenwachstum in der Stadt Luzern»: In den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Stellen in der Verwaltung zu verzeichnen und festzustellen, aber dieses Ergebnis ist nicht überraschend. Der Anstieg ist vor allem auf die hohe Anzahl an Aufträgen an den Stadtrat zurückzuführen, um sehr umfangreiche strategische Ziele wie z. B. die Klima- und Energiestrategie umzusetzen.

Die FDP-Fraktion anerkennt die Bedeutung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Es ist unbestreitbar, dass alle in der Gesellschaft und als Stadt Verantwortung übernehmen müssen, um nachhaltige Energiequellen zu fördern und schonend mit Ressourcen umzugehen. Allerdings muss man auch die Effizienz und die Kosten der Verwaltung im Auge behalten, auch das gehört zur Nachhaltigkeit.

Das zunehmende Stellenwachstum in der Verwaltung bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich. Einerseits ermöglicht es, grosse Projekte und Strategien zielgerichtet umzusetzen. Andererseits stellt sich die Frage, wie der Grosse Stadtrat die Effizienz und Kostenkontrolle sicherstellen kann, ohne die Qualität und Effektivität der Verwaltungsarbeit zu gefährden.

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine schlanke, effiziente und effektive Verwaltung ein. Sie glaubt, dass es Möglichkeiten gibt, die Verwaltungsstrukturen der Stadt zu optimieren, ohne dabei auf wichtige Projekte und Initiativen zu verzichten. Hierzu gehören unter anderem: 1. Priorisierung von Projekten, 2. Effizienzsteigerung durch Digitalisierung, und nicht zuletzt 3. öffentlich-rechtliche Gesellschaften.

Eine gezielte Auslagerung an selbstständige öffentlich-rechtliche Gesellschaften kann dazu beitragen, innovative Lösungen zu entwickeln und die Umsetzung der Strategien der Stadt zu beschleunigen.

Die Sprechende möchte nochmals betonen, dass die FDP-Fraktion nicht gegen die Umsetzung von wichtigen strategischen Zielen ist. Im Gegenteil, die Fraktion unterstützt Massnahmen, die zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Luzern beitragen. Gleichzeitig sieht sie trotzdem die Notwendigkeit, die Verwaltung effizient zu gestalten und die Ausgaben im Blick zu behalten.

Nochmals mit grossem Dank für die Arbeit und das grosse Engagement tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und wird der Genehmigung des Jahresberichtes für das Jahr 2023 zustimmen sowie aufgrund der genauen Aufschlüsselung im Geschäftsbericht und des positiven Revisorenberichts die Abrechnungen der Sonderkredite genehmigen.

Mirjam Fries: Der Geschäftsbericht ist immer Anlass, um zurückzuschauen: Es ist wieder beeindruckend, was in der Stadt Luzern im vergangenen Jahr alles geleistet wurde. Im Namen der Mitte-Fraktion bedankt sich die Sprechende bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für den zuverlässigen und grossen Einsatz.

Der Stadt Luzern geht es weiterhin erfreulich gut, insbesondere auch mit Blick auf die Finanzen. Die Sprechende erinnert daran, dass die Stadt – nach mehreren Jahren mit positiven Rechnungsabschlüssen – die Steuern für das Jahr 2023 um eine Zwanzigsteleinheit senken konnte. Es hat sich gezeigt, dass die Senkung mehr als vertretbar war, und im Nachhinein war sie sogar zu tief. Die Stadt konnte nämlich die Steuern auf dieses Jahr nochmals um eine Zwanzigsteleinheit senken. Beide Mal hat die Stadtbevölkerung sehr klar Ja dazu gesagt.

Das Jahr 2023 schliesst wieder sehr gut ab. Der Gewinn von 80 Mio. Franken ist sogar um 111 Mio. Franken höher als budgetiert. Hauptursache für diese positive Abweichung sind die Steuererträge bei den juristischen Personen. Auch wenn die Abweichung sehr gross erscheint, hält es die Mitte-Fraktion wie der Stadtrat: Diese Mehreinnahmen sind natürlich willkommen. Es stehen nämlich nach wie vor grosse Projekte auf der Agenda. Die Klima- und Energiestrategie wird die Stadt noch lange beschäftigen. Auch die Schulhauserneuerungen sind noch nicht abgeschlossen. Ein ganz wichtiges Thema für die Mitte-Fraktion ist der Ausbau der Tagesschule. Dazu hat die Bevölkerung in diesem Jahr mit fast 80 Prozent Ja gesagt. Die Diskussion um die Steuern war auch im letzten Jahr wieder ein grosses Thema. Für die Mitte-Fraktion ist klar, dass man nicht auf Vorrat Steuern erheben soll. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Gewinn zu erwirtschaften. Die Mitte-Fraktion steht hinter dem Stadtrat, der für das nächste Jahr erneut eine Steuersenkung vorschlägt. Die Stadt ist in einer komfortablen Ausgangslage mit ihrem Vermögen, dank der Lockerung der Schuldenbremse kann sie auch darauf zurückgreifen.

Für die Mitte-Fraktion ist es andererseits klar, dass die Stadt das Ausgabenwachstum auch in guten Zeiten im Auge behalten muss. Das trifft insbesondere auf das Stellenwachstum zu. Leistungen, die heute ausgebaut werden, müssen auch in finanziell schwierigeren Zeiten erbracht werden. Da macht die Sprechende die Brücke zur Interpellation 368.

Gefühlt ist es nämlich in den letzten Monaten fast in jedem B+A um den Ausbau von Stellen gegangen. Das war der Auslöser für die Interpellation der Mitte-Fraktion. Die Fraktion wollte Klarheit und ein Gesamtbild erhalten. Die Interpellation 368 ist aber auch eine Antwort auf die Interpellation 362, in welcher es um die Auswirkungen und um die Unsicherheiten geht. Im Gegensatz zu den Steuereinnahmen, zu Steuergesetzrevisionen und zum Finanzausgleich hat die Stadt nämlich den Stellenaufbau zu einem grossen Teil in ihren eigenen Händen. Es ist ihre Aufgabe, mit dem Geld auch in guten Zeiten haushälterisch umzugehen.

Die Antwort des Stadtrates zeigt auf, dass ihr Gefühl die Mitte-Fraktion nicht getäuscht hat. Von 2021 bis 2024 wurden resp. werden noch bis Ende Jahr 120 Stellen geschaffen. Wenn man das mit der vorgehenden Periode vergleicht, das heisst mit den Jahren 2017–2020, waren es 79 Stellen. Das Wachstum hat sich also in der vergleichbaren Periode von vier Jahren um mehr als 50 Prozent erhöht. Eindrücklich sind auch die Folgen dieses Stellenaufbaus: Der Grosse Stadtrat hat die Personalkosten in den Jahren 2021 bis 2024 um fast 15 Mio. Franken erhöht. Das sind jährlich wiederkehrende Kosten.

Die Luzerner Zeitung hat den Aufbau der Verwaltung in Vergleich zum Bevölkerungswachstum gesetzt. Auch diese Zahl ist eindrücklich: Seit 2019 ist die Verwaltung viermal schneller gewachsen als die Bevölkerung. Da stimmt aus Sicht der Mitte-Fraktion etwas nicht mehr ganz.

Auch die Mitte-Fraktion ist nicht naiv, sie sieht die Komplexität, mit welcher die Verwaltung umgehen muss. Das betrifft nicht nur die Verwaltung, sondern die ganze Gesellschaft. Die Fraktion anerkennt auch, dass die Verwaltung genügend Ressourcen haben soll. Sie wehrt sich aber trotzdem gegen den massiven Ausbau. Die Sprechende hat es erwähnt: Gerade Personalkosten sind wiederkehrende Kosten, welche einfach auf-, aber schwierig abzubauen sind.

Für das Jahr 2025 sind bereits wieder 40 Stellen angedacht. Es ist Zeit, dass sich das Parlament trotz der sprudelnden Steuereinnahmen besinnt und wieder genauer hinschaut. Das gilt natürlich genauso für den neuen Stadtrat.

Zurück zum Geschäftsbericht: Die Mitte-Fraktion ist erfreut über das gute Ergebnis, sie tritt auf den B+A ein und wird ihn genehmigen.

Silvio Bonzanigo wird auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023 eintreten und sie genehmigen. In der Detailberatung wird er noch zwei Anmerkungen machen.

Er hat eine Nachfrage zum Stellenwachstum, die er gern beantwortet hätte. In der Jahresrechnung werden auf Seite 200, im Kapitel 6.8, Personalbestand, auch Stellen aufgeführt, die öffentlich-rechtlich sind, aber einen Beschäftigungsgrad unter 10 Prozent aufweisen. Das verwundert den Sprechenden. Ihn verwundert zudem, dass diese Form von Anstellungen zunimmt, sie stieg nämlich von 53 auf 88 Stellen. Er hätte gern eine Auskunft dazu, was für Stellenprofile das sind, die einen Beschäftigungsgrad unter 10 Prozent bieten, und ob es sinnvoll ist, solche Anstellungen öffentlich-rechtlich zu machen.

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass die Eintretensvoten zu Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023 somit abgeschlossen sind. Falls es aus dem Rat noch Voten zu den beiden Interpellationen 362 und 368 gibt, wäre jetzt der Zeitpunkt dazu.

Elias Steiner: Zuerst einmal Danke dem Stadtrat für die Auslegeordnung, sowohl zu den Finanzszenarien wie auch zur Personalentwicklung. Das sind gute und sinnvolle Diskussionsgrundlagen, vor allem dann im Zusammenhang mit dem Budget, das der Grosse Stadtrat im Herbst besprechen wird. Es ist nicht einfach. Die Finanzprognosen in der Antwort des Stadtrates sind sehr düster. Allerdings sind sie das schon seit Langem und, so glaubwürdig das hier auch dargelegt wird, ist sich die G/JG-Fraktion nicht ganz sicher, wie viel Glauben sie dem schenken soll. Gerade auch, weil der Stadtrat daraus ableitet, dass eine kleine Steuersenkung trotzdem angebracht sei. Da fragt sich die G/JG-Fraktion schon, wie stark der Stadtrat überhaupt selbst die eigenen Prognosen glaubt.

Ob man jetzt Angst hat um die Zukunft der Finanzen in der Stadt oder nicht, eine Steuersenkung steht im Raum, das haben die Anwesenden jetzt aus verschiedenen Voten gehört. Es ist auch ein Fakt, dass der Personalbestand und andere Ausgaben in der Vergangenheit gestiegen sind, einerseits, weil das Parlament im demokratischen Prozess neue Projekte beschlossen hat, andererseits, z. B. im Bildungsbereich, auch wegen des Wachstums der Stadtbevölkerung. Und ja, die G/JG-Fraktion sieht noch weiteren Bedarf für weitere Projekte, die allen in der Stadt zugutekommen. Aber aufgrund der finanziellen Situation der Stadt ist es jetzt nicht so einfach, eine Steuersenkung gegen weitere Ausgaben auszuspielen. Aus einer reinen Finanzsicht kann beides Sinn machen, wenn die Finanzen solide sind, und wenn die Prognosen düster sind, sollte man vielleicht beides sein lassen.

Die Fraktionssprecherinnen der G/JG-Fraktion und der SP-Fraktion haben schon einige Gründe gegen eine Steuersenkung vorgebracht. Der Sprechende will hier trotzdem noch vier weitere Gründe aufführen, warum die G/JG-Fraktion gegen Steuersenkungen ist, ein Stück weit unabhängig von der finanziellen Situation der Stadt.

Erstens gibt es eben doch einen kleinen Unterschied zwischen Steuersenkungen und Ausgaben. Ausgaben liegen in fast allen Fällen in der Kompetenz des Parlaments oder des Stadtrates und können somit an die aktuelle Situation angepasst werden. Eine Steuererhöhung ist nur mit der Zustimmung des Volkes möglich – wie auch eine Steuersenkung – und birgt darum ein grösseres Risiko. Die G/JG-Fraktion betrachtet eine Steuersenkung als eine längerfristige Massnahme als eine Ausgabenerhöhung.

Zweitens gibt es die Möglichkeiten von einmaligen Ausgaben, was durchaus Sinn machen kann, wenn man denkt, dass eine gute finanzielle Lage vorübergehend ist. Das Wichtigste aus Sicht der G/JG-Fraktion wäre hier, eine aktive Bodenpolitik zugunsten von günstigem Wohnraum voranzutreiben. So fordert es auch die von den Grünen eingereichte Wohnrauminitiative. Würde die Stadt endlich Liegenschaften kaufen, wären die Überschüsse gut investiert und diese Käufe hätten nur einen geringen Effekt auf die Erfolgsrechnung, aber einen grossen Effekt auf die Wohnungspreise.

Drittens – und das hat nochmals mit den Wohnungspreisen zu tun – hat die G/JG-Fraktion Angst vor der Entwicklung, welche sie an anderer Stelle «Zugenisierung» nennt. Immer tiefere Steuern haben eine Sogwirkung auf Firmen und reiche Personen. Das ist in etwa das, was Thomas Gfeller in seinem Eintretensvotum wirtschaftsfreundlich nennt. Diese Sogwirkung wiederum erzeugt einen enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt und auch auf die Infrastruktur. Die G/JG-Fraktion sieht nicht ein, warum die Stadt auf diese Art immer weiterwachsen soll. Die Stadt Luzern hat gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner/innen, praktisch Vollbeschäftigung und die Finanzen sind tiptopp solide. Sie ist nicht darauf angewiesen, eine solche Tiefsteuerepolitik zu fahren. Genau aus diesem Grund findet die G/JG-Fraktion auch, dass das Wirtschaftsleitbild, über welches der Grosse Stadtrat noch diskutieren wird, absolut in die falsche Richtung zielt. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen sich fragen, ob sie wirklich eine Stadt mit tiefen Steuern, mittelmässigen staatlichen Leistungen und extremen Wohnungspreisen wollen, eine Stadt, in der zu leben sich der Mittelstand irgendwann nicht mehr leisten kann. Die G/JG-Fraktion ist klar überzeugt, dass sie genau das nicht will.

Viertens und letztens ist es nach wie vor so, dass eine Steuersenkung den Reichen zugutekommt. Wenn die Schere zwischen den Vermögenden und denjenigen, die nichts haben, immer weiter aufgeht, ist es durchaus angebracht, eine gewisse Umverteilung vorzunehmen. Tiefere Steuern jedoch unterlaufen genau das. Es ist nicht das Verdienst der Reichen in dieser Stadt, dass sich gewinnstarke Firmen hier niederlassen. Es macht also auch keinen Sinn, wenn man den zusätzlichen Steuerertrag von diesen Firmen jetzt quasi unter diesen Reichen verteilt, zumal die mutmasslichen negativen Effekte des Wachstums, welche dadurch generiert werden, nämlich hohe Wohnungspreise und überlastete Infrastruktur, alle betreffen.

Simon Roth dankt für die Beantwortung der beiden Interpellationen, und er dankt auch den Interpellantinnen und Interpellanten. Für die Mitglieder des Parlaments war vieles, was die Finanzsituation der Stadt betrifft, schon bekannt. Aber es ist sicher sinnvoll und wichtig, dass auch die Öffentlichkeit die Überlegungen der Finanzdirektion nachvollziehen kann. Es ist klar, dass die Finanzlage der Stadt immer auch von diversen externen Faktoren abhängig ist, die von der Stadt nur beschränkt beeinflusst werden können. Der Grosse Stadtrat wird beispielsweise heute Nachmittag noch über die kantonale Steuergesetzrevision diskutieren. Genauso überraschend wie in der Vergangenheit vielleicht die hohen zusätzlichen Steuereinnahmen von einzelnen juristischen Personen waren, können diese irgendwann wieder wegfallen. Die Frage des Steuerfusses wird der Grosse Stadtrat zusammen mit dem Budget diskutieren. Ihre Haltung dazu hat die SP-Fraktion bereits mehrfach dargelegt, diese wird sich auch im Herbst nicht ändern. Für die SP-Fraktion ist zentral, dass das Gesamtwohl der städtischen Bevölkerung im Zentrum steht. Elias Steiner hat bereits einige Punkte erwähnt, denen sich der Sprechende anschliessen möchte. Eine Tiefsteuerstrategie hat für einen grossen Teil der Bevölkerung negative Konsequenzen.

Das Wachstum bei den Stellen, um zu der zweiten Interpellation zu kommen, ist wirklich eindrücklich. Es ist klar, es wurden viele neue Stellen geschaffen. Aber es ist auch klar, dass diese Stellen vom Grossen Stadtrat bewilligt wurden, oft einstimmig, und oft auch von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung. Der Sprechende erinnert beispielsweise an die kürzlich erfolgte Abstimmung zur Tagesschule. Die neuen Stellen sind aus Sicht der SP-Fraktion gut begründet und gerechtfertigt. Es sind zusätzliche Leistungen für die Bevölkerung, es sind Antworten auf neue Herausforderungen. Die Stellen helfen mit, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Die Stadt Luzern hat weiterhin eine schlanke Verwaltung. Niemand in diesem Parlament und wohl auch niemand in der Verwaltung will Stellen, die keine

sinnvollen Aufgaben oder keinen relevanten Nutzen für die städtische Bevölkerung haben. Alle wollen eine effiziente und effektive Stadtverwaltung. Gleichzeitig begrüsst die SP-Fraktion, dass auch Stellen wieder abgebaut wurden. Das ist nach Ansicht des Sprechenden der springende Punkt. Für die SP-Fraktion ist klar, dass die vorhandenen Planstellen immer wieder überprüft werden müssen, ob es sie noch braucht. Bei den neuen Stellen, über welche hier im Grossen Stadtrat diskutiert wird, sieht man, welchen Nutzen sie haben. Natürlich wäre es die einfachste Lösung, keine neuen Stellen mehr zu schaffen, um kein zusätzliches Stellenwachstum mehr zu haben. Aber es sind vermutlich gerade die neu geschaffenen Stellen, welche die drängendsten Probleme adressieren. Man muss sich teilweise eher bei lange bestehenden Stellen einmal fragen, ob es sie noch braucht, ob sie noch richtig aufgestellt sind. Das ist viel aufwendiger und viel schwieriger. Vermutlich ist es für den Grossen Stadtrat praktisch nicht möglich, solche Stellen zu identifizieren, sondern das ist wirklich eine klassische Führungsaufgabe der Stadträtinnen und Stadträte.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bedankt sich für die Würdigung des Jahresberichts der Stadt Luzern in den Kommissionen, in der GPK und jetzt auch hier im Grossen Stadtrat. Die Fraktionen haben zum Teil unterschiedliche Sichtweisen und Aspekte hervorgehoben. Einigkeit herrscht in Bezug auf die Wichtigkeit der Frage, welche die Zukunft betrifft: Soll die Stadt aufgrund der guten Ausgangslage die Steuern senken, ja oder nein? Heute geht es jedoch um den Geschäftsbericht und nur in diesem Zusammenhang auch ein Stück weit um einen Ausblick. Deshalb will die Sprechende jetzt nicht gross auf das Budget 2025 oder das strategische Wirtschaftsleitbild eingehen, diese Diskussionen werden dann im Herbst stattfinden.

Die Sprechende bedankt sich namens des gesamten Stadtrates, der die Verwaltung der Stadt Luzern führt, für die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Luzern. Diese haben das ganze Jahr über, zum Teil auch unter schwierigen Umständen, ihr Bestes gegeben. Der Stadtrat wird den Dank gerne an die Teams weiterleiten. Das Ergebnis des letzten Jahres ist wirklich erfreulich. Aber davor hatte man die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Und zuvor setzte die Stadt das Projekt ELAN um, das heisst, sie prüfte eine Haushaltskonsolidierung. Sogar noch während der Budgetierung für das Jahr 2024 war die Ausgangslage noch nicht ganz so entspannt. Eine erste Etappe im Projekt ELAN bestand unter anderem in der genaueren Schätzung der Steuererträge. Sie bezog sich jedoch damals auf diejenigen Steuererträge, die in den Jahren davor übergeschossen waren, nämlich auf die Nachträge und die Sondersteuern. Der Aspekt, der im letzten Jahr so stark hervortrat, nämlich die Unternehmensgewinnsteuern und die Nachträge dazu, ist neu.

Die Sprechende möchte unter dem finanziellen Aspekt noch auf das Jahr 2023 eingehen. Es war wirklich ein besonderes Jahr. Der Gewinn von über 80 Mio. Franken kam unerwartet und ist sehr erfreulich.

Gleichzeitig war die Stadt Luzern in viele kantonale Projekte involviert, an welchen sie im Rahmen des Verbands Luzerner Gemeinden inzwischen wieder mitarbeiten kann. Es gab zwei Wirkungsberichte des Kantons Luzern: einen zur Aufgaben- und Finanzreform 18 und einen zum Finanzausgleich. Betreffend die Steuergesetzrevision 2025 hat sich die Stadt in den Vernehmlassungen geäussert. Eine Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes ist auch bereits in der Vernehmlassung. Bei all diesen Projekten gibt sich die Stadt Luzern im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein.

Das Jahr 2023 brachte der Stadt Luzern einen erfreulichen Gewinn, insbesondere aufgrund der Steuererträge juristische Personen. Die Zahlen wurden schon mehrfach genannt. Der Anteil der Steuererträge juristische Personen am Gesamtsteuerertrag ist massiv gestiegen. Vor sieben Jahren lag er etwa bei 15 Prozent, im Jahr 2022 bei 21,3 Prozent und im Jahr 2023 nun bei 34,5 Prozent. Also über ein Drittel der Steuererträge stammt inzwischen von den Unternehmungen in der Stadt Luzern.

Die Stadt konnte die Investitionen weiter steigern und hat jetzt auch entschieden, den Plafond in den kommenden Jahren noch weiter zu erhöhen, um noch mehr vom Vermögen, das sie angespart hat, investieren zu können. Einen Realisierungsgrad von 85 Prozent des Investitionsplafonds erachtet der Stadtrat als gut. Selbstverständlich kann man sagen, das Ziel wäre ein Realisierungsgrad von 100 Prozent, aber das gelingt keinem Gemeinwesen in der Schweiz, man kann einen Investitionsplafond nicht zu 100 Prozent realisieren. Die Stadt Luzern verfügt über einen Projektierungsüberhang, um möglichst nahe an den Plafond zu kommen. Unter den gegebenen Umständen ist eine Realisierung von 85 Prozent ein guter Wert, den die Stadt ständig zu verbessern versucht.

In den Eintretensvoten wurde wenig über die Ausgabenseite gesagt. Thomas Gfeller hat es angetönt, dass man die Stadt eigentlich an der Ausgabenseite messen müsste. Hat sie die Ausgaben im Griff? Ja, das hat sie. Allerdings gab es da im vergangenen Jahr eine grössere Abweichung als auch schon. Ein Grund dafür war z. B. die Energiekostenzulage. Vor einem Jahr zu Beginn des Sommers hat der Grosse Stadtrat einen Sonder- und Nachtragskredit von über 9 Mio. Franken gesprochen, davon wurden letztlich nicht einmal 3 Mio. Franken gebraucht. Das ist eine Differenz von mehreren Millionen, die natürlich dann zu einer positiven Abweichung von mehreren Millionen zwischen Budget und Rechnung führt. Aber in Betracht eines Ertragsüberschusses von 80 Mio. Franken spricht man über so etwas schon fast nicht mehr. Bei den Ausgaben des Jahres 2023 gab es noch weitere Einzelfälle, die dieses Jahr so nicht mehr eintreten werden. Viele Stellen sind zurzeit aufgrund des Fachkräftemangels unbesetzt. Auch das hat natürlich dazu beigetragen, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde, denn diese Stellen sind voll ausbudgetiert, und je länger sie vakant sind, desto grösser ist die Abweichung zwischen Budget und Rechnung. Aber insgesamt sind sich wohl alle einig, dass die Stadt Luzern finanziell sehr gut dasteht. Inzwischen, per Ende 2023, hat sie ein Nettovermögen von 361 Mio. Franken.

Zum Budget 2024: Der Stadtrat hat den Entwurf zum Budget 2024 vor einem Jahr vor den Sommerferien verabschiedet. Im Sommer kamen dann die Meldungen zu diesen unerwarteten Steuereingängen. Das Budget wurde daraufhin über den Sommer aktualisiert. Der Stadtrat hat intensiv darüber diskutiert und danach auch der Grosse Stadtrat im letzten Herbst. Es wurden ja diverse Aufträge, Anträge und Protokollbemerkenungen überwiesen, welche zum Teil bereits umgesetzt werden mit Berichten und Anträgen, die schon vorliegen, und die Wünsche aus dem Grossen Stadtrat zu weiteren Themen werden auch noch umgesetzt. Stadtrat und Grosser Stadtrat konnten sich dann auf eine Steuerfussenkung um eine Zwanzigsteinheit einigen, obwohl gleichzeitig weitere Ausgaben beschlossen wurden. Am 21. Januar 2024 fand die Volksabstimmung zum Budget 2024 statt. Dank einer Beschleunigung der Prozesse und Abläufe konnte die budgetlose Zeit kurz gehalten werden. Das Budget wurde zum Glück mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 77 Prozent gutgeheissen.

Als Fazit aus dem Jahr 2023 macht die Sprechende folgenden Ausblick: Die Stadt Luzern darf betreffend die Steuererträge in den kommenden Jahren zuversichtlich sein. Der Finanzhaushalt entwickelt sich im Gleichgewicht. Die Mehrerträge aus den Steuereinnahmen sind ausgewogen zu verwenden. Genauso wie man beim Sparen an verschiedenen Schrauben drehen muss, sollte man nach Ansicht des Stadtrates die guten Steuererträge für Investitionen, für Mehrausgaben, aber auch für eine Steuersenkung verwenden.

Das laufende Jahr 2024 hat ein paar Besonderheiten. Der Grosse Stadtrat hat zu Beginn des Jahres eine Anpassung der Schuldenbremse mit einem bestimmten Zielband beschlossen. Die erste Anwendung wird nächstes Jahr für das Budget 2026 erfolgen. Diese Anpassung bedeutet eine gewisse Änderung, ein Stück weit eine Premiere. Finanzdirektion und Finanzverwaltung haben an der Medienorientierung im April bereits einen erweiterten Ausblick geboten. Aufgrund einer vom Grossen Stadtrat überwiesenen Motion wurden ausnahmsweise schon im Frühling die Budgetrichtlinien publik gemacht. Diese sind Bestandteil des Prozesses der Budgeterarbeitung und werden der GPK immer vorgestellt und mit ihr diskutiert. Sie wurden in diesem Jahr früher als sonst öffentlich bekannt gemacht, damit jetzt auch diese Diskussion heute hier im Grossen Stadtrat stattfinden kann, die einen gewissen Ausblick darstellt. Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang auch die Chancen und Risiken aufgezeigt und Szenarien betreffend Steuerfuss durchgerechnet. Der Stadtrat sieht im Budgetentwurf 2025 eine Steuerfussenkung vor. Der Prozess wurde so festgelegt, dass im Dezember 2024 eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann, denn immer, wenn der Steuerfuss verändert wird, sei es, dass der Stadtrat das aktiv vorschlägt oder dass es ein Referendum gibt, braucht es eine Volksabstimmung. Bei einem Referendum dauert es einfach länger, weil die Referendumsfrist dazukommt. In diesem Jahr wurde die Terminplanung so festgelegt, dass die Volksabstimmung noch im Dezember stattfinden kann. Der Legislaturwechsel führt zu der Besonderheit, dass im August keine Kommissionssitzungen stattfinden. Dies in Kombination mit dem beschleunigten Zeitplan für die Budgeterarbeitung und Budgetberatung hat den bemerkenswerten Umstand zur Folge, dass der Grosse Stadtrat heute die Rechnung 2023 diskutiert und an seiner nächsten Sitzung mit Sachgeschäften am 17. Oktober – an der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments werden keine Sachgeschäfte behandelt – bereits den Budgetentwurf und den AFP. Von heute bis zum Oktober gibt es also eine grosse Pause, und an die Diskussion der Rechnung wird sich dann gleich wieder jene über das Budget anschliessen.

In den letzten Monaten liess die Stadt die Studie zu den Zentrumslasten, welche im Jahr 2016 erstellt worden war, mit den Zahlen des Jahres 2023 aktualisieren, um ihre Argumente beim Kanton im Zusammenhang mit der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes auf einer fundierten Basis einbringen zu können. Der zentralörtliche Abschlag, von welchem die Zentren Luzern und Sursee bisher aufgrund ihrer Infrastrukturlasten profitierten, soll gemäss dem Plan des Kantons aufgehoben werden. Die Stadt wird diese Studie noch vor der Sommerpause veröffentlichen. Finanzpolitisch steht zudem die Volksabstimmung zur Steuergesetzrevision 2025 am 22. September an. Das ist eine kantonale Vorlage, welche sicher auch für die Finanzpolitik der Stadt ein wichtiges Thema darstellt. Die Botschaft zur Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes (Teilrevision 2026) wird sicherlich bald publiziert werden und in den Kantonsrat kommen. Die Volksabstimmung dazu ist für den nächsten Mai geplant.

Die Sprechende zieht folgendes Fazit: Die Stadt hat spannende Jahre hinter sich, und es kommen weitere finanzpolitisch spannende Jahre auf sie zu. Kein Jahr ist genau gleich wie das andere. Die Stadt steht aufgrund von internen, aber auch exogenen Rahmenbedingungen und Faktoren immer wieder vor neuen Herausforderungen.

Die Beantwortung der Frage von Silvio Bonzanigo zu den kleinen Stellenprozenten bei öffentlich-rechtlichen Anstellungen überlässt die Sprechende Stadtpräsident Beat Züsli, weil er für die Dienstabteilung Personal zuständig ist. Diese Frage hätte man in der vorberatenden Kommission klären können, aber Silvio Bonzanigo ist natürlich als Fraktionsloser in keiner Kommission Mitglied. Die Sprechende hofft, dass Stadtpräsident Beat Züsli die gewünschte Auskunft jetzt noch geben kann, auch wenn man sich nicht auf diese Frage vorbereiten konnte.

Stadtpräsident Beat Züsli äussert sich im Zusammenhang mit der Interpellation 368, «Stellenwachstum in der Stadt Luzern», gern noch zu ein paar Voten. Die Interpellation bot dem Stadtrat die Gelegenheit, einerseits das Stellenwachstum, andererseits aber auch die Bemühungen der Stadt darzustellen, einen entsprechenden Abbau vorzunehmen und eine Kompensation zu erreichen. Wie einige Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher richtig bemerkt haben, wurden viele Stellen im Zusammenhang mit Berichten und Anträgen vom Grossen Stadtrat bewilligt. Das geschah z. B. im Betreuungsbereich der Volksschule, der stark ausgebaut wurde, im Bereich der Sozialen Dienste, im Zusammenhang mit der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie oder dem Aufbau der Dienstabteilung Digital. Das Stellenwachstum in allen diesen und weiteren Bereichen ist eine Reaktion auf zusätzliche Herausforderungen, auf politisch gewollte Leistungsausbauten, und alle diese Stellen wurden vom Stadtrat dem Grossen Stadtrat zur Bewilligung vorgelegt. Wichtig ist, dass der Stadtrat auch aufzeigt, wie er die neuen Stellen durch einen angemessenen Stellenabbau zu kompensieren versucht. Dieses Thema wird den Stadtrat noch stärker beschäftigen. Die Digitalisierung soll ja auch zu gewissen Effizienzsteigerungen und Reduktionen im Stellenbereich führen. Darauf ist die Stadt angewiesen, denn aufgrund des Fachkräftemangels wird sie ohnehin in Zukunft nicht mehr alle Stellen besetzen können.

Der Sprechende geht noch auf den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Stellenausbau ein. Seiner Ansicht nach greift es zu kurz, diese beiden eins zu eins zu vergleichen, auch wenn teilweise sicherlich ein Zusammenhang besteht. Aber, um noch einmal das Beispiel der Betreuung in der Volksschule zu nehmen, welche einen der grossen Zuwachsbereiche darstellt: Da gibt es ein ganz anderes Wachstum, ein politisch und auch gesellschaftlich gewolltes Wachstum. Die Stadt Luzern will die Betreuung ausbauen. Sie erwartet dabei auch, dass durch eine höhere Beschäftigung andererseits wieder entsprechende Steuererträge generiert werden. Die Betreuung in der Volksschule ist ganz klar ein Bereich, in welchem die Stadt einen Ausbau will. Dieser Anstieg liegt deutlich über dem Bevölkerungswachstum, das die Stadt hat.

Zur Frage der kleinen Pensen: Im Geschäftsbericht ist abgebildet, dass die Stadt auch einen Anteil von Kleinstpensen bis zu 10 Prozent hat. Der Sprechende hat gerade kurz mit Baudirektorin Manuela Jost und Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula herauszufinden versucht, in welchen Bereichen diese Pensen liegen. Im Detail kann er die Frage im Moment nicht beantworten. Ein sehr grosser Teil dieser Stellen liegt wahrscheinlich im Bereich der Reinigung von Verwaltungsgebäuden und Schulgebäuden. Der Grosse Stadtrat erhält diese Stellen ja jeweils auch in den Berichten und Anträgen zu den Sanierungs- und Ausbauvorhaben ausgewiesen; darin wird aufgezeigt, wo es zu einem solchen Wachstum kommt. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat auch das Beispiel der Pilzkontrolle genannt,

welche offenbar in einem Kleinstpensum ausgeübt wird. Weitere Details zu den Kleinstpensen kann der Sprechende jedoch im Augenblick nicht geben.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 13/2024: «Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023» eingetreten.

DETAIL

Seite 159 ff. Jahresrechnung der Stadt Luzern

Silvio Bonzanigo hat zwei Bemerkungen, die sich auf den Zahlenteil beziehen. Einerseits geht es um seine Anfrage zum Baurechtszins für das Areal Hallwilerweg/Pilatusstrasse; den Mitgliedern des Grossen Stadtrates wurde das auch mitgeteilt. Der Sprechende dankt für den Nachweis, der ihm postwendend zukam. In diesem Zusammenhang muss man einfach sehen, dass ab Januar 2024 der Baurechtszins in vollem Mass fällig wurde, das sind Fr. 500'000.–. Es gibt einen bauwilligen Baurechtsnehmer und ein Bauverfahren, das durch gerichtliche Belange nicht entwicklungsfähig ist. Nach Ansicht des Sprechenden haben der Stadtrat, aber auch das Parlament da eine Verantwortung, dass diesem Baurechtsnehmer das, was er anstrebt, nämlich die Überbauung des Areals, ermöglicht wird. Wenn dazu politische Initiativen nötig werden könnten, soll man sie bitte ergreifen. Es geht nicht, dass man Baurechtsnehmer verpflichtet, jedoch nichts unternimmt, dass sie das Baurecht zeitnahe ausüben können. Zeitnahe ist schon lange vorbei. Drei Jahre lang hat der Baurechtsnehmer einen Baurechtszins von Fr. 250'000.– bezahlt, aber er steht heute noch am genau gleichen Ort wie 2020.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den Fonds Kultur und Sport. Der Sprechende hat die Liste dort angeschaut (Seite 234) und gesehen, dass für den Pétanque Club Würzenbach – hier entsteht ein Bezug auf die Diskussion an der letzten Ratssitzung – Fr. 3'000.– ausgeschüttet werden, was ihm natürlich zu gönnen ist. Es gibt einen legendären, sportlich absolut erfolgreichen Bocciacub beim Eichwäldli, der mit anderen Sorgen zu kämpfen hat. Der Sprechende denkt, dass man da Augenmass walten lassen muss. Er möchte diese Eichwäldligeschichte dem neuen Direktionsvorsteher anempfehlen; die Stadt sollte sich würdig schätzen, dort den besten Bocciacub als Mieter beherbergen zu dürfen. Das soll auch auf Jahre hinaus so bleiben.

Seite 239/255 Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat genehmigt den Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2023 einstimmig.**
- II. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel. 6.2.3.1) einstimmig.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 13 vom 17. April 2024 betreffend

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, die den zusammenfassenden Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von § 17, § 41 Abs. 1 und § 46 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 30 Abs. 1 lit. a und Art. 69 lit. c Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Jahresbericht (Geschäftsbericht und Jahresrechnung) für das Jahr 2023 wird genehmigt.
- II. Die Abrechnungen der Sonderkredite (Kapitel. 6.2.3.1) werden genehmigt.

**4 Interpellation 362, Christian Hochstrasser und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion vom 19. April 2024:
Szenarien für die mittel- und langfristige Steuerung der Finanz- und Steuerpolitik**

Die Behandlung fand zusammen mit Traktandum 3 statt.

Die Interpellation 362 ist somit erledigt.

**5 Interpellation 368, Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 22. Mai 2024:
Stellenwachstum in der Stadt Luzern**

Die Behandlung fand zusammen mit Traktandum 3 statt.

Die Interpellation 368 ist somit erledigt.

**6 Ombudsstelle der Stadt Luzern
Tätigkeitsbericht 2023**

GPK-Präsident Adrian Albisser: An ihrer Sitzung vom 2. Mai 2024 hat die Geschäftsprüfungskommission den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle der Stadt Luzern beraten. Die Ombudsstelle konnte diesen Januar ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Seit sie 2014 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, haben die Ombudsfrau Lucia Schnider Stulz und ihr Stellvertreter Markus Vanza über 2'200 Mal kurze Rechtsauskünfte erteilt oder die Ratsuchenden an zuständige Stellen verwiesen, und sie haben gegen 800 Anliegen und Beschwerden abgeklärt, welche die Stadtverwaltung betrafen. Mit Blick auf diese Zahlen und die damit verbundene Entwicklung lässt sich feststellen: Die Ombudsstelle hat sich das Vertrauen der Bevölkerung und der Verwaltung erarbeitet und ist heute etabliert. Im Berichtsjahr 2023 gingen 275 Anfragen bei der Ombudsstelle ein. Bei den effektiven Fällen, die über ein Telefongespräch oder das Schreiben eines E-Mails hinausführten, waren es 95, was leicht höher ist als im Vorjahr. Der Geschäftsbericht zeigt mit anschaulichen Beispielen auf, wo die Bevölkerung der Schuh drückt. Eine Familie wehrt sich gegen zu hohe Hürden bei der Neuberechnung der Betreuungsgutscheine; ein Anwohner stört sich am Musikunterricht der städtischen Musikschule bei geöffnetem Fenster; eine Eigentümerin fühlt sich im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens unrechtmässig behandelt und kritisiert die Kommunikation der zuständigen Direktion: In Fällen wie diesen vermittelt die Ombudsstelle zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung und prüft, ob Ratsuchende von der Verwaltung korrekt behandelt wurden. Doch auch wenn die Ombudsstelle heute etabliert ist, braucht es weiterhin Öffentlichkeitsarbeit – vielleicht sind den Mitgliedern des Grossen Stadtrates entsprechende Werbeauflagen in den Bussen aufgefallen. Dass man sich nämlich bei Anliegen zur Stadtverwaltung an eine niederschwellige, unabhängige

und kostenlose Anlaufstelle wenden kann, ist noch nicht allen Bevölkerungsschichten bekannt. Das gilt auch für städtische Mitarbeitende, die sich bei personalrechtlichen Fragen oder Konflikten am Arbeitsplatz an die Ombudsstelle wenden können.

Die Geschäftsprüfungskommission hat die wichtige Arbeit der Ombudsstelle der Stadt Luzern gewürdigt und den Jahresbericht 2023 einstimmig genehmigt. Im Namen der Kommission dankt der Sprechende Lucia Schnider Stulz als Ombudsfrau und ihrem Stellvertreter Markus Vanza für ihren Einsatz im vergangenen Jahr und gratuliert der Ombudsstelle zum zehnjährigen Bestehen.

Der Grosse Stadtrat genehmigt den Tätigkeitsbericht 2023 der Ombudsstelle einstimmig.

7 Bericht und Antrag 14 vom 27. März 2024:

Erlass des Reglements über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ)

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller hält ein Kommissionseintreten. Die Sozialkommission wünscht keine Detailberatung, es kann also nach diesem Votum des Sprechenden direkt zur Abstimmung kommen.

Mit dem B+A 14/2024: «Erlass des Reglements über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ)» soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, um verschiedene Aktivitäten, die im öffentlichen Interesse sind, finanziell zu unterstützen. Dazu gehören Beiträge ans Stadtfest, welches dieses Wochenende über die Bühne geht, an die traditionelle Luzerner Fasnacht, die Chilbi, Beiträge an Jugendorganisationen, Fanarbeit, Quartiervereine und -treffpunkte, die Weihnachtsbeleuchtung oder auch historische Gedenkanlässe. Das Reglement schafft eine wertvolle, klare Rechtsgrundlage mit einem doch auch manchmal hilfreichen Spielraum. Somit können neu Finanzhilfen gesprochen werden, gemäss dem Zweck, wie er in Art. 1 des Reglements aufgeführt ist. Dazu gehören Beiträge für Empfänge, Beiträge für Jubiläen, Ehrungen und ähnliche Anlässe, Beiträge an Brauchtum, Grossveranstaltungen und andere publikumswirksame Veranstaltungen, Beiträge zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Quartierlebens, und auch Solidaritätsbeiträge.

Die Sozialkommission begrüsst dieses Vorhaben sehr. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für eine Kommune von zentraler Bedeutung. Gerade an Anlässen wie dem Luzerner Fest, der Fasnacht oder im Quartier begegnen sich Menschen, die sonst ein bisschen in ihrer eigenen Bubble sind und wenig Berührungspunkte haben.

Im Namen der ganzen Sozialkommission bittet der Sprechende die Ratsmitglieder, dem Reglement zuzustimmen.

Silvio Bonzanigo denkt, dass es doch um ein Geschäft geht, zu welchem man sich zu Wort melden darf. Er bezieht sich auf die Beiträge zur Förderung des Quartierlebens, Kapitel 3.3. Da heisst es: «Die Belebung und Förderung des Quartierlebens kann erfolgen, indem Quartiervereine, Quartiertreffs und Interessengemeinschaften mit Beiträgen unterstützt oder Räume für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden.» Worauf der Sprechende Bezug nimmt, ist nicht schwer zu folgern: Es gibt diesen Treffpunkt im Eichwäldli, der weit über die Stadt hinaus – das ist noch ein zusätzlicher Punkt zur Diskussion an der letzten Ratssitzung – Interesse findet. Es gibt sehr viele Vereine, die Boccia spielen wollen, aber keine Bahn haben. In diesem Sinn ist der Quartiertreffpunkt im Eichwäldli also auch ein Treffpunkt für regional interessierte Bocciaspieler. Deshalb plädiert der Sprechende noch einmal für den Erhalt der Bocciabahnen im Eichwäldli, gemäss den Ausführungen im vorliegenden B+A betreffend die Förderung des Quartierlebens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wenn sich etwas zivilgesellschaftlich über viele Jahre hinweg so entwickelt hat, darf man es einfach nicht in diesem Mass angreifen, wie das angedacht war.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 14/2024: «Erlass des Reglements über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ)» eingetreten.

DETAIL

Keine Wortmeldung.

Seite 14 ff. Antrag und Beschluss

Der Grosse Stadtrat beschliesst das Reglement über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ) mit 44 : 0 : 0 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 14 vom 27. März 2024 betreffend

Erlass des Reglements über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ),

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 und Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Reglement über die Beiträge zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenlebens (RUZ)

vom 27. Juni 2024

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

gestützt auf Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 und Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Art. 1 Zweck

¹ Die Stadt Luzern erhält und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist ein friedliches und respektvolles Zusammenleben zum Wohl ihrer Bevölkerung.

² Sie kann dazu insbesondere folgende Beiträge in Form von Finanzhilfen ausrichten:

- a. Beiträge für Empfänge;
- b. Beiträge für Jubiläen, Ehrungen und ähnliche Anlässe;
- c. Beiträge an Brauchtum, Grossveranstaltungen und andere publikumswirksame Veranstaltungen;
- d. Beiträge zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Quartierlebens;
- e. Solidaritätsbeiträge.

Art. 2 Geltungsbereich

¹ Soweit dieses Reglement keine abweichenden Regelungen enthält, richten sich die Voraussetzungen für die Gewährung von Finanzhilfen nach dem für das Beitragsmanagement geltenden Reglement.

² Beiträge können zudem aus Solidaritätsgründen gewährt werden.

³ Vorbehalten bleiben Spezialreglemente.

Art. 3 Rückzahlung

Die Rückzahlung kann verlangt werden, wenn die Beiträge

- a. nicht entsprechend dem vorgesehenen Zweck verwendet wurden oder
- b. aufgrund falscher oder unvollständiger Angaben gewährt wurden.

Art. 4 Vollzug

Der Stadtrat kann Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement erlassen.

Art. 5 Aufsicht

Die gestützt auf dieses Reglement ausbezahlten Beiträge werden im Rahmen des Geschäftsberichtes ausgewiesen.

Art. 6 Aufhebung eines Erlasses

Das Reglement über das Stadtfest Luzern vom 1. Februar 2024 wird aufgehoben.

Art. 7 Inkrafttreten

¹ Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten. Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum.

² Das Reglement ist zu veröffentlichen.

**8 Bericht und Antrag 20 vom 17. April 2024:
Energiekostenzulage. Abrechnung Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für
einkommensschwache Haushalte». Sonderkredit 2024**

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Energiekostenzulage wurde in der Sozialkommission kontrovers diskutiert. Die Stadt Luzern soll auch 2024 einkommensschwache Haushalte mit einer Energiekostenzulage unterstützen. Der Grosse Stadtrat hat sich im Rahmen der Budgetdebatte für eine erneute Ausrichtung der Energiekostenzulage ausgesprochen. Bei der Umsetzung sollen kleine Anpassungen und Optimierungen vorgenommen werden, unter anderem sollen neu nicht nur Heizmehrkosten für Gas und Öl, sondern auch Mehrkosten im Bereich des Haushaltsstroms anteilmässig abgedeckt werden. Die Sozialkommission stimmte mit 6 : 3 Stimmen dem Sonderkredit von 2,743 Mio. Franken für die Ausrichtung einer Energiekostenzulage für 2024 zu. Die Abrechnung über den Sonderkredit von 2023 genehmigte die Sozialkommission mit 8 : 1 Stimmen.

Jörg Krähenbühl: Analog zum Bericht und Antrag 13 vom 26. April 2023 versteht die SVP-Fraktion den im vorliegenden B+A vorgenommenen Lösungsvorschlag zur Entlastung von einkommensschwachen Haushalten nicht. Sie findet die darin enthaltenen indirekten Subventionen an die Liegenschaftsbesitzer absurd. Die im B+A vorgeschlagenen Energiekostenzulagen verfehlen ihre Wirkung absolut. Die Allgemeinheit soll Erdöl- und Gaskonzerne und jetzt neu auch die Strombarone mit ihren Steuergeldern finanzieren? Nach Ansicht der SVP-Fraktion eine erneut absurde Idee. Die Zulage war Ende 2022 als einmalige Sache gedacht, doch jetzt wird deren Ausrichtung einfach verlängert. Eine solche Verlängerung lehnt die SVP-Fraktion ebenfalls vehement ab. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein. Sie lehnt den Sonderkredit unter Ziffer I von 2,743 Mio. Franken ab. Für die Abrechnung unter Ziffer II über den Sonderkredit 2023 kann sie keine Genehmigung erteilen.

Selina Frey: Die G/JG-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag. Es war spannend zu lesen, welche Herausforderungen es bei den Auszahlungen der Energiekostenzulage 2023 gab. Die Sprechende ist sehr froh, dass es nicht zu den grossen zeitlichen Verzögerungen bei den Auszahlungen kam, wie sie damals angekündigt wurden.

Es ist toll, dass die Zusammenarbeit zwischen den drei Direktionen und den sieben Dienstabteilungen so gut gelang. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die Stadt viele Menschen erreichen konnte. Sie konnte mit dieser Massnahme verhindern, dass Menschen wegen unbezahlter Mieten oder Nebenkosten in finanzielle Not geraten. Die Auszahlung der Energiekostenzulage ist eine sozialpolitische Massnahme mit einer sehr grossen und direkten Wirkung für diejenigen Leute, die wirklich ein knappes Budget haben.

Es ist sehr schade, dass 33 Prozent aller Anspruchsberechtigten letztes Jahr nicht erreicht werden konnten. Es ist toll, dass die Stadt in diesem Bereich auch bereits weitergedacht hat und bei den erneuten Auszahlungen entsprechende Anpassungen vornehmen wird. Die G/JG-Fraktion hofft sehr, dass die Rücklaufquote dieses Jahr höher sein wird, und bittet an dieser Stelle auch die anwesenden Medien: Sie sollen, wenn das Parlament in ein paar Minuten dem Sonderkredit zustimmt, darüber berichten, dass dieses Jahr alle Personen mit Prämienvorbilligung, egal, in was für einer Wohnform oder Wohnung sie leben, Anspruch auf Energiekostenzulagen haben. Dank der Einführung der neuen Energiekostenzulage Strom wurde die Anspruchsgruppe nämlich nochmals ausgeweitet. Wichtig ist, dass man sich anmeldet, damit man von der Energiekostenzulage profitieren kann.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Sonderkredit zustimmen.

Daniel Lütolf: Die GLP-Fraktion unterstützt grundsätzlich Massnahmen zur sozialen Absicherung und sieht in der Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte eine wichtige sozialpolitische Massnahme. Diese Zulage trägt dazu bei, die finanzielle Belastung für bedürftige Haushalte zu reduzieren und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Luzern zu stärken.

Aus ökologischer Sicht ist die Fraktion jedoch der Meinung, dass eine langfristige Lösung zur Reduzierung der Energiekosten nicht nur in finanzieller Unterstützung bestehen kann. Es bedarf zusätzlich nachhaltiger Investitionen in energieeffiziente Gebäude und erneuerbare Energien. Störend ist auch, dass Energielieferanten überproportionalen Gewinn erwirtschaften – notabene Firmen meistens in öffentlicher Hand. Somit werden Steuergelder für die indirekte Subventionierung von Energielieferanten eingesetzt. Nichtsdestotrotz ist es für die GLP-Fraktion wichtig, dass die Energiekostenzulage transparent und zielgerichtet an diejenigen Haushalte ausgezahlt wird, die sie wirklich am dringendsten benötigen. Gleichzeitig sollte die Stadt Luzern aber auch darauf achten, dass diese Massnahme Teil einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut und zur Förderung von Nachhaltigkeit ist. Die Ausweitung der Energiekostenzulage auf den Faktor Strom ist aus Sicht der GLP-Fraktion durchaus sinnvoll und begrüssenswert.

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein, sie wird dem Sonderkredit über 2,7 Mio. Franken jedoch nur teilweise zustimmen.

Peter Krummenacher: Es ist der FDP-Fraktion durchaus bewusst, dass sich die Situation mit den Energiekosten auch im Jahr 2024 nicht entschärft hat – im Gegenteil: Die Kosten steigen weiter an. Gemäss Bund geht man von einer Stromkostensteigerung von rund 18 Prozent aus gegenüber dem Vorjahr 2023. Dass ein solcher Anstieg insbesondere für einkommensschwache Haushalte eine grosse Belastung darstellt, ist der FDP-Fraktion bewusst.

Die FDP-Fraktion hat 2023 dem Vorstoss für eine einmalige finanzielle Unterstützung an die Energiekosten von einkommensschwachen Haushalten zugestimmt, um die finanzielle Belastung dieser Bevölkerungsgruppe etwas abzufedern. Dieser Entscheid war damals, unter den Umständen der Energieknappheit und des Ukrainekrieges, richtig. Die Fraktion hat vor einem Jahr aber auch festgehalten, dass diese Unterstützung eine Ausnahme darstellt.

Fakt ist: Die steigenden Stromkosten betreffen die gesamte Bevölkerung und nicht ausschliesslich die Stadt Luzern. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass schweizweit politische Gespräche geführt werden müssen, um eine flächendeckende Lösung zur Abfederung der Kosten für einkommensschwache Haushalte zu finden. Sie will keinen Flickenteppich, denn das wiederum ist nicht fair gegenüber anderen Bewohnerinnen und Bewohnern des Kantons Luzern. Die Stadt Luzern sollte hier keinen Sonderzug fahren. Fakt ist weiter, dass die Ölpreise seit 2023 eher sinkend sind, die Energiekosten aber einen sehr hohen Anteil der Haushaltskosten bleiben. Was wären die Folgen? Die Stadt müsste jedes Jahr wieder finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um einen Teil der Kosten für die Energie von einkommensschwachen Haushalten zu finanzieren. Es geht nicht in erster Linie um die Frage, ob die Stadt sich das leisten kann und will, sondern darum, dass eine solche Handhabung dann auch andernorts Begehrlichkeiten weckt.

Die öffentliche Hand kann nicht als Vollkaskoversicherung agieren, das kann sich die Stadt Luzern, trotz guter Abschlüsse, dann irgendwann nicht mehr leisten. Vielmehr vertritt die FDP-Fraktion die Meinung, dass andere Unterstützungsmöglichkeiten angedacht werden müssen, um die Situation abzufedern und einkommensschwache Haushalte mehr zu unterstützen. Überdies hat sich auch gezeigt, dass sich Aufwand und Ertrag bei der Vorgehensweise von 2023 nicht unbedingt die Waage hielten. Der Verwaltungsaufwand, um die unterstützungsberechtigten Personen zu definieren und letztlich das Geld an sie zu überweisen, war enorm angesichts der relativ überschaubaren Menge an effektiven Auszahlungen. Die FDP-Fraktion ist gegen eine erneute Energiekostenzulage analog zum Jahr 2023. Sie tritt auf den B+A ein, lehnt den Sonderkredit für einkommensschwache Haushalte ab, genehmigt jedoch die Abrechnung über den Sonderkredit 2023.

Diel Tatjana Schmid Meyer: Damals, als der Grosse Stadtrat über die Energiekostenzulage diskutierte, hiess es: einmalig. Einmalig aufgrund der Situation in der Ukraine, einmalig aufgrund der steigenden Energiekosten. Das hat die Mitte-Fraktion damals schon festgehalten und in diesem Sinn die Energiekostenzulage unterstützt – einmalig. Die Fraktion hat zudem damals schon darauf hingewiesen, dass eine gewisse Interferenz zwischen diesem Geschäft und der Energiestrategie besteht, welche die Stadt Luzern verfolgt. Die Sprechende führte damals an die linke Ratsseite adressiert aus, dass man, wenn man eine Energiestrategie durchsetzen will, mit zum Teil starken Auswirkungen z. B. für die Autofahrer, es eben auch aushalten muss, dass für gewisse Leute Probleme entstehen, wenn die fossilen Brennstoffe preislich steigen. Die Stadt Luzern kann nicht auf der einen Seite eine Energiestrategie mit einschneidenden Massnahmen durchführen und auf der anderen Seite fossile Brennstoffe subventionieren. Das ist einfach eine Tatsache. Im Übrigen findet die Mitte-Fraktion, dass die Prämienverbilligung kein gutes Kriterium ist, um festzulegen, wer wirklich bedürftig ist. Wenn in einem Haushalt Prämienverbilligung bezogen wird, bedeutet das noch nicht, dass man wirklich bedürftig ist. Denn es kann sich um WGs handeln, es kann sich um Eltern handeln, die nicht verheiratet sind, und darum für die Kinder Prämienverbilligung erhalten. Das ist für die Mitte-Fraktion nicht ganz nachvollziehbar. Im B+A ist zu lesen, dass es für die Verwaltung ein riesiger Aufwand war – die Sprechende betont: ein riesiger Aufwand. Es waren mehrere Dienststellen involviert, es wurden viele Arbeitsstunden investiert, um diese Leute ausfindig zu machen. Die Stadt musste dann auch wieder Arbeitsstunden investieren, um Gelder, die nicht zu Recht bezogen wurden, zurückzufordern. Welchen politischen Entscheid der Stadtrat getroffen hat, sieht man im B+A: Weil das alles so einfach ablief, will er es weiterführen. Der Grosse Stadtrat hat damals vereinbart: einmalig. Das war eine einmalige Sache. Die Sprechende weiss noch, dass der Beschluss damals aufgrund einer Allianz zwischen den Grünen und der FDP zustande kam. Der Deal damals war: einmalig. Ja, man kann diesen Antrag jetzt noch einmal bringen, weil man wahrscheinlich heute nochmals in der Mehrheit ist. Die Mitte-Fraktion freut sich auf die nächste Legislatur, ab September sind die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Stadtrat ein bisschen anders. Das ist keine Drohung, im Gegenteil: Es wäre der Sprechenden ein Anliegen, wenn die Fraktionen im Grossen Stadtrat wieder mehr diskutieren und auf die gegenseitigen Argumente eingehen könnten, wie es auch Silvio Bonzanigo heute in der Zeitung schrieb. Das bedingt jedoch, dass alle ein bisschen von der Machtpolitik und von gewissen Ideologien abrücken. Das wäre ihr Wunsch für die nächste Legislatur. In diesem Sinne tritt die Mitte-Fraktion auf den B+A ein. Sie lehnt den Sonderkredit 2024 ab und heisst die Abrechnung 2023 gut.

Claudio Soldati: Nach dem erfolgreichen SP-Postulat «Energiearmut verhindern, hohe Nebenkosten abfedern» im Jahr 2022 geht es jetzt in die zweite Runde betreffend Energiekostenzulage, was die SP-Fraktion sehr freut. Die Energie- und Heizkosten sind nach wie vor auf sehr hohem Niveau, was die Kaufkraft der Bevölkerung belastet. Besonders die tiefsten Einkommen spüren die Erhöhung der Energiekosten am stärksten. Die SP-Fraktion will da Gegensteuer geben und befürwortet deshalb, dass es auch im Jahr 2024 eine Energiekostenzulage gibt. Diese Energiekostenzulage ist sozialpolitisch notwendig. Der Stadtrat legt im B+A die Abrechnung des Sonderkredites 2023 vor und zeigt, wie die Energiekostenzulage 2023 umgesetzt wurde. Die Verwaltung hat ganze Arbeit geleistet, es ist sehr gut, wie die verschiedenen Direktionen zusammengearbeitet haben. Das führte dazu, dass es einen effizienten Prozess gab und dass alle anspruchsberechtigten Haushalte noch im Jahr 2023 die Zulage erhielten. Das war sehr wichtig. Herzlichen Dank an die Verwaltung für diese Arbeit.

Es ist entlarvend, wenn man heute von der FDP-Fraktion hört, sie habe das im Jahr 2023 einmalig unterstützt. Es ging der FDP-Fraktion nie – der Sprechende betont, es ging ihr nie – um die Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten. Es ging ihr einzig und allein darum, ein anderes Vorhaben, das zu einer Kaufkraftstärkung geführt hätte, zu Fall zu bringen. Nur darum ging es ihr, und daher ist es heuchlerisch, wenn sie heute sagt, sie sei dafür gewesen, einfach nur einmalig. Das ist wirklich nicht glaubwürdig.

Bezüglich des Arguments Flickenteppich und Sonderzug: In der Schweiz ist das einfach so: Wenn die oberen Staatsebenen etwas nicht regeln, sondern offenlassen, können die unteren Staatsebenen es regeln. Die Stadt Luzern übernimmt Verantwortung, sie trifft eine Regelung und stärkt die Kaufkraft. Das ist richtig so.

Es gibt nur ein Defizit bei der Durchführung 2023, das von Selina Frey bereits erwähnt wurde: Ein Drittel der anspruchsberechtigten Haushalte hat diese Zulage nicht beantragt. Das ist wirklich ein sehr hoher Anteil. Die SP-Fraktion bittet den Stadtrat und die Verwaltung, bei der Durchführung 2024 ein ganz besonderes Augenmerk darauf zu richten, mit speziellen kommunikativen Massnahmen eine hohe Rücklaufquote zu erreichen.

Für die Durchführung 2024 verlangt der Stadtrat neben der Heizkostenzulage auch eine Stromkostenzulage. Diese Erweiterung ist konsequent und darum sehr zu begrüßen, denn die Privathaushalte können die Stromkosten mit ihrem Energiesparverhalten viel besser steuern als die Heizkosten. Der Stromverbrauch, der Haushaltsstrom, wird ja individuell erhoben, im Gegensatz zu den Heizkosten, von welchen für sehr viele Haushalte einfach ein Prozentsatz auf die Wohnungen heruntergerechnet wird, während das eigene Heizverhalten in der eigenen Wohnung keinen grossen Einfluss hat. Darum machen Anreize beim Haushaltsstrom entsprechend mehr Sinn.

Der Sprechende wendet sich an seine geschätzten Kolleginnen und Kollegen in der SVP-Fraktion und der Mitte-Fraktion: Man kann zwar wählen, wo man wohnt, aber nicht, wie dort geheizt wird. Wenn man in einer Wohnung lebt, die mit Gas oder Öl geheizt wird, dann muss man das einfach bezahlen. Es ist kein richtiges Argument, darauf hinzuweisen, mit der Klimastrategie finde ein Umdenken statt. Dieses Argument – dies zu Diel Tatjana Schmid Meyer – kann man vielleicht in 20 Jahren bringen. Aber jetzt, wo der Umbau erst am Laufen ist, kann man es nicht den Leuten anlasten, dass sie eben in einer Liegenschaft wohnen, die mit Öl oder Gas geheizt wird. Dem Votum von Diel Tatjana Schmid Meyer kann man entnehmen, dass es ihr eigentlich egal ist, wenn Leute Betreibungen erhalten oder wenn sie im Winter kalt haben.

Die SP-Fraktion unterstützt den B+A vollumfänglich, sie ist damit zufrieden. Sie genehmigt die Abrechnung des Sonderkredites 2023 und stimmt dem neuen Sonderkredit zu.

Diel Tatjana Schmid Meyer verwahrt sich dagegen, dass man, wenn man hier Voten hält, dann persönlich angegriffen wird und ihr jetzt vorgeworfen wird, es sei ihr egal, wenn die Leute betrieben würden oder kalt hätten. Das ist unglaublich, die Sprechende findet es wirklich unmöglich. Der Mitte-Fraktion geht es darum, dass diese Energiekostenzulage nicht mit der Energiestrategie kohärent ist. Claudio Soldati hat recht, man hat durchaus die Möglichkeit zu wählen, wo man wohnen will. Das Problem ist jedoch, dass die Stadt nicht einerseits die Heizkosten subventionieren kann, wenn sie andererseits eigentlich möchte, dass auch die Hauseigentümer – man geht immer von den bösen Hauseigentümern aus und von den armen Mietenden – umzudenken und ihre Häuser umzurüsten beginnen. Wenn man dieses Umdenken will, muss man es vielleicht auch geschehen lassen, dass Leute die Energiekosten nicht mehr bezahlen können und dann eben auch selber aktiv werden und etwas unternehmen. Was passiert, wenn alle künden und ausziehen müssen? Was geschieht dann? Dann kommen alle Reichen von Zug in die Stadt Luzern. Diese Befürchtung wurde ja auch im Zusammenhang mit der Steuersenkung geäussert. Jetzt geht es um die Subventionierung von Stromkosten. Irgendwann wird man auch noch die Subventionierung von Zahnspangen wollen. Es ist alles gratis. Was will man noch gratis? Über die Sprachkurse wird der Grosse Stadtrat auch noch sprechen. In der Stadt ist so vieles gratis. Was sind denn die Folgen dieser Anreize? Kommen dann all die Leute, die sich diese Dinge nicht leisten können, in die Stadt Luzern? Wer zahlt es dann am Schluss? Das ist genau das, was die Sprechende mit Ideologie meinte und was es so schwierig macht, hier im Rat zu diskutieren. Dass das Benzin teurer wird, interessiert ja auch niemanden. Das betrifft ja nur die bösen Autofahrer, die können ja sonst irgendwohin wohnen gehen. Die Sprechende plädiert dafür, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates anständig miteinander umgehen und die Voten

einfach so als Voten sein lassen. Sie persönlich – dies zu Claudio Soldati – möchte nicht, dass irgendjemand betrieben wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie sich in ihrem Votum nicht gegen diese Zulage aussprechen kann, von welcher es hiess, sie sei einmalig.

Christian Hochstrasser ist sehr überrascht, wie die Diskussion jetzt verläuft. Beim ersten Votum von Diel Tatjana Schmid Meyer war er etwas überrascht, was für Rundumschläge in alle Richtungen es enthielt. Eigentlich geht es bei diesem Geschäft einfach um eine Energiekostenzulage für das laufende Jahr. Es geht um ein Jahr und nicht um eine unbestimmte Frist. Die Vorlage wurde in der Sozialkommission diskutiert, der Kommissionspräsident hat darüber berichtet. Claudio Soldati hat auf das Votum von Diel Tatjana Schmid Meyer reagiert, aus Sicht des Sprechenden sachlich, vielleicht mit einem spitzen Hinweis im Zusammenhang mit der Frage der Subventionierung von fossilen Energien. Das ist hier wirklich nicht das Thema, es geht nicht um die Subventionierung fossiler Energien, sondern darum, dass Leute ihre Nebenkostenabrechnungen nicht zahlen können. Diel Tatjana Schmid Meyer hat – so hat es der Sprechende empfunden – mit einem weiteren Rundumschlag reagiert. Das findet er der Art und Weise, wie die Mitglieder dieses Rates hier drin diskutieren, überhaupt nicht angemessen. Er hofft, dass sich das in der nächsten Zeit ändert.

Silvio Bonzanigo meldet sich nur auf dieses Votum von Christian Hochstrasser hin. Nach Ansicht des Sprechenden ist eine Rundumsicht, wie sie Diel Tatjana Schmid Meyer vorgelegt hat, betreffend die staatlichen Leistungen, welche unter bestimmten Voraussetzungen beansprucht werden können, in diesem Zusammenhang überhaupt nicht falsch. Es gibt ja auch die SKOS-Richtlinien, dazu kann vielleicht Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki noch Ausführungen machen. Die Kosten, die für minderbemittelte Haushalte entstehen, werden in einem Warenkorb zusammengefasst und gemäss den entsprechend definierten SKOS-Richtlinien Subventionierungen in Aussicht gestellt, um es ein bisschen allgemein darzustellen. Die Energiekosten gehören auch in diesen Warenkorb. Man befindet sich jetzt im zweiten Jahr der Energiekostensteigerungen. Das heisst, die gestiegenen Energiekosten, sei das Öl, Gas oder Elektro, sollten, so hofft der Sprechende, in den SKOS-Richtlinien, die laufend angepasst werden, aufgefangen werden. Es ist also nicht so, dass allein in der Stadt Luzern die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die gemäss der Vorlage, welche der Grosse Stadtrat jetzt berät, Anrecht auf die Energiekostenzulage hätten, schutzlos diesen Kostensteigerungen ausgesetzt werden, sondern wenn sie gemäss den SKOS-Richtlinien Anspruch auf Vergütungen haben, werden diese entrichtet. Das muss man in diesem Zusammenhang auch festhalten. In diesem Sinne versteht der Sprechende die Frage gut, wie viele staatliche Leistungen kostenlos sein sollen und ob es künftig mehr sein sollen oder ob sie gleichbleiben. Diese Diskussion ist überhaupt nicht abwegig.

Selina Frey weist Silvio Bonzanigo darauf hin, dass die SKOS-Richtlinien für Leute in der Sozialhilfe gelten. Leute, die in der Sozialhilfe unterstützt werden, erhalten keine Energiekostenzulage, sie sind davon ausgeschlossen. Die Energiekostenzulage ist eben gerade für diejenigen Leute gedacht, die keine Ergänzungsleistungen und keine Sozialhilfe erhalten.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Die Bedeutung der SKOS-Richtlinien, auf welche Silvio Bonzanigo hinwies, wurde in der Sozialkommission auch diskutiert. Die SKOS-Richtlinien beziehen sich auf die wirtschaftliche Sozialhilfe. Dort gibt es Richtlinien für Mietzins und Nebenkosten. Auch die Steigerungen der Preise bei Öl und Gas liegen noch innerhalb der Zahlen dieser Richtlinien. Bei den Ergänzungsleistungen sind sie ebenfalls abgedeckt, auch wenn diese über den Kanton mit einer gewissen Verzögerung verrechnet werden. Jetzt geht es um die Kategorie von Leuten, die zu keiner dieser beiden Gruppen gehören, um die Leute, die Individuelle Prämienvverbilligung (IPV) beziehen. Man kann sie als Working Poor bezeichnen, es sind Leute mit kleinerem Budget. Auch darunter gibt es wahrscheinlich einige, welche die Energiekostenzulage nicht brauchen. Aber ein grosser Teil braucht sie. Insofern ist es eine sozialpolitische Massnahme. Die Stadt Zürich hat das genau gleich gemacht. Von der Logik her ist die Koppelung mit der IPV berechtigt.

Auch der Stadtrat hält fest, dass die Energiekostenzulage einmalig ist. Er würde es auch nicht gutheissen, wenn man die Sozialsysteme, die teilweise vom Kanton, teilweise vom Bund übernommen werden, zu mischen beginnt. Der Stadtrat ist eigentlich überzeugt, dass diese Unterstützung eine Aufgabe des

Bundes oder des Kantons wäre. Er erhielt jedoch letzten Herbst vom Grossen Stadtrat den Auftrag, die Energiekostenzulage nochmals auszusuchen. Wenn der Stadtrat vom Grossen Stadtrat einen Auftrag erhält, will er ihn so gut wie möglich erfüllen. Der Stadtrat hat also diesen Auftrag so gut wie möglich umgesetzt. Es waren sieben Dienstabteilungen aus drei Direktionen daran beteiligt, was einen verhältnismässigen Aufwand bedeutet. Diese Zusammenarbeit straft all diejenigen Lügen, die behaupten, die Stadtverwaltung sei sehr stark dem Silodenken verhaftet. Das war beim vorliegenden Geschäft überhaupt nicht der Fall. Falls der Grosse Stadtrat diesen Auftrag wieder erteilen sollte, wird der Stadtrat ihm selbstverständlich wieder nachkommen.

Neu ist dieses Mal auch der Strom dazugekommen. Zurzeit sind nicht nur die Preise für Gas und Öl hoch, sondern auch beim Strom gibt es starke Preissteigerungen.

Zur Umsetzung: Wenn der Grosse Stadtrat der Vorlage zustimmt, wird der Start im September 2024 sein und die letzten Auszahlungen werden bis Ende 2024 stattfinden. Der Ablauf ist genau gleich wie im letzten Jahr.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 20/2024: «Energiekostenzulage. Abrechnung Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte». Sonderkredit 2024» eingetreten.

DETAIL

Keine Wortmeldung

Seite 25 f. Antrag und Beschluss

- I. Die Abstimmung zu Ziffer I («Für die Ausrichtung einer Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte wird ein Sonderkredit von 2,743 Mio. Franken bewilligt») ergibt das Stimmenverhältnis 23 : 23 : 0.
Der zweite Durchgang zeigt dasselbe Resultat.
Der Antrag wird mit Stichentscheid des Ratspräsidenten abgelehnt (23 : 24 : 0 Stimmen).**
- II. Der Grosse Stadtrat genehmigt die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte».**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 20 vom 17. April 2024 betreffend

Energiekostenzulage

- Abrechnung Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte»**
- Sonderkredit 2024,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a und § 41 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1, Art. 69 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. c Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Ausrichtung einer Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte wird ein Sonderkredit von 2,743 Mio. Franken ~~bewilligt abgelehnt~~.
- II. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit 2023 «Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte» wird genehmigt.
- III. ~~Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.~~

**9 Bericht und Antrag 21 vom 17. April 2024:
Kinder- und Jugendschutz KJS. Anwendung Ressourcen- und Controllinginstrument.
Sonderkredit**

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Der B+A 21/2024: «Kinder und Jugendschutz KJS. Anwendung Ressourcen- und Controllinginstrument. Sonderkredit» stiess in der Sozialkommission auf grosse Zustimmung. Der städtische Kinder- und Jugendschutz soll um insgesamt 114 Stellenprozent aufgestockt werden, weil die Anzahl der Mandate pro Vollzeitstelle seit Monaten über dem vorgeschriebenen Richtwert von 55 liegt. Verantwortlich für die höheren Mandatszahlen ist unter anderem die Coronapandemie; zu diesem Zeitpunkt nahmen die Gefährdungsmeldungen landesweit zu. Ab dem Frühling 2022 löste der Krieg in der Ukraine bei vielen Kindern und Jugendlichen Verunsicherung aus. Auch das hatte Auswirkungen auf den Kinder- und Jugendschutz. Die zusätzlichen 114 Stellenprozent zur Bewältigung von mehr Mandaten verursachen jährliche Mehrkosten von Fr. 153'875.–. Die Sozialkommission stimmte diesem Vorhaben mit 8 : 1 Stimmen zu.

Zu Kapitel 2, «Zielsetzungen: Anwendung des Ressourcen- und Controllinginstruments», überwies die Sozialkommission folgende Protokollbemerkung:

«Das Ressourcen- und Controllinginstrument RCI wird überarbeitet, um ein effizienteres Instrument zu entwickeln, das es ermöglicht, mittels Stadtratsbeschluss rascher zu reagieren und gegebenenfalls Stellenanpassungen vorzunehmen.» Diese Protokollbemerkung wurde von der Sozialkommission mit 6 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung deutlich überwiesen.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion dankt für diesen kurzen und informativen Bericht und Antrag. Die stetige Zunahme der Fallzahlen ist sicher durch den Krieg in der Ukraine und auch durch Corona bedingt, aber auch die zunehmende Komplexität der Fälle sind eine hohe Herausforderung für die Mitarbeitenden im Bereich Kinder- und Jugendschutz.

Die FDP-Fraktion findet es gut, dass die Stadt Luzern ein Ressourcen- und Controllinginstrument im Kinder- und Erwachsenenschutz hat, auch wenn dieses vielleicht nicht allzu agil ist. Es ist wichtig, die steigende Zahl der Mehrmandate mit entsprechenden zusätzlichen Mitarbeitenden aufzufangen, damit die Sozialarbeit gut und richtig geleistet werden kann, nicht eine dauerhafte Überlastung bei den Mitarbeitenden besteht und es nicht zu einer Qualitätsminderung oder sogar -verschlechterung kommt. Die FDP-Fraktion unterstützt die wichtige Arbeit des Kinder- und Erwachsenenschutzes. Sie hofft, dass die Fallzahlen und dadurch die Mehrmandate auch wieder einmal zurückgehen. Aber leider wird das wahrscheinlich in Zukunft nicht so sein.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Pensenaufstockungen im Kinder- und Jugendschutz, tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Jörg Krähenbühl: «Es ist davon auszugehen, dass die individuellen und familiären Belastungssituationen aufgrund der aktuellen Lage mit mehreren schwierigen Aspekten (Klimakrise, Ukraine-Krieg, soziale Ungerechtigkeiten, komplexe globale Herausforderungen) weiter zunehmen und sich auf die KESB auswirken werden.» Dieser Satz stand bereits im B+A 29 vom 30. August 2023 und wurde hier wieder übernommen. «Die KESB entscheidet, in welchen Fällen ein zivilrechtliches Mandat im Kinder- und Jugendschutz benötigt wird. Die Zunahme der Abklärungen bei der KESB hat also direkte Auswirkungen auf die

Zunahme der Mandatszahlen beim Kinder- und Jugendschutz» (B+A 21/2024, Seite 5). Diese Kernaussagen sind für die SVP-Fraktion sehr wichtig. Es stellt sich die Frage: Gibt es zu viele Fälle oder zu viel Personal? Die SVP-Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, dass die KESB sich auf die wesentlichen Fälle fokussieren soll. Es gibt aktuell zu viele Fälle, in denen die KESB zu viel Einfluss hat. Aus den dargelegten Gründen ist die SVP-Fraktion nicht bereit, zusätzliches Personal zu bewilligen, auch nicht in einem anderen Bereich, wenn es um die Bearbeitung der Fälle geht, die beim Kinder- und Jugendschutz, beziehungsweise der Abteilung KJF, angesiedelt sind. Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und lehnt den Sonderkredit von Fr. 1'538'750.– ab.

Selina Frey: Dass die Anzahl an Mandaten in den letzten sechs Jahren um fast 100 Mandate gestiegen ist, hinterlässt nicht nur ein gutes Gefühl. Die Gründe dafür sind vielfältig und der Trend zeigt sich in der ganzen Schweiz. Dass aufgrund der wiederum erhöhten Fallzahlen in den letzten sechs Monaten jetzt wieder das bereits lange bewährte Ressourcen- und Controllinginstrument zum Zuge kommt, ist für die G/JG-Fraktion eine Selbstverständlichkeit. Es ist wichtig, dass die betroffenen Mitarbeitenden nicht zu lange in einer Überlastung sind und man deshalb rasch handelt.

Für die G/JG-Fraktion ist relevant, dass die Fallzahlen gemäss den KOKES-Empfehlungen eingehalten werden können. Nur so kann die Selbstbestimmung der Klientel gewährleistet werden und die Beratungsqualität erhalten bleiben. Die Mandatsträger/innen können mit einer angemessenen Fallzahl mehr präventiv agieren und müssen nicht nur reagieren, was zu einer Steigerung der Zufriedenheit der Mitarbeitenden, aber auch der Klientinnen und Klienten führt.

Die G/JG-Fraktion wird die Protokollbemerkung aus der Sozialkommission unterstützen, da sie es wichtig findet, die Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände nicht zu lange mit einer zu hohen Dossierzahl arbeiten zu lassen, denn darunter würde die Beratungsqualität leiden. Die verbeiständeten Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf eine gute Begleitung.

Die G/JG-Fraktion wird der beantragten Pensenaufstockung und dem dazugehörigen Sonderkredit zustimmen. An dieser Stelle möchte die Fraktion gern ein Lob aussprechen. Im Sozialbereich herrscht aktuell ein riesiger Fachkräftemangel. Trotzdem ist es der Stadt Luzern bis heute immer gelungen, die offenen Stellen zu besetzen.

Marta Lehmann: Es ist nicht so, wie der Vorredner der SVP-Fraktion vermutet: Es gibt nicht zu viele Fälle und zu viel Personal. Die Tatsache ist ganz anders: Jugendliche stehen während ihrer Entwicklung vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Die sozialen Problemlagen werden immer komplexer, die Auswirkungen der Coronapandemie sind nach wie vor spürbar, Krieg und Klimakrise und insbesondere der ungefilterte Druck der sozialen Medien rund um die Uhr können eben langfristige Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen haben. Dies unterstreicht den wachsenden Bedarf an Unterstützung sowohl in der Schule als auch im privaten Umfeld.

Anlaufstellen der Stadt Luzern verzeichnen eine zunehmende Anzahl von Beratungsangeboten, die mit den vorhandenen Ressourcen effektiv nicht mehr bewältigt werden können. Dies bestätigt auch die Antwort des Stadtrats auf die [Interpellation 303](#) zur Psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist eine landesweite Zunahme von Gefährdungsmeldungen zu verzeichnen. Die Zahlen der Abklärungen steigen seit dem Jahr 2022 auch in der KESB Stadt Luzern, Tendenz leider zunehmend.

Das Ressourcen- und Controllinginstrument (RCI) ist ein wichtiges und sinnvolles Instrument in Bezug auf die Analyse der Fallzahlenbelastung. Der aktuelle Mechanismus mit den vordefinierten Parametern zur Stellenaufstockung wirkt in seiner Anwendung aber nach wie vor ein bisschen starr und auch unflexibel. Um ein Beispiel zu nennen: In Bezug auf die aktuelle Situation bedeutet das, dass erst Ende Februar 2024 auf die Tatsache reagiert werden konnte, dass in den vorangegangenen sechs Monaten die Mehrmandate deutlich über dem Mandatssoll lagen. Im September 2023 waren es noch 37 Mehrmandate, im Februar 2024 dann bereits 46.

Nimmt die Fallbelastung deutlich zu, was in einer angespannten Situation wie in der aktuellen in der Regel der Fall ist, geht es leider noch einmal 2–3 Monate, bis der B+A dann ins Parlament kommt und eine Stellenaufstockung möglich wird, falls dann Fachpersonen rasch rekrutiert werden können und die verbleibenden Mitarbeitenden infolge monatelanger Mehrbelastung noch nicht ausgebrannt sind.

Um flexibler und schneller auf die steigenden Fallzahlen reagieren zu können und somit eben die Betreuungsqualität zu verbessern, ist eine Anpassung des Ressourcen- und Controllinginstruments wünschenswert. Dazu wurde, wie der Kommissionspräsident erwähnt hat, in der Sozialkommission eine Protokollbemerkung überwiesen.

Die SP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Sonderkredit zustimmen.

Daniel Lütolf: Vielen Dank auch seitens der GLP-Fraktion an die Verwaltung für den B+A 21. Es ist ein wichtiger B+A. Dem Sprechenden als betroffener Person liegt es am Herzen, dass z. B. Kinder mit Angst- und Panikattacken möglichst schnell behandelt werden können. Der Familie des Sprechenden geht es wieder gut – die entscheidende Hilfe kam jedoch nicht ausschliesslich vom Kinderpsychiatrischen Dienst, sondern – das tönt vielleicht komisch – von ihrem Havanaserhund Nori, den sie als Welpen letztes Jahr kaufte. Nori hat tatsächlich geholfen und es gab auch keine Wartezeit von 8 bis 12 Monaten.

Aufgrund der laufend steigenden Mandatszahlen, welche inzwischen die Vorgaben des Ressourcen- und Controllinginstruments erfüllen, ist eine entsprechende Aufstockung der Pensen bei der Fachbearbeitung notwendig und wichtig. Mit dem vorliegenden B+A beantragt der Stadtrat die Umsetzung des Ressourcen- und Controllinginstruments für den Kinder- und Jugendschutz mit einem Sonderkredit in der Höhe von 1,5 Mio. Franken. Die Frage des Sprechenden ist einzig, ob es tatsächlich auch genügend Personal auf dem Markt gibt, obwohl Selina Frey gerade sagte, die Stadt habe die Stellen vorbildlich jedes Mal wieder gut besetzen können. Sollte dennoch plötzlich zu wenig Personal auf dem Markt vorhanden sein, fragt man sich, ob es einen Massnahmenkatalog oder eine Strategie gibt, um diesen Zustand künftig zu verbessern. Stichworte dabei sind: Attraktivierung des Berufes, Marketing- und PR-Massnahmen, Stipendien oder finanzielle Unterstützung. Oder kann man die öffentliche Anerkennung zusätzlich noch mittels anderer Kampagnen irgendwie schärfen?

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt dem Sonderkredit über 1,5 Mio. Franken zu. Sie wird auch die Protokollbemerkung der SP-Fraktion unterstützen.

Diel Tatjana Schmid Meyer: Die Parameter für eine Stellenaufstockung sind im Ressourcen- und Controllinginstrument klar festgelegt. Im B+A wird gezeigt, weshalb es diese Stellenaufstockung braucht. Die Mitte-Fraktion tritt auf den B+A ein und bewilligt die Pensenaufstockung, sie wird aber die Protokollbemerkung ablehnen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Hinter dem Wort Ressourcen- und Controllinginstrument, das ja aus der Managementsprache stammt, steht die Realität, dass die KESB erst eine Beistandsperson bestellt, wenn die Eltern mit der Erziehung und Betreuung der Kinder deutlich überfordert sind und auch freiwillige Angebote längst nichts mehr nützen. Der Sprechende betont: Erst dann wird eine Beistandsperson eingesetzt, zum Schutz der Kinder und zur Unterstützung der Eltern. Es ist nicht so, wie es die SVP-Fraktion gern dargestellt hätte, dass die KESB unnötig Fälle produzieren würde. Geht es eigentlich noch? Es ist genau umgekehrt: Es geht da wirklich um den Schutz der Kinder in äusserst schwierigen Situationen. Nach Ansicht des Sprechenden könnte es auch noch schlimmer werden, nämlich dort, wo das Kindeswohl wegen gewalttätiger Situationen in Familien gefährdet ist. Erst in solchen Fällen entzieht die KESB das Kind der elterlichen Obhut, erst dann muss das Kind an einen geschützten Ort gebracht werden. Solche schwierigen Situationen kommen vor. Dann müssen der Unterhalt des Kindes und der persönliche Kontakt zwischen den Eltern und dem Kind geregelt werden. Diese Arbeit wird in einem äusserst anspruchsvollen Umfeld geleistet, es ist professionelle Arbeit, welche die Unterstützung des Grossen Stadtrates verdient. Man muss dafür sorgen, dass die KESB und der Kinder- und Jugendschutz, der diese Mandate führt, ihre Arbeit erledigen können. Im letzten Jahr sagte der Rat Ja dazu, die KOKES-Empfehlungen zu übernehmen und pro mandatsführende Person 55 Fälle festzulegen. Das ermöglicht es, die Mandate gut zu bearbeiten und einen guten Stand zu erreichen. Das Ressourcen- und Controllinginstrument ist ein klares, nachvollziehbares Instrument, das aufzeigt, wann es nötig wird, eine Stellenaufstockung vorzunehmen. Für den Nachweis der Notwendigkeit braucht es eine gewisse Zeit. Aus diesem Grund hat der Stadtrat diesen B+A vorgelegt. Er opponiert jedoch der Protokollbemerkung, denn er möchte nicht schon nach so kurzer Zeit, nachdem dieses Ressourcen- und Controllinginstrument angepasst wurde, wieder Änderungen daran vornehmen. Es ist nach Überzeugung des Stadtrates ein gutes

Instrument, wofür die Stadt Luzern auch von anderen Städten Anerkennung findet. Darum bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, die Protokollbemerkung abzulehnen.

Lisa Zanolli meldet sich auf das Votum von Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki hin zu Wort, der bezogen auf die Haltung der SVP-Fraktion gefragt hat: «Geht es eigentlich noch?» Die SVP-Fraktion hat wirklich äusserst intensiv über die Vorlage diskutiert. Der Einsatz der KESB in bestimmten Fällen ist unbestritten, das zweifelt die SVP-Fraktion auch gar nicht an. Die Mitglieder der Fraktion wissen jedoch selber auch von zwei, drei anderen Fällen, in welchen sich die KESB in eine intakte Familie einmischt, z. B. in der Folge eines Todesfalls. Die SVP-Fraktion ist vehement dagegen, dass sich die KESB in eine intakte Familie einmischt. Darum lehnt sie den B+A ab.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 21/2024: «Kinder- und Jugendschutz KJS. Anwendung Ressourcen- und Controllinginstrument. Sonderkredit» eingetreten.

DETAIL

Seite 4 2 Zielsetzungen: Anwendung des Ressourcen- und Controllinginstruments

Sozialkommissionspräsident Marco Müller liest die Protokollbemerkung noch einmal vor, die in der Sozialkommission mit 6 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen wurde:

Das Ressourcen- und Controllinginstrument RCI wird überarbeitet, um ein effizienteres Instrument zu entwickeln, das es ermöglicht, mittels Stadtratsbeschluss rascher zu reagieren und gegebenenfalls Stellenanpassungen vorzunehmen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Die Ausführungen des Stadtrates im StB zeigen, dass das Ressourcen- und Controllinginstrument sehr gut ist und von den Mitarbeitenden geschätzt wird, auch wenn eine Stellenaufstockung dann vielleicht nicht so schnell vorgenommen werden kann. Dieser Einwand ist richtig, aber aufgrund des Instruments haben die Mitarbeitenden Vertrauen, dass etwas geschieht und dass es funktioniert. Die Genehmigung von zusätzlichen Ressourcen zur Umsetzung liegt, wie im StB auch ausgeführt wird, in der Kompetenz des Grossen Stadtrates, und das soll nach Ansicht der FDP-Fraktion auch so bleiben.

Jörg Krähenbühl: Auch die SVP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab, da dadurch der Stadtrat wieder eine zusätzliche neue Kompetenz erhalten würde. Das darf nicht der Fall sein.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

Seite 7 f. Antrag und Beschluss

I. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 41 : 5 : 0 Stimmen für die Pensenaufstockungen im Kinder- und Jugendschutz (KJS) einen Sonderkredit von Fr. 1'538'750.–.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 21 vom 17. April 2024 betreffend

Kinder- und Jugendschutz KJS**– Anwendung Ressourcen- und Controllinginstrument****– Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Pensenaufstockungen im Kinder- und Jugendschutz (KJS) wird ein Sonderkredit von Fr. 1'538'750.– bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ratspräsident Jules Gut bemerkt, dass dies der letzte B+A für Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki nach zwölf Jahren Stadtrat war. Herzliche Gratulation.

Die Anwesenden im Rat applaudieren herzlich.

Pause 11.05 – 11.20 Uhr

10 Bericht und Antrag 19 vom 17. April 2024:
Personelle Ressourcen Grünflächenpflege. Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente beim Tiefbauamt, Bereich Stadtgrün

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai 2024 den Bericht und Antrag 19: «Personelle Ressourcen Grünflächenpflege» behandelt und mit 9 : 2 Stimmen einen Sonderkredit von 5,15 Mio. Franken für zusätzliche 500 Stellenprozent bei der Dienstabteilung Tiefbauamt bewilligt. Die Baukommission war sich einig, dass Stadtgrün eine immer wichtiger werdende Tätigkeit in der Stadt Luzern ausübt, die für die Bevölkerung tagtäglich sichtbar ist. Die vielfältigen Aktivitäten erhöhen dabei nicht nur die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, sondern sind beispielsweise auch wichtig für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität. Der im Bericht und Antrag thematisierten Sicherheit auf Spielplätzen räumt die Baukommission einen sehr hohen Stellenwert ein. Ein Ausbau der personellen Ressourcen in diesem Bereich war denn auch unbestritten. Bei der Grünflächenpflege hat die Kommission dagegen den zusätzlichen Ressourcenbedarf kritisch hinterfragt. Ein Antrag, statt der beantragten 350 bloss 200 Stellenprozent zu bewilligen, wurde in der Folge aber deutlich abgelehnt. Ebenso erging es einer Protokollbemerkung, die verlangte, dass Stadtgrün Wissen bezüglich des Lebensraums «Gebäudehüllen» aufbaue. Die Verwaltung konnte glaubhaft aufzeigen, dass das notwendige Wissen bereits vorhanden ist. In der Schlussabstimmung bewilligte die Kommission mit 9 : 2 Stimmen den Sonderkredit von 5,15 Mio. Franken.

Jona Studhalter: Die G/JG-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den B+A. B+A steht übrigens für «begrünt und autobefreit» – dazu dann mehr bei der Behandlung der junggrünen Initiative. Nach Ansicht der

G/JG-Fraktion zeigt der B+A die Situation und den daraus folgenden Bedarf im Bereich Grünraumpflege und Spielplatzsicherheit klar und begründet auf. Die Bedeutung und die Funktion der Grünraumpflege haben sich in den letzten Jahren gewandelt, der Grünraum ist nicht nur dazu da, dass es für die Stadtbevölkerung schön aussieht, sondern um auch der tierischen Bevölkerung einen wertvollen Lebensraum zu bieten.

Die Spielplatzsicherheit hingegen ist schon länger ein Thema. Im Auftrag des Stadtrates betreut Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula bekanntlich die Zitrusfrüchtesammlung, die vom Kinderparlament regelmässig ein neues Unikat erhält. 2013 wollte der Stadtrat zuerst Spielplätze schliessen, er ist dann zurückgekrebst und erhielt für dieses Manöver und für die Einsparungen von Fr. 50'000.– bei den Spielplätzen vom Kinderparlament eine halbe saure Zitrone.

Der Sprechende hat grosse Freude an der Entwicklung der Spielplätze. Namentlich ist ihm der Spielplatz beim Provisorium Grenzhof oder beim Schulhaus Geissenstein aufgefallen. Die Spielgeräte werden diverser, was aus pädagogischer Sicht zu begrüßen ist. Es sind Spielplätze, bei welchen der Sprechende – wenn er sie mit einem «Ritiseli» vergleicht – durchaus auch manchmal das Bedürfnis verspürt, darauf herumzuturnen.

Das Kinderparlament hat im letzten Sommer hier in diesem Ratssaal intensiv darüber diskutiert, welche Spielgeräte es beim neuen Spielplatz Grenzhof finanzieren will. Der Sprechende hat das als sehr wertvoll empfunden, auch für die damals vonseiten der Stadt Anwesenden, die das Projekt danach umgesetzt haben. Es ist sinnvoll, wenn man mit den Kindern vor Ort redet. Nicht jeder Spielplatz muss gleich sein. Das Kinderparlament hat dann an seiner letzten Session, notabene die 100. Kinderparlamentssession – herzliche Gratulation an dieser Stelle –, den neuen Spielplatz beim Grenzhof sehr positiv zur Kenntnis genommen.

Das Stadtparlament beschliesst zusätzliche Aufgaben für Stadtgrün. Beispielsweise die Entsiegelung des Schweizerhofquais gibt in der Reinigung mehr zu tun, als wenn man einfach mit einer Maschine über den Asphalt fahren kann. Darum sind für die G/JG-Fraktion die zusätzlichen Stellen unbestritten. Man muss auch bedenken, dass es im Kanton Luzern Leute gibt, die so viel Geld geerbt haben, dass sie mehr als 3,5 Stellen für die Pflege ihres privaten Gartens bezahlen können. Bei den zusätzlichen Stellen der Abteilung Stadtgrün haben wesentlich mehr Leute etwas von der Grünraumpflege.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Benjamin Gross: Herzlichen Dank für den Bericht und Antrag an das Team von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula, das einmal mehr viele überzeugende Argumente in den B+A hineingepackt hat. Eigentlich sollte es die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht überraschen, dass das jetzt etwas kostet. Die SP-Fraktion fordert und fördert politisch schon länger, dass man die Stadt Luzern grüner macht. Das führt jetzt zu Mehrkosten, das ist der SP-Fraktion bewusst. Sie ist der Ansicht, dass das Geld in eine grünere Stadt sehr gut investiert ist.

Die anstehenden gewachsenen Aufgaben sind ja auch offensichtlich, denn die Entsiegelung braucht sicher mehr Unterhalt, als Asphalt zu wischen. Die Leute wollen mehr Bäume, diese müssen gepflegt werden. Die Klimaadaptation ist eine notwendige Konsequenz, diese Kosten hat man sich selber zuzuschreiben.

Insgesamt pflegt das Team von Stadtgrün, wie der Sprechende erfahren hat, 40 Prozent mehr Grünfläche mit nur 4 Prozent mehr Personal als noch vor ein paar Jahren. Persönlich hat er gelernt, dass wilde Grünflächen eine intensivere Pflege brauchen als gepflegter Rasen. Das geht also nicht so von allein wie früher daheim im eigenen Garten.

Der Handlungsbedarf bei Spielplätzen ist unbestritten. Spielplätze müssen sichere Orte für Kinder sein. Dort sollen sie sich im Gegensatz zu Strassen keine Gedanken über ihre Sicherheit machen müssen. Trotzdem sei hier noch ein Wunsch eines ehemaligen Piraten, Räubers und Astronauten an den Stadtrat gerichtet: Trotz Sicherheit und Auflagen soll das Abenteuer auf den Spielplätzen auch weiterhin nicht verloren gehen.

In diesem Sinn tritt die SP-Fraktion auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Stefan Sägesser: Der Bericht und Antrag ist kurz, knapp und gut formuliert, die GLP-Fraktion kann ihm ein gutes Zeugnis ausstellen und bedankt sich dafür. Was in den letzten Jahren vom Team für die Grünflächen der Stadt geleistet wurde, ist beachtlich, die Ressourcen wurden, auch dank Umverteilungen, gut

eingesetzt. Mit relativ knappen Ressourcen konnte doch sehr viel Grünraum bewirtschaftet werden. Dass das jetzt nicht mehr gut möglich ist, versteht die GLP-Fraktion bis zu einem gewissen Punkt. Trotz der grossen anstehenden Themen – Biodiversität, Klimaadaptation, Schwammstadtprinzip, zusätzliche Grünflächen – hat die GLP-Fraktion ein bisschen das Gefühl, das hier ein Stück weit Stellen auf Vorrat geschaffen werden. Andererseits ist aber auch zu erwarten, dass es wahrscheinlich nicht möglich ist, alle Stellen gleich auf einmal zu besetzen. Das zunehmende Personal geht hoffentlich mit dem zunehmenden Bedarf einher. Grossmehrheitlich unterstützt die GLP-Fraktion das Vorgehen des Stadtrates. Die Stadt hat sich gewandelt, von einer Monokultur, was die Rasenfläche anbelangt, zu tatsächlich neuen Grünflächen, mehr Bäumen, mehr entsiegelten Flächen. Das findet die GLP-Fraktion gut. Man sieht der Stadt die Veränderung an, diese Crew hat gute Arbeit geleistet. Dazu möchte die GLP-Fraktion ihr gratulieren. Das Thema Spielplätze ist sehr wichtig, sowohl was die Anzahl, als auch was die Qualität betrifft. Es gibt immer mehr Spielplätze, die nächste Eröffnung steht an der Lindenstrasse an. Der Sprechende hat diesen angeschaut, er sieht gut aus. Für alle Piraten und Piratinnen steht ein Abenteuer in Aussicht. Der Sprechende selber war Robinson-Crusoe-Fan, das Abenteuerliche passt ihm daher gut. Dass die Spielplätze sicher und gut unterhalten sein sollen, ist für die GLP-Fraktion unbestritten. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen und den Sonderkredit bewilligen.

Alexander Stadelmann: Die FDP-Fraktion dankt für den sehr kompakten Bericht und Antrag. Stadtgrün macht einen sehr guten Job. Das schon mal vorweg.

Zu den personellen Ressourcen von Stadtgrün: Mit 8'240 Stellenprozent ist das ein beachtlicher Laden. Dieser Wert ist eindrücklich. Spannend ist, dass der Anteil Leitung, Administration und Projekte mit 1'420 Stellenprozent überdurchschnittlich hoch ist. Das sind über 17 Prozent. Man könnte darum denken, dass es bei Stadtgrün fast mehr Häuptlinge als Indianer gibt.

Die Entwicklung der Grünflächen ist gemäss den Angaben im B+A seit dem Jahr 2020 stabil. Eine Reorganisation im Jahr 2023 per 2024 ist begrüssenswert. Endlich wurden auch einmal Prozesse optimiert und dadurch Stellen reduziert bzw. Mitarbeitende in andere Bereiche verschoben.

Im Kapitel 4.2.1, «Umstellung auf naturnahe Flächen und Pflege», findet man Aussagen wie z. B., dass Jäten aufwendiger ist, da unter anderem gewünschte Pflanzen vom Unkraut befreit werden müssen, oder dass Unkraut aufgrund des Verzichts auf chemische Pflanzenschutzmittel manuell entfernt werden muss. Es ist grundsätzlich löblich, dass keine chemischen Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Diese braucht es ohnehin nicht. Es soll das Motto gelten, «leben und leben lassen». So, wie es auch in der Natur der Fall ist. Übrigens, im Kapitel 7.4, «Betriebliche Optimierungen», wird dann aber geschrieben, dass Toleranz gegenüber Unkraut gewährt werden soll. Was gilt jetzt?

Zu den Spielplätzen: Warum bei Spielplätzen auf höchste Individualität gesetzt wird, ist absolut unverständlich. Hat ein Kind im Stadtteil Tribschen andere Bedürfnisse nach Spielgeräten als ein Kind im Maihofquartier? In diesem Zusammenhang ist auf einheitliche Geräte zu setzen, was den finanziellen Aufwand für den Bezug, für die Kontrolle und auch für allfällige Reparaturen massiv reduziert.

Die FDP-Fraktion erachtet es im Übrigen als überaus positiv, dass Stadtgrün Lehrlinge ausbildet.

Die Fraktion stellt sich einige Fragen im Zusammenhang mit dem vorliegenden B+A.

Frage 1: Wer zahlt den Gärtner auf der Allmend, der für die Fläche des FC Luzern verantwortlich ist? Gemeint ist der Rasen im Stadion und der auf dem Trainingsplatz vor dem Stadion. Es handelt sich dabei um ein 100-Prozent-Pensum. Wahnsinn!

Frage 2: Gehören Drittaufträge zur Kernaufgabe von Stadtgrün? Gemeint sind unter anderem Arbeiten, die für Viva, vbl, ewl oder für den Kanton Luzern wahrgenommen werden. Die Antwort der FDP-Fraktion lautet nein.

Frage 3: Ist es wirklich richtig und wichtig, dass für einzelne Spielplätze teure Gutachten eingeholt werden müssen? Dieser Aufwand ist unnötig und treibt die Ressourcen und die daraus resultierenden Kosten unnötig in die Höhe.

Frage 4, zum Benchmark: Informationen von Zürich und Bern sind im B+A enthalten, zu Winterthur oder St. Gallen dagegen nicht. Diese beiden Städte sind aber mit Luzern vergleichbar. Warum fehlen diese Angaben?

Und Frage 5: Warum werden für die Gruppenführung 150 Stellenprozent und nicht nur 100 Stellenprozent beantragt?

Noch zu Kapitel 6, «Zielsetzungen»: Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass Ressourcen für allgemeine zukünftige Massnahmen und Herausforderungen oder aufgrund von politischen Erwägungen geschaffen werden. Stellen auf Vorrat, das geht eigentlich gar nicht.

Zum Antrag: 350 Stellenprozent für Grünflächenpflege: Die FDP-Fraktion sagt Ja. 150 Stellenprozent für die Bewirtschaftung von Spielplätzen: Die FDP-Fraktion sagt mit Zähneknirschen Ja.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Peter Gmür: Die Mitte-Fraktion ist von der Arbeit von Stadtgrün überzeugt. Nebenbei: Mit dem Namen Stadtgrün hat der Sprechende noch ein bisschen Mühe, und er ist wahrscheinlich nicht der Einzige. Die Abteilung macht wirklich eine sehr gute Arbeit, sie kümmert sich, wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates bereits gehört haben und im B+A lesen konnten, sehr intensiv um die Spielplätze, was selbstverständlich gut und auch nachvollziehbar ist. Die Spielplätze müssen ja nicht überall gleich aussehen. Die Entsiegelung begrüsst die Mitte-Fraktion natürlich. Sie war schon immer für mehr Entsiegelung. Es ist wohl allen klar, dass das zu mehr Aufwand führt. Das ist für die Mitte-Fraktion nachvollziehbar.

Auch die Biodiversität wird gefördert, und auch das begrüsst die Mitte-Fraktion und findet es gut.

Die Mehrkosten scheinen der Mitte-Fraktion aber letztlich trotzdem ein bisschen zu hoch. Darum wird sie den Antrag, der von der SVP-Fraktion noch gestellt wird, unterstützen, dass die Stellenprozente bei der Grünflächenpflege von 350 auf 200 heruntergekürzt werden.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Patrick Zibung nimmt es vorweg: Die SVP-Fraktion ist mit dem Bericht und Antrag nicht zufrieden. Einmal mehr geht es um einen deutlichen Stellenausbau. Das betrachtet die SVP-Fraktion sehr kritisch. Zur Begründung, weshalb es diese 500 Stellenprozent braucht, werden im Bericht und Antrag weitere Berichte und Anträge aus den letzten Jahren aufgeführt. Bei genauerem Hinschauen stellt man dann fest, dass mit den aufgezählten Berichten und Anträgen bereits insgesamt 9,3 Mio. Franken gesprochen wurden, davon 1,8 Mio. Franken für Stellenaufstockungen von 150 Prozent im Tiefbauamt. Zusammen mit den jetzt beantragten 5,15 Mio. Franken ergibt das fast 15 Mio. Franken und 650 Stellenprozent für den Bereich Biodiversität und Umwelt allein in den letzten sechs Jahren. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion definitiv zu viel. Es ist insbesondere dann zu viel, wenn man beachtet, dass offenbar Verbesserungen bei den Prozessen und Effizienzsteigerungen erzielt werden konnten, die teils durch unnötige Mehraufwände wieder aufgefressen werden. Der Sprechende denkt da konkret an den Verzicht auf Laubbläser – es gibt doch auch elektrische Laubbläser – oder auch an das Unkrautjäten von Hand. Da hat sich die SVP-Fraktion schon gefragt, ob Aufwand und Ertrag letztlich noch in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Dieses Vorgehen ist so ineffizient, dass man es ändern muss; keine Firma würde so ineffizient arbeiten, oder kein Hausbesitzer – Jona Studhalter hat vorhin Hausbesitzer mit grossen Gärten erwähnt – würde seine Angestellten auf diese Art im Garten arbeiten lassen. Aber bei der Stadt Luzern ist das eben möglich, weil sie offenbar das Geld dazu hat, oder man hat zumindest das Gefühl, man habe das Geld dazu. Diese Haltung stört die SVP-Fraktion.

Es spielt für die SVP-Fraktion in diesem Zusammenhang auch keine Rolle, ob es ein Bevölkerungswachstum gibt oder nicht. Ein Strauch, ein Baum oder ein Blumenbeet brauchen nicht mehr Pflege, wenn sie von doppelt so vielen Leuten angeschaut werden. Klar kann man bei den Rasenflächen, z. B. auf der Ufschöttli oder in anderen Parks in der Stadt Luzern, ein Stück weit so argumentieren. Aber grundsätzlich betrachtet die SVP-Fraktion das nicht als ein gültiges Argument. Nachvollziehbar ist hingegen, dass es offenbar viel mehr Flächen gibt, welche die Stadt betreuen muss. Das ist aus dem Bericht und Antrag sehr klar ersichtlich. Zum Teil werden auch Massnahmen aufgeführt, welche auch die SVP-Fraktion unterstützt hat, in Bezug auf Biodiversität und die Förderung von Grünflächen. Die SVP-Fraktion unterstützt z. B. die Klimaadaptionsmassnahmen. Sie kann auch nachvollziehen, dass es für die Spielplatzsicherheit gewisse zusätzliche Ressourcen braucht, mit diesen 150 Stellenprozent hat die Fraktion kein Problem. Was sie wirklich stört, ist einfach der Eindruck, dass hier mit diesen Stellen für Stadtgrün Stellen auf Vorrat geschaffen werden. So steht im Bericht und Antrag, dass in den kommenden Jahren mit mehr Aufwand zu rechnen sei. Erwiesen ist dieser Umstand jedoch nach Ansicht der SVP-Fraktion noch nicht. Und wenn es doch so wäre, sollte zuerst die Effizienz gesteigert werden, z. B. indem weniger pflegeintensive Pflanzen gesetzt werden oder indem man am einen oder anderen Ort auf den sogenannten Wechselvorflor verzichtet. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Stellen erst dann bewilligt werden sollen, wenn

der Bedarf effektiv besteht und man nicht mehr effizienter werden kann. Das ist aktuell nicht der Fall. Darum wird die SVP-Fraktion den Antrag stellen, die 350 Stellenprozent für die Grünpflege auf 200 Stellenprozent zu reduzieren. 200 Stellenprozent für die Grünpflege zu bewilligen ist die SVP-Fraktion bereit, weil sie eine gewisse Biodiversitätsförderung unterstützt und weil sie auch einen gewissen Bedarf sieht, jedoch nicht in dem Umfang, wie ihn der Bericht und Antrag beschreibt.

Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und macht ihr Abstimmungsverhalten vom Ausgang der Diskussion und von der Haltung des Grossen Stadtrates zu ihrem Antrag abhängig.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula bedankt sich zuerst für das Lob und die Blumen für Stadtgrün vonseiten der meisten Fraktionen. Beim vorangegangenen Traktandum, bei welchem es um die Fallzahlen im Kinder- und Jugendschutz ging, diskutierte der Grosse Stadtrat über einen Automatismus betreffend Stellenschaffung. Auch im Schulbereich gibt es regelmässig, sobald die Anzahl der Klassen zunimmt, mehr Lehrpersonen. Das wird als selbstverständlich so akzeptiert. Betreffend Stadtgrün muss man feststellen, dass die Abteilung zwar seit 2011 40 Prozent mehr Fläche zu pflegen hat, aber nur über 4 Prozent mehr Personal verfügt. Und es gilt nicht nur mehr Fläche zu pflegen, sondern die Stadt hat auch mehr Bäume, darunter auch mehr Bäume, die man länger zu erhalten versucht. Darauf hat die Abteilung schon in den vergangenen Jahren reagiert, denn die Effizienzsteigerung, welche die SVP-Fraktion fordert, indem man z. B. weniger pflegebedürftige Pflanzen setzt, kommt schon lange zum Zug. Sonst könnte Stadtgrün diese Flächenausweitung – 40 Prozent mehr Fläche machen rund 60 Fussballfelder aus – gar nicht meistern. In der Stadt Zürich gibt es einen Automatismus: Pro 3 ha mehr wird eine zusätzliche Stelle ausgeschrieben. Die Stadt Luzern ist weit davon entfernt. Der Stadtrat möchte diesen Automatismus auch gar nicht, sondern er möchte dem Parlament gut aufzeigen und begründen, weshalb ein Mehrbedarf an Stellen besteht.

Welche Massnahmen wurden seit 2011 ergriffen? Die Arbeit wurde besser organisiert und effizienter ausgeführt. Die zusätzliche Mechanisierung hat dazu beigetragen, aber hauptsächlich waren es konzeptionelle Überlegungen. Die Vermutung von Alexander Stadelmann trifft nicht zu, dass es vor allem um Häuptlinge in Bürostellen gehe. Es gibt eine Hierarchie, einzelne Mitarbeitende sind höhergestellt, aber viele führen einfach die ganz normale Projektarbeit aus. Die Stellen im Büro dienen auch dazu, die Effizienz noch mehr zu steigern.

Ganz wichtig ist die Frage, wie sich Stadtgrün weiterentwickelt und wie man die beschränkten Ressourcen, die man hat, noch besser einsetzen kann. Das braucht es als Ergänzung zu den mit diesem B+A beantragten Stellen. Es gibt neben der Flächenausweitung auch Tendenzen, auf welche Stadtgrün reagieren muss, z. B. mit einer differenzierteren Pflege von naturnahen Flächen. Dazu wurden in den Eintretensvoten unterschiedliche Aussagen gemacht. Es ist nicht so, dass jede naturnahe Fläche mehr Aufwand bedeutet, aber meistens ist ein gewisser Initialaufwand nötig, indem man die unerwünschten Beikräuter, vor allem invasive Neophyten, bekämpft, was am Anfang meist manuell geschehen muss. Mit der Zeit wird der Aufwand dann aber doch deutlich geringer. Das gilt jedoch nicht für jede Fläche, denn die Pflanzengesellschaften sind nicht einfach standardmässig überall gleich. Deshalb muss man jede Fläche einzeln betrachten. Es wird tatsächlich auch wieder mehr von Hand statt mit dem Laubbläser gearbeitet, auch wenn die Stadt selbstverständlich weitgehend auf Elektroaubläser umgestellt hat. Aber auch mit dem Elektroaubläser wirbelt man Staub auf und bläst Kleintiere aus ihren Lebensräumen hinaus. Von daher ist es gut, eine differenzierte Betrachtungsweise anzuwenden.

Betreffend das Thema Spielplatzsicherheit hat der Sprechende kaum Differenzen zwischen den Fraktionen gehört. Es wurde der Wunsch geäussert, das Abenteuer dürfe nicht verloren gehen. Der Sprechende versteht dieses Anliegen. Die Normen sind tatsächlich ausgeprägt und relativ scharf. Als Werkeigentümerin steht die Stadt in der Haftungsverantwortung. Sie muss die rund 800-seitige Norm für Spielplätze einfach einhalten. Das bedingt einen Mehraufwand. Das höchste Ziel ist, dass es keine Unfälle gibt.

Jona Studhalter hat die Zitrusfrüchtesammlung des Sprechenden erwähnt. Es war für den Sprechenden jeweils ein grosser Ansporn, wenn das Kinderparlament bessere Velowege oder bessere Spielplätze forderte. Dass die erwähnte Massnahme im Sparpaket 2013 nicht der beste Entscheid war, den der Stadtrat von Luzern je fällte, ist ein offenes Geheimnis. Allerdings ist der Sprechende auch nicht so unglücklich, dass er es nie schaffte, den Goldenen Lollipop zu erhalten, da er Schleckereien nicht gern hat.

Ein Thema, das mehrmals erwähnt wurde, ist die Befürchtung, es würden Stellen auf Vorrat geschaffen. Der Stadtrat hat versucht, gut darzulegen, dass der Bedarf gross ist. Wenn man bedenkt, was in nächster

Zeit auf Stadtgrün zukommt, sind diese Stellen nicht auf Vorrat angelegt. Im B+A sind die künftigen zusätzlichen Flächen auf Seite 8 aufgelistet. Der Wunsch an die Abteilung Stadtgrün ist, dass sie zunehmend Flächen entsiegelt. Das entspricht auch ihrem Selbstverständnis. Stadtgrün ist dauernd daran, immer wieder auch kleinere Flächen zu entsiegeln, dazu muss man der Abteilung gar nicht mehr Aufträge erteilen, das macht sie von alleine, weil es richtig und zweckmässig ist und den Strategien der Stadt entspricht. Stadtgrün kann einfach nicht 40 Prozent mehr Fläche mit nur 4 Prozent mehr Personal pflegen, das geht nicht mehr. Die Stadt muss auch darauf achten, dass die Mitarbeitenden von Stadtgrün nicht überfordert werden. Denn auch da besteht ein Fachkräftemangel und eine Konkurrenzsituation. Dem muss die Stadt mit guten Arbeitsbedingungen entgegenwirken. Auch deshalb braucht es mehr Personal. Die Stadt hat schon reagiert, z. B. auch mit internen Verschiebungen für die Baumpflege, auch innerhalb des Tiefbauamtes. Aber solche internen Verschiebungen genügen jetzt nicht mehr.

Ein paar Hinweise zu den Fragen von Alexander Stadelmann: Die Rasenpflege für den FC Luzern wird von diesem bezahlt. Der Vertrag läuft noch. Das betrifft 100 Stellenprozent. Es ist nicht nur der Rasen im Stadion, sondern es sind auch ein oder zwei Trainingsfelder ausserhalb des Stadions.

Die Drittaufträge sind bei Stadtgrün nur marginal. Es gibt gewisse Drittaufträge, vor allem von den ausgelagerten Einheiten. Für Stadtgrün sind sie nicht aus finanziellen Gründen wichtig, sondern vor allem, weil es sich dabei noch stark um konventionelle Gartenpflege handelt, was für die Lehrlingsausbildung wichtig ist, die ja gerade auch von der FDP-Fraktion explizit gelobt wurde.

Teure Gutachten für einzelne Spielplätze werden vermieden.

Städtevergleiche wurden einfach diejenigen gemacht, für welche kein grosser Aufwand entstand.

Die 150 Prozent für Gruppenführung verteilen sich auf mehrere Gruppen.

Für die SVP-Fraktion sind 15 Mio. Franken, wie sie sie errechnet hat, zu viel. Diese 15 Mio. Franken verteilen sich jedoch, was die Personalkosten betrifft, auf zehn Jahre.

Der Verzicht auf Laubbläser sei nicht zweckmässig, wurde vonseiten der SVP-Fraktion moniert. Der Sprechende hat erklärt, warum man vermehrt auf Laubbläser verzichten will. Manchmal braucht es einfach Handarbeit, auch jäten ist manchmal nötig, denn am Strassenrand darf und will die Stadt nicht Herbizide einsetzen. Die Stadt muss sich diesbezüglich natürlich selber auch an die bestehenden Vorgaben halten.

Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dem Antrag im B+A vollumfänglich zuzustimmen, damit Stadtgrün die Möglichkeit erhält, sich gut weiterzuentwickeln, und er seinem Nachfolger eine gut aufgestellte Direktion übergeben kann.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 19/2024: «Personelle Ressourcen Grünflächenpflege. Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente beim Tiefbauamt, Bereich Stadtgrün» eingetreten.

DETAIL

Seite 20 10.1 Übersicht

Patrick Zibung stellt namens der SVP-Fraktion folgenden **Antrag**:

Bei der Grünflächenpflege werden 200 anstatt 350 Stellenprozent bewilligt.

Die Ausführungen dazu hat der Sprechende bereits gemacht: Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass 200 Stellenprozent genügen, die zusätzlichen 150 Stellenprozent werden einfach als Reserve eingestellt, sie werden auf Vorrat geschaffen, und das will die SVP-Fraktion verhindern.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Dieser Antrag wurde in der Baukommission auch gestellt und mit 2 : 9 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab.

Seite 22 f. Antrag und Beschluss

I. Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 41 : 5 : 0 Stimmen für zusätzliche 500 Stellenprozent bei der Dienstabteilung Tiefbauamt einen Sonderkredit von 5,15 Mio. Franken.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 19 vom 17. April betreffend

Personelle Ressourcen Grünflächenpflege

– Sonderkredit für zusätzliche Stellenprozente beim Tiefbauamt, Bereich Stadtgrün,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für zusätzliche 500 Stellenprozent bei der Dienstabteilung Tiefbauamt wird ein Sonderkredit von 5,15 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mittagspause 12.00–13.30 Uhr

Vereidigungen

Vor 12 Jahren, am 5. Juli 2012, so erinnert sich **Ratspräsident Jules Gut**, sass er im Rat, und Korintha Bärtsch verabschiedete auf dem Stuhl, auf dem er jetzt sitzt, Baudirektor Kurt Bieder und Grossstadträtin Manuela Jost. Diese Gegebenheit, auf die er in der Vorbereitung auf die heutige Sitzung gestossen ist, fasziniert ihn und möchte er hier unbedingt erwähnen, denn heute darf er Korintha Bärtsch als neue Baudirektorin bzw. Stadträtin vereidigen, was ihn sehr freut. Alle, die rechnen können, meint er schelmisch, merken jetzt, dass er somit in 12 Jahren ihr Nachfolger als Baudirektor werden wird.

Da die laufende Legislatur per 31. August 2024 zu Ende geht und das neue Parlament sich erst am 5. September 2024 konstituiert, werden die drei neuen Mitglieder des Stadtrates bereits heute vereidigt. Der Amtsantritt erfolgt am 1. September 2024. Es sind dies:

- Korintha Bärtsch, G/JG-Fraktion**
- Marco Baumann, FDP-Fraktion**
- Melanie Setz, SP-Fraktion.**

Der Sprechende bittet die drei neuen Mitglieder des Stadtrates nach vorne.

Die Anwesenden erheben sich.

Ratspräsident Jules Gut verliest die Gelübdeformel: «Korintha Bärtsch, Marco Baumann, Melanie Setz, Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.»

Korintha Bärtsch, Marco Baumann und Melanie Setz bekräftigen das Gelübde mit den Worten: «Das alles gelobe ich.»

Die Mitglieder des Grossen Stadtrates heissen die zwei neuen Stadträtinnen und den neuen Stadtrat mit einem herzlichen Applaus willkommen.

- **Dringliche Interpellation 375, Chiara Peyer und Elias Steiner namens der G/JG-Fraktion sowie Patricia Almela und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 16. Juni 2024:**
Steuergesetzrevision 2025: Auswirkungen und Positionierung der Stadt Luzern

Ratspräsident Jules Gut fragt die Erstunterzeichnete, Chiara Peyer, ob sie eine Diskussion wünscht.

Chiara Peyer wünscht eine Diskussion.

Ratspräsident Jules Gut: Der Diskussion wird stattgegeben; mehr als 18 Mitglieder des Grossen Stadtrates haben sich für eine Diskussion ausgesprochen.

Chiara Peyer dankt für die Antwort auf die Interpellation und die gelieferten Zahlen sowie für das Engagement der Stadt im Rahmen der Vernehmlassung zur kantonalen Steuergesetzrevision. Der Einsatz und die Wirkung daraus anerkennen die Interpellantinnen und Interpellanten. Aus der Antwort auf die Interpellation ist zu entnehmen, dass sich die mutmasslichen Steuerausfälle der Stadt Luzern auf 22 Mio. Franken belaufen werden und sie sich somit im Vergleich zu früheren Berechnungen reduziert haben. Es ist aber anzumerken, dass bei dieser Berechnung die Auswirkungen der Patentbox ausgenommen sind. Die Patentbox ist eine Blackbox, genaue Auswirkungen sind unklar. Klar ist, dass vor allem Konzerne mit hohem Gewinn und vielen Patenten davon profitieren. Man kann somit damit rechnen, dass sich die tatsächlichen Steuerausfälle auf über 22 Mio. Franken belaufen werden; die Stadt hat da eine Grobeinschätzung gemacht. Die Interpellantinnen und Interpellanten nehmen zur Kenntnis, dass sich die Stadt nach Meinung des Stadtrates bei der kantonalen Abstimmung über die Steuergesetzrevision nicht engagieren kann, was sie schade finden, ist die Stadt doch stark betroffen von Steuerausfällen, auch durch die Grösse und Finanzstärke der Stadt Luzern. Das letzte Wort wird die Luzerner Stimmbevölkerung am 22. September 2024 haben. Sie kann dann entscheiden, wie sie zu dieser Vorlage steht, die vor allem grosse Unternehmen und reiche Steuerzahlerinnen und -zahler begünstigt. Eine Vorlage, die auch die Einnahmen der OECD-Mindeststeuer an die Unternehmen zurückvergütet und die Tiefsteuerstrategie des Kantons weiterführen soll.

Patricia Almela bedankt sich im Namen der Interpellantinnen und Interpellanten für die Antwort des Stadtrates auf die dringliche Interpellation. Man liest aus der Antwort heraus, dass die Anspannung des Stadtrates gegenüber der kommenden Steuergesetzrevision etwas nachgelassen hat. Grund hierfür sind, wer hätte es gedacht, die unerwartet hoch angestiegenen Fiskalerträge, welche die künftigen Steuerausfälle gut abfedern sollen.

Die Haltung des Stadtrates zur vorliegenden Interpellation erhellt den eher pessimistischen Ausblick, den man noch in der [Antwort auf die Interpellation 225](#) erhalten hat. Damals wurde von Ausfällen in der Höhe von 32 bis 37 Mio. Franken gesprochen. Nach den entsprechenden Anpassungen im Rahmen des Vernehmlassungsprozesses reduzieren sich diese auf rund 22 Mio. Franken.

Der SP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen zu erwähnen, dass diejenigen, die von der Steuergesetzrevision – und übrigens auch von einer städtischen Steuersenkung – profitieren, einmal mehr einkommensstarke Personengruppen und einige wenige Firmen sind. Eine solche Tiefsteuerstrategie hat Einfluss auf die lokale Bevölkerung. Es ist bekannt, dass ein Zuzug von vielen internationalen Firmen den Druck auf den Wohnungsmarkt massiv erhöht. Hierfür reicht ein Blick hinüber zum Nachbarkanton Zug. Der Stadtrat erwähnt, dass sich ein Gemeinwesen bei einer kantonalen Abstimmung nur dann finanziell engagiert, wenn eine ausserordentliche Betroffenheit besteht. In der Antwort auf die Interpellation 225 wurde noch von einer besonderen Betroffenheit gesprochen. Es würde die Interpellantinnen und Interpellanten interessieren, ob mit der Ausgangslage vor dem Vernehmlassungsprozess, mit den höher prognostizierten Ausfällen, solch eine Betroffenheit bestanden hätte.

Mike Hauser von der FDP-Fraktion dankt für die Beantwortung der dringlichen Interpellation. Die Fraktion stellt erfreut fest, dass einige Bedenken, welche die Stadt im Vernehmlassungsverfahren geäussert hat, bei der Ausarbeitung der Botschaft aufgenommen worden sind. Das Verfahren zeigt ebenso eindrücklich, wie wichtig es ist, dass die Stadt Luzern wieder im Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) vertreten ist. Die finanzielle Entwicklung der Stadt Luzern zeigt sich – wie heute Morgen gehört – durchwegs positiv. Unter anderem auch aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion überzeugt, dass die Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2025 kurzfristig verkraftet werden können. Viel mehr noch ist die Fraktion überzeugt, dass die Standortattraktivität mittelfristig wesentlich gestärkt bzw. ausgebaut werden kann. Dass es eine Teilrevision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes braucht, bestreiten wahrscheinlich die wenigsten. Es kann nicht sein, dass es im Kanton Gemeinden gibt, welche aufgrund von Ausgleichszahlungen die Steuern abschaffen könnten. Daher begrüsst die FDP-Fraktion ausdrücklich den konstruktiven Umgang mit den beiden kantonalen Vorlagen durch die Stadt Luzern.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion dankt den Interpellantinnen und Interpellanten für die gestellten Fragen und dem Stadtrat für die Antworten. Es ist zu begrüssen, dass die Auswirkungen der Steuergesetzrevision, die im September vor das Volk kommt, im Hinblick auf die Stadt aufgezeigt werden konnten. Die Stadtluzerner Stimmbevölkerung kann sich dadurch ein Bild über die Auswirkungen der Revision in ihrer Wohngemeinde machen. Beim Lesen der Antworten des Stadtrates stellten sich dem Sprechenden einerseits die Frage, ob sich die Stadt am Abstimmungskampf beteiligen soll, und andererseits, was die Haltung des Stadtrates zu dieser Vorlage ist.

Bei der ersten Frage ist für die Fraktion klar – und der Sprechende hat diesbezüglich bisher auch im Rat keinen deutlichen Widerstand gespürt –, dass die Stadt Luzern sich nicht am Abstimmungskampf beteiligt, da es alle Gemeinden betrifft; der Widerstand des VLG hat das unschwer zu erkennen gegeben. Zur Frage der Vorlage hat die Mitte Kanton Luzern ihre Parole noch nicht gefasst. Der Sprechende geht aber davon aus, dass sie dieser Vorlage zustimmen wird. Aus Sicht der Mitte-Fraktion der Stadt Luzern möchte er ein paar Punkte hervorheben, die für sie relevant sind. Einerseits ist der Fraktion wichtig, dass eine zielgerichtete Entlastung von privaten Personen vorgenommen wird, die ein tiefes Einkommen haben. Die Steuergesetzrevision enthält dazu einige Punkte, die der Sprechende aber hier nicht einzeln vorlesen möchte. Die von der Finanzverwaltung geschätzten Auswirkungen zeigen, dass die Entlastung rein zahlenmässig für natürliche Personen im Jahr 2025 höher sein wird als für Firmen. Betreffend juristische Personen ist die Mitte-Fraktion überzeugt, dass die Steuerstrategie des Kantons Luzern aufgegangen ist. Insbesondere profitierte auch die Stadt davon, das zeigen die aktuellen Zahlen sowie diejenigen, die man in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen konnte: Der Fiskalertrag betrug im Jahr 2022 415,3 Mio. Franken, während er im Jahr 2023 bereits mit 478,1 Mio. Franken zu Buche schlug. Es ist dem Sprechenden klar, dass man einzelne Punkte aus dieser Revision kritisieren kann. Insgesamt ist diese Vorlage aber ein guter Kompromiss. Die Debatte im Kantonsrat zeigte, dass alle Parteien Federn lassen mussten. Die Mitte-Fraktion hätte zum Beispiel gerne noch einen Abzug für Versicherungen gehabt, was aus Sicht der Mitte-Fraktion der Stadt nach wie vor Sinn machen würde, bzw. eine Anpassung der Vermögenssteuer an die umliegenden Kantone. Insofern kann der Sprechende mit den Worten schliessen, dass die Mitte-Fraktion grundsätzlich für die Antworten dankt und hinter dieser Revision steht, und dass ihr im Hinblick auf die Revision des Finanzausgleichsgesetzes doch noch etwas grössere Sorgenfalten auf der Stirn stehen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub ging davon aus, dass den Antworten auf die Interpellation zur Steuergesetzesrevision nichts mehr anzufügen sei. Im Verlaufe der Diskussion kam aber doch die Frage der besonderen Betroffenheit auf, die sie gerne beantwortet. Wenn man die Vorlage «Steuergesetzesrevision 2025» betrachtet, ist festzuhalten, dass es eine Revision ist, die auch Nutzen bringt, sonst hätte sie der Kantonsrat so nicht beschlossen und sie käme in dem Sinn so auch nicht vor das Volk. Die Revision bringt zum Beispiel natürlichen Personen mit tiefem Einkommen eine Entlastung, und die Fremdbetreuungsabzüge werden massiv erhöht. Es hat Elemente in dieser Vorlage, die auch der Stadtrat Luzern gut und richtig findet; er begrüsst, dass sie eingeführt werden. Insgesamt ist es ein Paket von Massnahmen, welches die Mehrheit des Kantonsrats nun beschlossen hat. Man ist bei dieser Vorlage noch unterwegs, eine Meinungsbildung kann noch stattfinden. Die Finanzverwaltung hat die Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus der Stadt Luzern schon sehr früh, sobald die Vernehmlassungsbotschaft veröffentlicht worden war, informiert, damit sie in der Kommissionsarbeit im Kantonsrat und dann im Kantonsrat in der Meinungsbildung mitwirken konnten. Gewisse Sachen stammen noch von der Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18): Bei der Umsetzung der STAF-Vorlage erhöhte man damals die direkte Bundessteuer von 17 auf 21,2 Prozent. Der Kanton ging diesbezüglich von etwa 38 Mio. Franken Mehrertrag aus. Inzwischen weiss man, dass es mehr als das Doppelte ist. Obwohl im Bundesgesetz steht, dass die Gemeinden an Mehrerträgen aus der direkten Bundessteuer zu beteiligen sind (das ist die sogenannte Gemeindeklausel), behält der Kanton Luzern das Geld für sich alleine. Dasselbe passiert nun mit der OECD-Ergänzungssteuer. Es gibt Schätzungen, wie viel Ertrag mit der Ergänzungssteuer anfallen wird. In der Vernehmlassungsbotschaft sah der Kanton dazu zuerst nichts vor, dann 23 Mio. Franken und jetzt entschied sich der Kantonsrat für 26 Mio. Franken, an welchen die Gemeinden partizipieren sollen. Die Forderung der Stadt Luzern war immer, dass allen Gemeinden die Hälfte des Ertrags der OECD-Ergänzungssteuer zustehen muss. Die Mehrheit des Kantonsrats hat das aber anders beurteilt. Das ist eben auch Demokratie – irgendeinmal stösst man an Grenzen. Die Stadt Luzern ist eine von 80 Gemeinden. Die Stadt Luzern macht bei der Meinungsbildung im VLG mit, sie steht im engen Austausch mit den städtischen Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Irgendeinmal muss man akzeptieren, dass die anderen auch betroffen sind; die Ausfälle sind bei allen Gemeinden hoch. In dem Sinn kann die Stadt Luzern keine besondere Betroffenheit geltend machen. Sie muss jetzt versuchen, die Mehrwerte, die es für die Stadtluzerner Bevölkerung und die Stadtluzerner Unternehmen geben wird, zu würdigen, und in der Volksabstimmung schauen, ob die Mehrheit des Volkes das auch so sieht.

Die Dringliche Interpellation 375 ist somit erledigt.

11 Bericht und Antrag 8 vom 6. März 2024:

Citylogistik Stadt Luzern. Kenntnisnahme Planungsbericht. Abschreibung Postulat 267

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 2. Mai 2024 den B+A 8/2024: «Citylogistik Stadt Luzern» behandelt und vom Bericht zustimmend Kenntnis genommen. Die Kommission beantragt, das [Postulat 267](#) «Zukunftsfähige urbane Logistik entwickeln» nicht als erledigt abzuschreiben.

Das Wachstum von Paketlieferungen – und damit die Anzahl Lieferfahrzeuge – führt zu einer zunehmenden Wahrnehmung der Logistik in der Stadt Luzern. Urbane Logistik beinhaltet allerdings viel mehr als Paketlieferungen. Dazu gehören auch die Belieferung des Gross- und Detailhandels, von Baustellen sowie der Gastronomie, die Zufahrt für Handwerksbetriebe, die Abfallbewirtschaftung und die Entsorgungslogistik. Eine gut funktionierende Citylogistik ist für die Wirtschaft unverzichtbar. Gemäss Prognosen wird der Güterverkehr weiterhin stark zunehmen.

Aus Sicht der Baukommission wurde mit dem vorliegenden Bericht eine gute Auslegeordnung vorgenommen. Dass im Bereich der Logistik Handlungsbedarf besteht, war in der Baukommission weitgehend unbestritten, wobei Einigkeit besteht, dass der Handlungsspielraum der Stadt beschränkt ist. Die im Bericht

vorgesehenen Massnahmen wurden von der grossen Mehrheit der Fraktionen als prüfenswert eingestuft, wenn auch einzelne Fraktionen die Erwartung äusserten, dass Massnahmen, die sich bereits in anderen Städten bewährt haben, wie z. B. Paketstationen, rasch umgesetzt werden.

Vereinzelte wurde kritisiert, dass der Bericht noch sehr allgemein gehalten sei und kaum konkrete Massnahmen beinhalte. Wichtig ist für einen Teil der Fraktionen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten besser über die Auswirkungen ihres Konsumverhaltens, z. B. Onlineshopping, informiert und sensibilisiert werden, um allenfalls auch eine Verhaltensänderung zu bewirken.

Martin Abele: Der vorliegende Bericht und Antrag geht auf einen Vorstoss vom Februar 2019 zurück, der die Entwicklung einer energieeffizienten und weitgehend CO₂-freien urbanen Logistik forderte. Wie der Stadtrat schreibt, handelt es sich hier um «einen ersten wichtigen Schritt». Das heisst letzten Endes, dass mit diesem Bericht und Antrag eine Auslegeordnung gemacht worden ist, was für Massnahmen möglich sein könnten. Die 14 geschilderten Massnahmen müssen noch getestet werden, erst dann sieht man, welche funktionieren und welche nicht.

Dass der Güterumschlag zunimmt, ist hinlänglich bekannt. Insbesondere wegen des Internetshoppings gibt es immer mehr Hauslieferungen. Bei der Post zum Beispiel nimmt die Briefpost ab, die Paketpost hingegen enorm zu. Es gibt aber nicht nur die Post, sondern es sind zahlreiche Lieferdienste unterwegs. Nebst dem gibt es noch die übliche Logistik von Ware, und das führt zu sehr viel Verkehr. Grundsätzlich ist das gut für die Wirtschaft, aber weniger gut für die Organisation des Verkehrs in der Stadt und auch weniger gut fürs Klima. Deshalb ist es wichtig, etwas zu unternehmen, insbesondere wenn man bedenkt, dass der Güterverkehr bis im Jahr 2050 um 31 Prozent (Tonnenkilometer) zunehmen wird, wie es im Bericht heisst. Das sind keine guten Perspektiven. Deshalb begrüsst die G/JG-Fraktion sehr, dass der Stadtrat das Anliegen des Postulats 267 aufgenommen und 14 Massnahmen als mögliche Lösungsansätze vorgeschlagen hat. Diese sind aus Sicht der Fraktion grundsätzlich alle prüfenswert. Man kann aber noch nicht mehr dazu sagen, weil wie gesagt zuerst abgeklärt werden muss, was davon funktioniert. Ein zentraler Faktor zum Gelingen ist die Kommunikation. Wie kann das Bewusstsein einzelner Akteure geschärft werden, dass etwas geändert werden muss? Wenn die Kunden weiterhin finden, die Ware müsse sofort zu ihnen nach Hause geliefert werden, seien das Private oder Geschäfte, Restaurants etc., hat man am Schluss nichts gewonnen. Es muss gut mit den verschiedenen Akteuren koordiniert werden, man muss versuchen, eine Verhaltensänderung zu erreichen und schauen, dass die Akteure die angedachten Massnahmen, wie beispielsweise Hubs, nutzen und unterstützen, und auch die Paketautomaten vermehrt nutzen. Das sind zentrale Angebote, die dafür sorgen können, dass nicht mehr so viel direkt zu den Haushalten oder zu den Geschäften etc. geliefert wird. Der Weg zur Verhaltensänderung ist aber sicher weit, die Bequemlichkeit der einzelnen ist gross. Kommt hinzu, dass die Lagerkapazitäten in Gastrobetrieben häufig so knapp bemessen sind, dass sich häufige Lieferfahrten nicht vermeiden lassen, insbesondere in der Altstadt.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und nimmt zustimmend Kenntnis davon. Das Postulat 267 ist noch nicht erfüllt, deshalb stimmt die Fraktion der beantragten Abschreibung nicht zu. Die G/JG-Fraktion erachtet den vorliegenden Bericht und Antrag als einen Zwischenschritt. Der nächste Bericht und Antrag zu diesem Thema wird zeigen, ob die Forderungen aus dem Postulat dann erfüllt sind.

Peter Gmür: Bekanntlich hat der Stadtrat den Auftrag erhalten, die Citylogistik aufs Tapet zu bringen. Der Sprechende begrüsst sehr, dass sich die Stadt mit der Logistik befasst. Der Bericht und Antrag ist gut und recht; er macht eine Auslegeordnung. Man hat das Gefühl, das Problem sei erkannt – wenn es überhaupt ein grosses Problem gibt – und dass man es lösen will. Es ist nicht erwiesen, dass es wegen der Pakete mehr Verkehr gibt – es gibt einfach einen anderen Verkehr. Bei gewissen im Bericht und Antrag vorgeschlagenen Massnahmen hat der Sprechende etwas Mühe zu glauben, dass das in der Stadt Luzern möglich ist. Mit einer Ausnahme wurden zu diesem Thema Vergleiche mit Millionenstädten gemacht; Luzern hat aber bekanntlich nur etwa 82'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Sprechende findet es manchmal etwas übertrieben, wie verglichen wird, frei nach dem Motto: Wir werden die Lösung finden. Auch wenn der Sprechende den Bericht und Antrag wohlwollend gelesen hat, und, wie bereits erwähnt, begrüsst, dass sich die Stadt mit der Logistik befasst, ist das Resultat in seinen Augen etwas mager ausgefallen. Es ist ein netter Bericht – viel mehr nicht. Er hat das Gefühl, dass es nicht nötig ist, eine weitere

Studie zu machen, denn es gibt bereits Dutzende von Studien, und es gibt Beweise aus Millionenstädten, dass das, was im Bericht und Antrag vorgeschlagen wird, nicht funktioniert.

Die Mitte-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, stellt aber einen **Antrag auf blosse Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages**.

Denise Feer dankt für den Bericht und Antrag, welcher einen guten Überblick über die Situation gibt. Es ist korrekt, dass bis jetzt noch nicht viel passiert ist, aber das war auch nicht der Zweck dieses Berichtes. Der Bericht zeigt auf, welche Ziele erreicht werden sollen. Es geht darum, eine nachhaltige Ver- und Entsorgung der Haushalte und Unternehmen in der Stadt Luzern sicherzustellen, den Wirtschaftsverkehr zu reduzieren, die Umweltbelastungen durch den Wirtschaftsverkehr zu reduzieren, gute Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung zu schaffen, die Flächen- und Energieeffizienz der Citylogistik zu steigern sowie die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität zu verbessern. Dazu sollen drei Grundsätze gelten: Die Wege sollen möglichst vermieden oder kurz gehalten werden, die Fahrzeuge sollen möglichst effizient sowie mit erneuerbaren Antrieben eingesetzt werden. Die SP-Fraktion ist mit den Grundsätzen und den Zielen einverstanden und ist überzeugt, dass noch viel Arbeit bevorsteht, um das alles zu erreichen.

Etwas schade ist, dass die Installation von Senkpollern in der Altstadt «nur» im beiliegenden Grundlagenbericht erwähnt wird. Aber deren Installation wird immerhin für das Jahr 2025 in Aussicht gestellt. Die Fraktion ist froh, dass es endlich vorwärtsgeht, damit nicht noch mehr Verkehr in der Altstadt herrscht; es ist schon mit den Zufussgehenden und Velofahrenden anspruchsvoll genug. Im Ergebnis wird die SP-Fraktion den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Sie lehnt die Abschreibung des Postulats ab.

Stefan Sägesser: Vom Detaillierungsgrad, was die Suffizienz, Effizienz und Konsistenz anbelangt, sieht es der Sprechende von der GLP-Fraktion gleich wie seine Vorrednerin und Vorredner.

Es ist aber vor allem ein Bericht, der eine Problemanalyse macht und aufzeigt, wie anspruchsvoll und komplex die Citylogistik ist. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht nur eine Frage der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand ist, sondern dass es in der Gesellschaft eine gewisse Verhaltensänderung braucht. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist dieses Thema nicht auf den Stadtraum Luzern begrenzt. Wenn man über Hubs und Citylogistik spricht, müssen zumindest die K5-Gemeinden miteinbezogen werden. Die Gesamtproblematik der Suffizienz ist ein Thema, das schweizweit angeschaut werden sollte und auch in der Verantwortung jedes einzelnen Suppliers liegt. Es gibt einiges selber anzupacken. Die Fraktion kann mit den 14 Massnahmen gut leben. Es sind Pilotversuche, bei denen am Schluss eine Evaluation stattfindet. Gleichzeitig ist ein Verlust an Partnerorganisationen zu beklagen, die von der Funktion her Hand bieten könnten, wie zum Beispiel die Schweizerische Post. Es gibt relativ viel, was man neu machen muss. Die Fraktion ist der Meinung, dass die 14 Massnahmen dafür gut sind. Jetzt geht es in eine Prüfungsphase und dann muss man schauen, wie man das zu Boden bringt, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, wie man das auf Stadtboden realisieren kann. Das Thema Kommunikation und Sensibilisierung wurde bereits angesprochen. Da appelliert der Sprechende nochmals, keine Insellösung zu planen, sondern grösser zu denken. Wenn man das Verhalten ändern will, hört das nicht an der Stadtgrenze zu Ebikon oder Kriens auf. Verbote würden die Paketflut nicht verringern, deshalb müsste das die letzte Massnahme sein. Die Fraktion ist der Meinung, dass Alternativen geboten werden müssen. Im Grossen und Ganzen dankt die Fraktion für den guten und knappen Bericht und Antrag. Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen. Sie lehnt die Abschreibung des Postulats ab.

Patrick Zibung: Dieser Bericht und Antrag ist kein grosser Wurf, aber es ist eine schöne Zusammenfassung ohne konkrete Aussagen. Obwohl der Stadtrat im Jahr 2019 für die Überweisung des Postulats war, wirkt der vorliegende Bericht und Antrag auf die Fraktion etwas gar lieblos. Die SVP-Fraktion war damals die einzige Partei, die geschlossen gegen das Postulat gestimmt hatte. Sie fragte sich schon damals, was der Stadtrat denn genau machen sollte. Die Fraktion war schon damals der Meinung, dass das Problem zum Teil herbeigeredet ist. Die Logistik, Verteilung und Versorgung gehört zu einer Stadt. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine Stadt lebt und entsprechende Lieferdienste und Logistikleistungen braucht. Der Sprechende denkt, sagen zu können, dass die Stadt Luzern in einer glücklichen Situation ist, wenn sie sich um solche «Probleme» wie Citylogistik kümmern kann. In anderen Ländern – man muss gar nicht

mal weit gehen – wäre man froh, wenn man nur über solche Sachen reden könnte. In Italien wäre man beispielsweise schon froh, wenn die Abfallwagen pünktlich erschienen und im Sommer der Müll zuverlässig von den Strassen geholt würde.

Es gehört dazu, dass man in der Stadt entsprechende Fahrten hat. Offenbar ist es so, wie es aktuell läuft, der beste Weg. Gäbe es einen besseren Weg, hätte sich dieser wohl selber am Markt durchgesetzt. Aber gut, der Stadtrat hat nun mal den Auftrag vor fünf Jahren gefasst, im Bereich Citylogistik etwas zu unternehmen. Dem Sprechenden scheint, dass er dies etwas widerwillig tat; so wirkt zumindest der Bericht und Antrag auf ihn. Gerade wenn die Bevölkerung in der Stadt Luzern zunimmt, ist es eine logische Folge, dass auch die Logistik und die Versorgung zunimmt. Man spricht im Bericht und Antrag von prüfen, analysieren und fördern, was ziemlich theoretisch tönt. Die Stadtverwaltung will etwas von oben herab den Leuten, die in der Praxis unterwegs sind, vorschreiben, wie sie ihre Arbeit zu erledigen haben. Der SVP-Fraktion, und hoffentlich auch der Verwaltung, ist klar, dass die Stadt einen begrenzten Handlungsspielraum hat, sei es geografisch wie auch rechtlich. Vorhin hat man gehört, dass das Problem, das im Bericht und Antrag behandelt wird, nicht an der Stadtgrenze aufhört. Aber dort, wo es möglich ist, wo die Stadt Luzern entsprechende Kompetenzen hat, ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass das Anliegen im ursprünglichen Sinn – auch wenn die Fraktion das damals nicht mitgetragen hat – umgesetzt werden soll, in der Hoffnung, dass es eine Verbesserung gibt im Bereich der Stadtlogistik. Die SVP-Fraktion wird deshalb den Antrag auf blosser Kenntnisnahme unterstützen. Sie tritt auf den Bericht und Antrag ein und will das Postulat abschreiben. Zur Protokollbemerkung, die im Detail gestellt werden wird, wird die Fraktion einen Ablehnungsantrag stellen.

Alexander Stadelmann dankt für den umfassenden Grundlagenbericht zur Citylogistik, ein Thema, das der FDP-Fraktion wichtig ist und auf das man in den nächsten Jahren den Fokus legen muss. Die Güterlogistik ist zentral für das Funktionieren der Stadt Luzern und der Wirtschaft. Der Planungsbericht zeigt auf, dass es nicht nur um den Detailhandel geht, sondern auch um die Belieferung der Baustellen, der Gastronomie, der Handwerksbetriebe, der Abfallbewirtschaftung und vielem mehr. Entwicklungen wie der Boom des Onlinehandels und der zunehmende Verkehr in den Städten stellen die Citylogistik vor grosse Herausforderungen. Es wird immer enger auf der letzten Meile. Aber auch die Dekarbonisierung steht im Fokus, wenn man die Klima- und Energieziele erreichen will. Der Planungsbericht zeigt auf, welche zahlreichen und teils komplexen Fragen sich in dem Zusammenhang stellen und in den nächsten Jahren geklärt werden müssen. Der vorliegende Planungsbericht ist leider so allgemein gehalten, dass er für jede Stadt gelten könnte. Damit kommt der Sprechende zu den Kritikpunkten der FDP-Fraktion: Die drei Stossrichtungen und die vorgeschlagenen Massnahmen sind zwar nachvollziehbar, aber nach Meinung der Fraktion weit weg von genug konkret. Es gibt Städte in der Schweiz, wie z. B. Zürich, die schon viel weiter sind und schon gewisse Pilotprojekte wie z. B. Micro-Hubs lanciert haben. Es ist für die FDP-Fraktion nicht ganz nachvollziehbar, warum gewisse Massnahmen noch getestet werden müssen, obwohl es sie bereits gibt (öffentliche Paketautomaten, Massnahme M3.2). Zudem liest man bei jeder zweiten Massnahme unter «nächster Schritt», dass zahlreiche Studien in Auftrag zu geben sind. Braucht es wirklich so viele Studien? Könnte man nicht einfach mit einzelnen Pilotprojekten starten, zusammen mit den betroffenen Ansprechgruppen? Die Fraktion hätte sich bei den Massnahmen Konkreteres und individuellere Lösungen für die Stadt Luzern gewünscht. Aktuell ist der Planungsbericht für die Fraktion mehr eine Auslegeordnung als ein Plan. Die FDP-Fraktion wünscht sich mehr Engagement und gezieltere Massnahmen. Die grundsätzliche Stossrichtung unterstützt die Fraktion aber klar. Deshalb tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein, beantragt aber blosser Kenntnisnahme.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt für die Rückmeldungen zu diesem Bericht. Der Sprechende teilt ein Stück weit die Einschätzung, dass der Bericht nicht allzu konkret ist, aber zusätzlich wurde ein ausführlicher Grundlagenbericht erarbeitet, weil man genau herausfinden wollte, was die Ausgangslage allgemein und in der Stadt Luzern ist. Der Grundlagenbericht ist detailreich. Aus diesem heraus hat man einen übergeordneten Planungsbericht entwickelt und formuliert und gesagt, in welchen Richtungen weitergefahren werden soll. Ausser der SVP-Fraktion haben alle erkannt, dass es ein Problem ist und dass es vielleicht gescheit wäre, sich zu überlegen, wie man die Logistik verbessern kann. Die Fragestellung ist nicht herbeigeredet oder herbeigewünscht. 11 Prozent der Verkehrsleistungen, 39 Prozent des Feinstaubs und 25 Prozent der konsumierten Energie werden dafür in der Stadt Luzern

verwendet, was nicht wenig ist. Wenn es der Stadt gelingt, mit betrieblichen Massnahmen, mit klugen Massnahmen, mit Bündelungen der Massnahmen optimaler zu organisieren und mitzuhelfen, auch dort, wo die Stadt nicht selber zuständig ist, dann ist es genau das, was man hier im Rat bereits am Vormittag diskutiert hat: Weiterentwickeln, optimieren, effizienter machen und versuchen, sorgfältiger mit den Ressourcen umzugehen. Es wird nicht behauptet, mit diesem Bericht und Antrag könnten alle Probleme gelöst werden. Das ist klar. Aber man versuchte zu zeigen, aus einer sauberen Grundlagenerarbeitung, wo die Stossrichtungen sind und welches Massnahmenbündel man daraus ableitet. Konkret, zu jeder Massnahme, gibt es im Grundlagenbericht ein Massnahmenblatt, auf dem die gestellten Fragen festgehalten sind sowie die konkretisierte Stossrichtung. Man kann das als noch zu wenig konkret kritisieren, was der Sprechende so akzeptieren kann, allerdings muss man schon auch den Grundlagenbericht mitbeachten. Sonst ist von verschiedenen Fraktionen genannt worden, dass die Stossrichtung die richtige ist, dass man weitergehen kann. Die FDP-Fraktion argumentierte einigermaßen greifbar, weshalb sie auf blosser Kenntnisnahme des Berichtes plädiert. Bei der Mitte-Fraktion aber ist ihm rätselhaft, was das Argument für eine blosser Kenntnisnahme des Berichtes ist. Dass man keine weiteren Studien in Auftrag geben soll? Unnötige Studien werden nicht gemacht. Man schaut immer, was andere Städte machen. Im konkreten Fall lanciert man keine Studien, sondern Pilotprojekte, um zu schauen, wie das unter luzernischen Bedingungen funktioniert und wer mitmacht. Der Stadtrat kann es nicht dekretieren. Er kann nicht einfach eine Paketstation aufstellen, dazu braucht es Partner. Und für Partner braucht es ein Pilotprojekt. Kann am Schluss etwas definitiv installiert werden, ist das umso besser. Aber bei der Argumentation der Mitte-Fraktion, die von gut und recht spricht, von wohlwollendem Lesen, aber einem mageren Resultat, kann er die Begründung nicht herausfinden. Es gibt keine einzige Protokollbemerkung, die der Stadtverwaltung einen Hinweis geben würde, in welche Richtung sie stossen sollte. Der Sprechende ist immerhin froh, dass es keine ablehnende Kenntnisnahme ist, sondern eine blosser Kenntnisnahme. Generell fand er die Argumentation der Mitte-Fraktion dazu etwas dünn. Die SVP-Fraktion sagt, dass die grundsätzliche Stossrichtung eigentlich richtig ist. Es ist aber für sie mehr eine Auslegeordnung als ein Plan. Das kann man so sehen, der Sprechende denkt aber, dass doch mehr Konkretes erarbeitet worden ist, nur liest man das nicht im Bericht und Antrag, sondern im Grundlagenbericht; jede Massnahme ist dort ausführlich beschrieben. Der Umwelt- und Mobilitätsdirektor ist froh, wenn er den Bericht mit einer zustimmenden Kenntnisnahme seinem Nachfolger übergeben kann. Die Arbeit wird sicher weitergeführt werden, weil es eine wichtige Aufgabe ist. Es ist ein Auftrag aus dem Parlament, es ist ein Auftrag aus der Klima- und Energiestrategie und es ist ein Auftrag aus der Mobilitätsstrategie, die vor Kurzem hier im Rat besprochen worden ist. Es wurde dort nicht kritisiert, dass man sich nicht mit der Citylogistik auseinandersetzen soll. Im Zentrum der Stadt, das gilt es festzuhalten, geht es nicht nur um Paketdienste. Logistik ist hochkomplex, vor allem wenn es um Baustellenlogistik geht. Da wird man sich in den nächsten Jahren noch intensiv damit beschäftigen. Der Sprechende bittet, zustimmend und wohlwollend Kenntnis von diesem Planungsbericht zu nehmen, damit die verantwortlichen Personen aus der Verwaltung gut weiterarbeiten können. Sie haben nicht lieblos oder widerwillig gearbeitet, wie es genannt wurde. Vielleicht ist bei ihnen nicht gerade ein totales Feuer der Begeisterung ausgebrochen, aber die Arbeit wurde seriös gemacht. Das kann man gut in den 86 Seiten Grundlagenbericht, die selber erarbeitet worden sind, nachlesen.

Mark Buchecker von der FDP-Fraktion möchte den Aspekt der Paketpost hervorheben. Es erstaunte ihn etwas, in den Grundlagenpapieren keinen Verweis auf das Online Magazin «Parcel and Postal Technology International» zu finden. Dort ist zu lesen, dass in Europa während der Pandemie im Jahr 2022 10 Milliarden Pakete Business-to-Consumer verschickt worden sind. Laut Prognose wird sich diese Zahl bis im Jahr 2030 verdoppeln. Das ist ein ernstzunehmendes Thema. Heute bestellen Konsumentinnen und Konsumenten per Internet und erwarten, dass die bestellte Ware vor die Haustüre geliefert wird. In anderen Ländern hat man da bereits Lösungen angedacht und auch in die Praxis umgesetzt. Die sogenannten PUDO-Stationen (Pick up & drop off) sind 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche geöffnet. Das Paket kann jederzeit an einem zentralen Ort abgeholt und dort auch aufgegeben werden. Das verhindert sehr viele Fahrten vor die Haustüre. Ein anderes Phänomen sind die out-of-house-Lieferungen, welche zunehmen. Heute lassen sich viele Leute die Pakete an den Arbeitsplatz liefern, weil sie untertags nicht zuhause sind und so das Paket unbeaufsichtigt vor der Haustüre liegen würde. Der Sprechende erlebt das in seiner geschäftlichen Tätigkeit: Er hat pro Tag sechs Kuriere, die auf das Trottoir fahren, den Weg versperren, um ein Paket abzugeben. Es braucht hier Lösungen. Er fragt sich, wie viele Studien es

noch braucht, um zu wissen, dass die PUDO-Lösung ein probates Mittel ist. Es braucht pro 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner statistisch eine PUDO-Station. In Dänemark hat es pro 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner die grösste Dichte an PUDO-Stationen. Der Sprechende vermisst in diesem Kontext den Beizug internationaler Studien.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula antwortet, dass schon geschaut wird, was in anderen Ländern geschieht. Die Stossrichtungen 2: Förderung privater Paketstationen (M2.2) und 3: Öffentliche Paketautomaten testen (M3.2) aus dem Bericht und Antrag entsprechen dem, was der Vorredner erwähnt hat, nur heissen sie nicht PUDO-Stationen. Es ist aber genau der Weg, auf dem man sich weiterbewegen will. Es braucht dazu entsprechende Partner. Es macht keinen Sinn, dass jedes Paket sofort an den Arbeitsort oder nach Hause geliefert wird. In dem Kontext kam auch der Hinweis, dass die Kommunikation – oder eine gewisse Sensibilisierung – für eine Verhaltensänderung eine wichtige Rolle spielt. Alle diese Punkte werden beachtet.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 8/2024 «Citylogistik Stadt Luzern» eingetreten.

DETAIL

Seite 11 ff. 5.2 Massnahmen

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt zur Massnahme M2.5 folgende **Protokollbemerkung:**

Als Infrastruktur für Logistik- und Güterumschlagsflächen werden Sammelparkierungsanlagen prioritär geprüft.

Die Baukommission überwies die Protokollbemerkung mit 6 : 5 : 0 Stimmen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Die Absicht hinter dieser Protokollbemerkung ist relativ durchsichtig. Sie ist etwa genauso ernst zu nehmen wie wenn man das Parkhaus Kesselturm oder das Parkhaus Altstadt zu Wohnungen umbauen wollte. Mit dieser Protokollbemerkung will man bewirken, dass Parkplätze abgebaut werden, obwohl die Stadt eine andere Strategie verfolgt.

Für die Abstimmung stellt **Patrick Zibung** den **Ordnungsantrag, die Stimmen auszählen zu lassen**.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung mit 24 : 22 : 0 Stimmen.

Seite 15 f. Antrag und Beschluss

In der Gegenüberstellung des Antrags auf zustimmende Kenntnisnahme mit dem Antrag auf blosser Kenntnisnahme obsiegt der Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme.

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «Citylogistik Stadt Luzern» zustimmend Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 267, Cyrill Studer Korevaar, Mario Stübi und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser namens der GLJG-Fraktion vom 6. Februar 2019: «Zukunftsfähige urbane Logistik entwickeln» nicht als erledigt ab.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 8 vom 6. März 2024 betreffend

**Citylogistik Stadt Luzern
– Kenntnisnahme Planungsbericht
– Abschreibung Postulat 267,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Vom vorliegenden Bericht «Citylogistik Stadt Luzern» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Das Postulat 267, Cyrill Studer Korevaar, Mario Stübi und Adrian Albisser namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 6. Februar 2019: «Zukunftsfähige urbane Logistik entwickeln», wird **nicht** als erledigt abgeschrieben.

Ratspräsident Jules Gut: Das war das letzte B+A-Geschäft von Stadtrat Adrian Borgula nach 12 Jahren als Umwelt- und Mobilitätsdirektor.

Die Anwesenden im Rat applaudieren herzlich.

**12 Bericht und Antrag 22 vom 17. April 2024:
Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer letzten Sitzung am 23. Mai 2024 den B+A 22/2024: «Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen» behandelt und vom Bericht einstimmig zustimmend Kenntnis genommen und die [Motion 210](#) «Werterhaltenden Unterhalt der Liegenschaften nicht vernachlässigen» als erledigt abgeschrieben.

Die Baukommission nahm erfreut zur Kenntnis, dass sich die städtischen Liegenschaften insgesamt in einem guten Zustand befinden und auch in den nächsten Jahren ausreichend in den Unterhalt der Liegenschaften investiert werden soll.

Mario Stübi: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht und Antrag. Im Fokus steht die Zustandsbewertung der städtischen Liegenschaften auf einer Skala von 0 bis 1. Der durchschnittliche Zustand des Immobilienportfolios liegt bei 0,71. Der Stadtrat schlägt jetzt einen Zielwert von 0,7 vor – so ein Zufall, das Ziel ist bereits erreicht. Die SP-Fraktion nimmt das zur Kenntnis und fragt sich, wie politisch dieser Zielwert ist, denn es geht um viel Geld: Über 200 Mio. Franken Gebäudeversicherungswert sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Anders verhält es sich in Basel: Der Anteil an Objekten in einem schlechten Zustand liegt bei lediglich 3 Prozent. Basel hat also in der Vergangenheit massiv investiert.

Ein Investitionsbedarf wäre auch in der Stadt Luzern vorhanden. Gerade kürzlich – es war wieder einmal ein regnerischer Tag – bemerkte der Sprechende auf seinem Heimweg, dass beim Kasernenplatz zwei Dachkännel von einer Liegenschaft leckten und sich somit ein Wasserfall genau auf das Trottoir bzw. ihn ergoss. Daheim in der trockenen Stube fand er heraus, dass es sich beim Gebäude an der Baselstrasse 5 um eine städtische Liegenschaft handelt.

Bei der Unterhaltsquote liegt der langfristige Zielbereich bei 2 bis 2,75 Prozent. Der Stadtrat schreibt: «Zudem werden die Massnahmen auch immer im Kontext der städtischen Finanzlage beurteilt.» Müsste man nicht gerade jetzt «sauber» investieren und den Turbo zünden, jetzt wo es der Stadt Luzern finanziell so gut geht? Der Kanton Luzern geht bei der Unterhaltsquote bis 3 Prozent, Zürich liegt sogar bei 3,5 Prozent aufwärts.

Die SP-Fraktion stützt die Anträge des Stadtrates, wünscht sich aber ein Übertreffen der Zielwerte.

Lukas Bäurle dankt vonseiten der G/JG-Fraktion für den guten und informativen Bericht. Er ist erfreut, dass man das in Zahlen fassen und einem Parlamentarier in die Hand drücken kann. Die Ratsmitglieder sind ja keine einfache Klientel: Geht man sparsam mit dem Geld um, heisst es «keine Vernachlässigung, bitte!». Will man es recht machen und ordentlich bauen, z.B. mit dauerhaftem Eichenparkett, ist es mindestens einer Ratshälfte auch wieder nicht recht. Dann heisst es «keine Verschwendung, bitte!». Es ist ein schmaler Grat zwischen alarmierender Vernachlässigung und verschwenderischem Luxus. Darum ist man hier, auch in der nächsten und übernächsten Legislatur, um das immer wieder auszuhandeln. Man könnte auch über wertvermehrende Investitionen wie z. B. Katzentreppen für Freigängerkatzen bei Hauswartwohnungen diskutieren. Das ist eine Idee, die der Sprechende auf vielseitigen Wunsch einbringt. Er bittet um Nachsicht, es ist sein letztes Votum hier im Rat. Die Dienstabteilung Immobilien unterhält die Gebäude in der Zwischenzeit zuverlässig, das ist auch im Bericht und Antrag dargelegt, und kann deren Zustand in Zahlen fassen, ganz nach dem Motto: «Das letzte Wort in einer Sache ist immer eine Zahl». Dieses Motto lässt Lukas Bäurle auch gerne als sein Abschiedsvotum gelten. Die G/JG-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihn zur Kenntnis nehmen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion dankt für den Bericht und Antrag, der bei der Fraktion nicht für allzu grosse Diskussionen gesorgt hat. Sie ist der Ansicht, dass die Verwaltung insgesamt eine gute Arbeit macht; man schaut zu den Gebäuden, die es in der Stadt Luzern hat. Da die SVP-Fraktion möchte, dass es in diesem Stil weitergeht, tritt sie auf den Bericht und Antrag ein und stimmt zu.

Stefan Sägesser wendet sich an seinen Vor-, Vor-, Vorredner und sagt, dass er froh ist, dass ihn damals nicht der Schlag getroffen hat unter dem städtischen Haus, sondern nur ein paar Wassertropfen. So kann das Leben munter und gut weitergehen, wenn auch nicht in diesem Parlament. Auch für den Sprechenden geht das Leben zukünftig ohne dieses Parlament weiter. Er möchte nicht poetisch werden und es eher auf die gleiche Art wie Lukas Bäurle machen, der seine Zeit als Grossstadtrat mit seinem vorherigen Votum wunderbar abgeschlossen hat. Die GLP-Fraktion ist sehr zufrieden mit diesem Bericht. Der Bericht zeigt auf, dass der schmale Grat nicht immer einfach nach aussen zu vertreten ist. Doch das Resultat ist sehr positiv und das wird sehr gut erläutert. Die GLP-Fraktion schaut positiv in die Zukunft, denn die Stadt ist massiv am Investieren. Die prozentuale Quote – more is more – wird nicht überall gerne gesehen. Aber von dem, was die Stadt aktuell und in den nächsten Jahren investieren wird, wird auch ein Teil in die Unterhaltsarbeiten gehen, was die Fraktion begrüsst. Die GLP-Fraktion dankt für den Bericht und Antrag und stimmt ihm zu.

Alexander Stadelmann: Die FDP-Fraktion dankt für den sehr guten und überaus kompakten Bericht und Antrag. Basis dieses Berichtes und Antrages bildet die Motion 210 «Werterhaltenden Unterhalt der Liegenschaften nicht vernachlässigen» von Rieska Dommann und Korintha Bärtsch vom 23. Mai 2018. Man hat sich sechs Jahre Zeit genommen, um den jetzt vorliegenden Bericht und Antrag zu verfassen. Aus dem Grund hätte durchaus mehr Substanz und auch Inhalt erwartet werden dürfen. Der Output ist äusserst mager. Die Stadt Luzern ist im Besitz von mehr als 400 Objekten im Verwaltungsvermögen; der Gebäudeversicherungswert liegt bei rund 878 Mio. Franken. Die Stadt verfolgt im Unterhalt grundsätzlich drei Ansätze. Erstens: Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen helfen, den Rückgang des Zu-

stands eines Objekts zu verlangsamen und die Nutzbarkeit deutlich zu verlängern. Zweitens: Regelmässige Sanierungen werden nach dem Ansatz «So viel wie sinnvoll und nötig» vorgenommen. Drittens: Kein Unterhalt mehr bei einer anstehenden Sanierung. Der Sprechende begrüsst diese Vorgehensweise, welche gut und löblich ist. Das Fazit der FDP-Fraktion zu diesem Bericht und Antrag lautet: Die städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sind insgesamt in einem guten Zustand. Dem Unterhalt und der Sanierung von entsprechenden Liegenschaften und Gebäuden wird genügend Rechnung getragen. Es gibt aber auch Ausnahmen, wo man, mit Verlaub, keine gute Arbeit geleistet hat, beispielsweise bei der Villa auf Musegg 1; es gäbe noch weitere Beispiele. Trotz allem, die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Peter Gmür: Die Mitte-Fraktion ist mit dem Bericht und Antrag zufrieden. Die Verwaltung macht eine sehr gute Arbeit. Die Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ihm zustimmen.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die kurzen Voten und die wohlwollende Aufnahme ihres letzten Berichtes und Antrages. Der Bericht sei etwas mager ausgefallen, doch dem ist entgegenzuhalten, dass man versucht hat, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Der Stadtrat muss und will Sorge tragen zu seinen 400 Objekten, die im Verwaltungsvermögen sind. Wenn man von einem gebrauchstauglichen Zustand spricht, ist das nicht immer der Maximalzustand. Im Bericht und Antrag wird gut aufgezeigt, welche Methodik zur Zustandsbewertung von Objekten verwendet wird. Der Zielwert von 0,7 ist kein politischer Wert. Man orientiert sich hierfür am Impulsprogramm (IP) BAU des Bundes, wo festgehalten ist, in welchem Zustand Bauteile im Durchschnitt sein sollen.

Dass die Villa auf Musegg 1 noch nicht saniert werden konnte, liegt nicht alleine am Stadtrat. Es ist aber erkannt, dass dort grosser Handlungsbedarf besteht. Verschiedene Treiber geben der Stadtverwaltung bezüglich Unterhalt ihrer Liegenschaften den Takt vor. Nicht nur der bauliche Zustand eines Objekts ist massgebend, sondern auch die politischen Ziele (z. B. Klima- und Energiestrategie), die es umzusetzen gilt, wenn man in den Unterhalt investiert. Ein weiterer Treiber sind Bedarfsänderungen, insbesondere bei Schulen, wenn es um Totalsanierungen oder Änderungen geht. Die Sprechende dankt, wenn vom Bericht und Antrag zustimmend Kenntnis genommen wird und die Motion abgeschrieben werden kann, sodass man weiter auf diesem Weg den Unterhalt der städtischen Liegenschaften bewältigen kann.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 22/2024: «Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen» eingetreten.

DETAIL

keine Wortmeldung

Seite 13 f. Antrag und Beschluss

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen» einstimmig zustimmend Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 210, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 23. Mai 2018: «Werterhaltenden Unterhalt der Liegenschaften nicht vernachlässigen» als erledigt ab.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 22 vom 17. April 2024 betreffend

**Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im
Verwaltungsvermögen**

– Kenntnisnahme

– Abschreibung Motion 210,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999
sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Vom Bericht «Unterhaltsstrategie der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Die Motion 210, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 23. Mai 2018: «Werterhaltenden Unterhalt der Liegenschaften nicht vernachlässigen», wird als erledigt abgeschrieben.

Ratspräsident Jules Gut: Das war das letzte B+A-Geschäft von Stadträtin Manuela Jost nach 12 Jahren als Baudirektorin.

Die Anwesenden im Rat applaudieren herzlich.

**13 Bericht und Antrag 24 vom 24. April 2024:
Abschreibung von Motionen und Postulaten. 1. Halbjahr 2024**

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die Beratung des B+A 24/2024: «Abschreibung von Motionen und Postulaten» hat in der Geschäftsprüfungskommission nur eine kurze Diskussion hervorgerufen. Bei zwei Geschäften stellt sich die Geschäftsprüfungskommission gegen die beantragte Abschreibung, nämlich beim

- Postulat 213, Mario Stübi und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 12. Juni 2018: «Das Warten muss ein Ende haben – mehr Grünphasen für weniger Zeitverlust an Fussgängerstreifen» sowie beim
- Postulat 163, Mario Stübi namens der SP-Fraktion vom 7. Februar 2022: «Frohburgstrasse und Inseliquai als Freiraum für alle».

Diese beiden Abschreibungen hat die Kommission nicht gutgeheissen. Alle anderen Anträge wurden einstimmig, bei Abwesenheit von zwei Mitgliedern, gutgeheissen.

Der Stadtrat opponiert den beiden Anträgen auf Nichtabschreibung nicht.

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Bericht und Antrag gibt.

Seite 14 f. Antrag und Beschluss

- I. **Der Grosse Stadtrat schreibt die Motionen und Postulate gemäss Kapitel 1, Ziffern 1–4, 6–13, 15–17, einstimmig ab.**
- II. **Der Grosse Stadtrat verlängert die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.1, Ziffern 1–13, einstimmig um ein weiteres, zweites Jahr.**
- III. **Der Grosse Stadtrat verlängert die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.2, Ziffern 1–4, einstimmig um ein weiteres, drittes Jahr.**
- IV. **Der Grosse Stadtrat verlängert die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.3, Ziffern 1–12, einstimmig um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 24 vom 24. April 2024 betreffend

**Abschreibung von Motionen und Postulaten
– 1. Halbjahr 2024,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und Postulate gemäss Kapitel 1, Ziffern 1–4, 6–13, 15–17, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.1, Ziffern 1–13, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.2, Ziffern 1–4, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss Kapitel 2.3, Ziffern 1–12, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

**14 Postulat 355, Peter Gmür und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion
vom 19. März 2024:
Längere Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass es keinen anderen Antrag aus dem Rat gibt.

Somit ist das Postulat 355 überwiesen.

**15 Bevölkerungsantrag 301, Alex Messerli, Tamara Celato und Reto Eberhard Rast
namens der Antragstellenden
vom 19. Oktober 2023:
Durchsetzung Durchfahrverbot Libellenstrasse**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai 2024 den Bevölkerungsantrag 301 behandelt. Nach Anhörung einer Vertretung der Antragstellenden und einer anschliessenden internen Diskussion beantragt die Baukommission beim Grossen Stadtrat, den Bevölkerungsantrag abzulehnen.

Ratspräsident Jules Gut: Da eine Ablehnung des Antrags vorliegt, ist die Diskussion gegeben.

Denise Feer: Die SP-Fraktion hat das Anliegen aus dem Bevölkerungsantrag kontrovers diskutiert. Klar ist, dass bereits seit langer Zeit ein Fahrverbot an der Libellenstrasse besteht und dass es missachtet wird. Da besteht Konsens, das ist kein akzeptabler Zustand. Die Forderungen, die durch die Antragstellenden vorgebracht werden mit den versenkbaren Pollern und der automatischen Nummernschilderkennung, sind jedoch nicht über alle Zweifel erhaben.

Gerade bei der Nummernschilderkennung stellen sich allenfalls datenschutzrechtliche Probleme, die man beachten müsste. Nichts zu machen, ist für die SP-Fraktion grossmehrheitlich aber auch keine Lösung. Die Fraktion ist der Meinung, dass sich der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten noch mehr für die Durchsetzung des Fahrverbots bemühen muss.

Die SP-Fraktion will, dass der Stadtrat eine Kaskade von Massnahmen prüft: Zuerst niederschwellig, allenfalls mit einer Sperrung der Libellenstrasse an geeigneter Stelle, mit Baumtöpfen oder allenfalls mit einem Grünstreifen, was den Durchgangsverkehr für Personenwagen und grössere Fahrzeuge verhindern würde. Wenn das nicht fruchtet, sind allenfalls Poller zu prüfen. Die Fraktion wird den Bevölkerungsantrag grossmehrheitlich überweisen, wünscht sich aber zusätzlich, dass der Stadtrat das ganze Stadtgebiet überprüft. Es kann nicht sein, dass man nur dort reagiert, wo sich die Bevölkerung wehrt. Der Durchgangsverkehr soll überall in der Stadt möglichst unterbunden werden.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion wird den Bevölkerungsantrag unterstützen. Es ist nicht zwingend, dass genau die Massnahmen umgesetzt werden, die im Bevölkerungsantrag vorgeschlagen worden sind, aber in dem Sinn, dass das Fahrverbot unbedingt besser durchgesetzt wird. Es hat zwar durch die Massnahmen, die bereits unternommen worden sind, eine Reduktion der nicht bewilligten Fahrten gegeben, aber es gibt nach wie vor zu viele nicht bewilligte Fahrten und Schleichverkehr durch die Libellenstrasse. Alleine Aufrufe oder sonstige Kommunikationsmassnahmen werden da nicht viel helfen. Die G/JG-Fraktion könnte sich im Gegensatz zur SP-Fraktion durchaus vorstellen, dass versenkbare Poller eine Lösung sein könnten, nicht am Anfang und Ende der Libellenstrasse, sondern in der Mitte, auf der Höhe der Weggismattstrasse, dort wo der Stadtrat auch vorschlägt, möglicherweise ein umgekehrtes Einbahnregime einzuführen. Wenn man dort eine Trennung macht, ist es klar, dass man nicht mehr durchfahren kann. Das müssten die Anwohnenden allerdings dann auch so akzeptieren. In den Augen der Fraktion

wäre das eine wirkungsvolle Massnahme, die ergriffen werden könnte. Gleich wie seine Vorrednerin Denise Feer vorhin ausgeführt hat, denkt der Sprechende auch, dass sich bei der Libellenstrasse die Anwohnerschaft organisiert hat – sie organisieren sich auch für eine Begegnungszone in dem Gebiet und für Weiteres. Es gibt andere Orte in der Stadt, wo die Anwohnerschaft vielleicht nicht so gut organisiert ist, wo aber auch ein Durchfahrverbot gilt, das missachtet wird. Auch dort sollte man besser hinschauen. Natürlich ist die Luzerner Polizei gefordert, aber sicher könnte man dort ähnliche Massnahmen ergreifen wie die, welche man bereits bei der Libellenstrasse ergriffen hat. Die G/JG-Fraktion empfiehlt Annahme des Bevölkerungsantrags.

Stefan Sägesser hat Sympathie für einiges, was seine beiden Vorredner gesagt haben. Aber ihre Forderung, das gesamte Stadtgebiet zu kontrollieren, geht ihm zu weit. Die GLP-Fraktion lehnt diese Forderung wie auch den Bevölkerungsantrag ab, Letzteres tut sie jedoch nur schweren Herzens. Auch der Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass das Quartier beruhigt wird, dass sich der Schleichverkehr nicht weiter ausbreitet. Mit den bisherigen Massnahmen ist man bereits auf einen Weg gegangen, der recht gut ist. Der Stadtrat schlägt trotz Ablehnung des Bevölkerungsantrags vor, gewisse gestaffelte Massnahmen weiter ausführen zu wollen. Der Stadtrat kann die Luzerner Polizei nur bitten, bei der Libellenstrasse mehr Kontrollen durchzuführen. Wenn nun noch die Forderung kommt, er müsse die Polizei bitten, überall auf dem Stadtgebiet bei Durchgangsstrassen mehr Kontrollen zu machen, schlägt der Sprechende vor, einen Antrag zur Wiedereinführung der Stadtpolizei zu formulieren, welche dann nichts anderes macht, als das zu kontrollieren. Die Kontrolle ist nicht Aufgabe der Stadt. Er findet, dass das Funksystem per se nicht so schlecht funktioniert, doch in dem Gebiet, mit dem Hotspot Schlossberg und dessen Umfahrung, ist die Problematik etwas grösser. Man hat Berufsverkehr, Besuchsverkehr, Anwohnerinnen- und Anwohnerverkehr, zudem soll dort eine Veloroute durchführen und Blaulichtorganisationen müssen frei durchfahren können. Der Sprechende findet den Lösungsvorschlag mit den Pollern nicht unproblematisch. Es gibt aber einen Vorschlag, die Libellenstrasse auf der Höhe Weggismattstrasse zu kappen, was den Durchfahrtsverkehr blockieren und den Schleichverkehr verhindern könnte. Aber würden die Antragstellenden den Mehrweg, den sie bei diesem Lösungsansatz in Kauf nehmen müssten, akzeptieren? Der jetzige Stadtrat, wie bestimmt auch der neue ab diesem Herbst, ist sich bewusst, dass eine Lösung gefunden werden muss, denn die heutige Situation ist nicht befriedigend. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er verschiedene Massnahmen prüfen und umsetzen will, auch im Zusammenhang mit der Verkehrsproblematik um das Schulhaus Maihof. Aufgrund dieser Perspektive und weil der Bevölkerungsantrag zu absolut formuliert ist, lehnt die GLP-Fraktion den Antrag ab.

Roger Sonderegger: Auch die Mitte-Fraktion hat sich verkehrstechnische Überlegungen gemacht. Sie ist zu ähnlichen Schlüssen gekommen wie die Vorredner, allerdings ziehen sie den Schluss, den Antrag abzulehnen, weil er zwei klare Massnahmen enthält. Das Parlament kann nicht sagen, es nehme den Antrag an, ihn dann aber anders umsetzen als gefordert. Der Bedarf bzw. das Anliegen der Antragstellenden ist erkannt, doch so kann der Antrag nicht überwiesen werden. Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die detaillierte Antwort. Es wurden nicht nur Massnahmen geprüft, der Stadtrat hat sich auch die Mühe gemacht, Verkehrsdaten zu liefern, die zehn Jahre zurückgehen. Sie zeigen, dass der Verkehr seit dem Jahr 2015 um die Hälfte zurückgegangen ist; das ist eine Grössenordnung. Die andere Grössenordnung, die einzuordnen hilft, ist, dass es eine Gemeindestrasse zweiter Klasse ist. Das heisst, die Libellenstrasse spielt in derselben Liga wie die Neustadtstrasse oder die Bleicherstrasse, wobei die Libellenstrasse nur etwa halb so viel Verkehr wie die anderen hat; es ist nicht die meist belastete Strasse in der Stadt Luzern. Trotzdem möchte es der Sprechende nicht schönreden. Wenn Leute dort unerlaubterweise durchfahren – im Moment sind es etwa 200 Fahrzeuge pro Tag – müsste man sie büssen können. Man darf hier die Augen nicht verschliessen. Eine Quartierstrasse muss sicher sein, sie muss attraktiv sein für den Aufenthalt. Die Lösungsidee der SP-Fraktion deckt sich mit derjenigen der Mitte-Fraktion. Auch sie kam zum Schluss, dass man – einfach gesagt – drei Blumentöpfe in die Mitte der Strasse stellen könnte. Der Sprechende ist sicher, dass die Stadtverwaltung das sympathischer gestalten kann als er es soeben formuliert hat. Das Durchfahrtsproblem würde für sehr wenig Geld weitgehend gelöst. Ob die Blumentöpfe gar versenkbar gestaltet werden könnten, muss den verkehrstechnischen Spezialisten überlassen werden; das möchte der Sprechende nicht selber beurteilen. Ein Kamerasystem hat sicher Poten-

zial, das man auch an anderen Orten einsetzen könnte. Es gibt nämlich weitere Strassen in der Stadt Luzern, bei denen das Durchfahrtsverbot missachtet wird, beispielsweise in der Bahnhofstrasse. In der Stadt Zürich sind mehrere Systeme in Betrieb. Das bekannteste Beispiel ist an der Langstrasse, wo bei einem kurzen Abschnitt ein Monitoring durchgeführt wird. Alle Taxifahrer, die dort durchfahren wollen, müssen registriert sein. Die Trolleybusse sind davon befreit, weil sie kein Nummernschild haben, das erfasst werden könnte. Es existiert eine sogenannte Whitelist, auf der alle Fahrzeuge notiert sind, die durch diesen Abschnitt der Langstrasse fahren dürfen. Das System funktioniert relativ gut, in dem Sinn, dass diejenigen, die unerlaubterweise durchfahren, erwischt und gebüsst werden.

Die Mitte-Fraktion sieht für die Zukunft der Libellenstrasse folgende Prioritäten: Erste Priorität ist, dass die Luzerner Polizei kontrolliert (der Erfolg ist garantiert, es fahren 200 Fahrzeuge verbotenerweise dort durch, die Stadtverwaltung hat es schon vorbereitet, die Polizei muss nur hinstehen. – Es ist ein Eingriff mit Erfolgsgarantie); zweite Priorität hat ein kurzer Einbahnabschnitt wie vom Stadtrat vorgeschlagen; und als dritte Priorität sieht die Mitte-Fraktion eine Sperrung der Strasse, so wie soeben ausgeführt. Die Mitte-Fraktion lehnt den Bevölkerungsantrag ab, unterstützt aber die Umsetzung weiterer Massnahmen auf jeden Fall.

Patrick Zibung: Der Bevölkerungsantrag hat im Wesentlichen zwei Forderungen: Einerseits die Installation von Pollern und andererseits automatische Kontrollen mittels Kameraüberwachung.

Beide Forderungen lehnt die SVP-Fraktion ab, wie sie das auch schon bei anderen Geschäften gemacht hat. Der administrative Aufwand für die beiden Massnahmen ist enorm, da es viele Zufahrtsberechtigte gibt, die ständig wechseln. Es gibt Firmen und viele Wohnhäuser im Quartier. Der Sprechende ist grundsätzlich gegen jegliche weitere Überwachung mittels Kameras. So kann das System beispielsweise nicht feststellen, ob jemand durchfährt, ob jemand diese Strasse nutzt, um jemanden auszuladen oder ob jemand kurz etwas bei jemandem vorbeibringen will. Juristische Streitereien sind aus Sicht der Fraktion vorprogrammiert.

Der Stadtrat vergleicht in seiner Antwort die Anzahl Fahrzeuge, die im Jahr 2015 durch die Libellenstrasse gefahren sind mit der Anzahl Fahrzeuge im Jahr 2024. Dabei sieht man eine markante Verkehrsabnahme zu den Spitzenzeiten von rund 85 Prozent. Es sind noch rund 20 bis 30 Fahrzeuge, die am Morgen um 7 Uhr und am Abend um 17 Uhr durchfahren. Das ist nicht, wie sein Vorredner der G/JG-Fraktion gesagt hat, viel Verkehr, sondern sehr wenig; umgerechnet fährt dort alle zwei bis drei Minuten ein Fahrzeug durch, was in den Augen des Sprechenden ertragbar ist, insbesondere im Vergleich zu den Kosten und dem administrativen Aufwand, den man durch die geforderten Massnahmen hätte. Den Tag über sind es minus 50 Prozent, was wohl daran liegt, dass es gewisse Firmen im Quartier hat. Auch diese sind bei einer Zufahrtskontrolle zu berücksichtigen. Man sieht, der Aufwand wäre enorm. Weiter führen Sperrungen mittels Poller dazu, egal wo sie am Schluss stehen, ob auf Höhe Weggismattstrasse oder am Anfang der Libellenstrasse, dass unter Umständen mehr Verkehr vor dem Schulhaus herrscht. Ob man das will, wagt der Sprechende zu bezweifeln. Ganz sicher führt aber eine Sperrung zu unnötigen Mehrwegen. Es kann nicht im Sinne der Stadt sein, dass Fahrzeuge unnötige Mehrfahrten machen müssen.

Der Sprechende würde gerne sagen, dass das Anliegen gut gemeint, aber nicht gut gemacht ist. Aber nicht einmal das ist es aus Sicht der SVP-Fraktion. Bei genauerem Hinschauen stellt man fest, dass es das Anliegen nicht braucht und es am Schluss eine Verschlimmbesserung wäre. Der Sprechende glaubt nicht, dass es bei diesem Anliegen grundsätzlich um die Anwohnerinnen und Anwohner geht. Der Sprechende hat in diesem Quartier Kontakt zu einigen Kunden, die ihm sagen, dass sie die geforderten Massnahmen aus dem Bevölkerungsantrag nicht gut finden. In seinen Augen geht es einmal mehr darum, die Autofahrer zu schikanieren. Man muss sich mal vorstellen, um 17 Uhr ins Quartier oder beispielsweise in die Mozartstrasse oder in den Libellenrain fahren zu wollen – und man findet einen solchen Poller vor. Es blüht einem deshalb ein Umweg und man steht unnötigerweise zehn Minuten oder eine Viertelstunde im Stau, obwohl man eigentlich ins Quartier fahren möchte. Das ist eine reine Schikane. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion den Bevölkerungsantrag ab.

Alexander Stadelmann: Eine Gruppe von Bewohnenden der Libellenstrasse fordert, dass das Durchfahrtsverbot an der Libellenstrasse endlich durchgesetzt wird. Die Gruppe stellt dabei klare Forderungen wie versenkbare Poller, die von Blaulichtorganisationen, Anwohnenden und Berechtigten bedient werden

können. Alternativ fordern sie, dass automatische Verkehrskontrollen mittels digitaler Nummernschilderkennung vorgenommen werden. Mit kommunen Polizeikontrollen vor Ort geben sie sich nicht zufrieden. Interessant sind Zahlen der Verkehrsmessungen, die die Stadt wiederholt durchführt bzw. durchgeführt hat. In der Morgenspitze befahren 69 Fahrzeuge die Libellenstrasse. 75 Prozent der Durchfahrenden sind berechnigte Personen. Der Anteil von Durchfahrenden beträgt somit gerade mal 25 Prozent. In der Abendspitze sind es 119 Fahrzeuge, wobei 70 Prozent berechnigte und 30 Prozent durchfahrende Personen sind. Im Tagesschnitt ist das Ergebnis sogar markant besser. 82 Prozent der Personen, die die Libellenstrasse befahren, sind dazu legitimiert. Der Anteil der Durchfahrenden beträgt nur 18 Prozent; man ist somit weit weg von einem Problem. Äusserst positiv ist die Tatsache, dass die Lärmgrenzwerte an der Libellenstrasse nicht überschritten werden. Es besteht zu keiner Tages- und Nachtzeit ein Lärmproblem. Dass Poller kein probates Mittel darstellen, um die wenigen Autos von der Libellenstrasse fernzuhalten, die diese unberechnigterweise benutzen, zeigt die Stadt plausibel und gut auf. Die Kosten der geforderten Poller würden rund Fr. 140'000.– betragen, dazu müsste man eine Datenbank aufbauen, um die Berechnigten zu bestimmen bzw. zu erfassen. Da die Gruppe der Berechnigten nicht nur aus Anwohnenden besteht, sondern auch im entsprechenden Gebiet arbeitende Personen, Handwerker, Lieferanten, Postboten und Warenanliefernde betrifft, ist eine jederzeit korrekte Erhebung nicht möglich bzw. nur mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand umsetzbar. Ein Vergleich mit der Altstadt, wo auch Poller eingesetzt werden, ist nicht gegeben, weil die Altstadt grundsätzlich eine verkehrsfreie Zone ist. Bei der Libellenstrasse handelt es sich aber um eine Erschliessungs- bzw. Sammelstrasse. Sie hat eine verkehrliche Funktion. Die Verkehrszahlen zeigen, dass der Aufwand im Zusammenhang mit den Forderungen in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Oder wie es die Stadt sagt: Es bedingte einen unverhältnismässig hohen Bewirtschaftungsaufwand, und das zusätzlich zu den exorbitant hohen Kosten für die Beschaffung der eigentlichen Poller. Eine automatische Nummernschilderkennung erachtet die Regierung als untauglich und nicht praktikabel, da die Libellenstrasse für ein solches System zu lang ist. Die Stadt setzt sich deshalb richtigerweise dafür ein, dass die Polizei vermehrt Kontrollen vor Ort macht. Das ist richtig und gut. Des Weiteren setzt die Stadt auf kommunikative Massnahmen, um fehlbare Lenker auf das Durchfahrtsverbot aufmerksam zu machen und sie wird die Kontrollmessungen wie gehabt weiterführen. Die FDP-Fraktion begrüsst die Massnahmen unisono. Falls diese Massnahmen nicht wirken sollten, prüft die Regierung in einem nächsten Schritt ein Einbahnregime. Das würde aber zahlreiche Nachteile mit sich bringen, zum Beispiel Umwegverkehr, was ökologisch unsinnig ist, und Mehrverkehr, insbesondere bei der Begegnungszone Schulhaus Maihof, was aus Sicht der Fraktion wie auch aus Sicht der Verkehrssicherheit unsinnig und falsch ist. Die FDP-Fraktion lehnt den Bevölkerungsantrag klar ab, weil man zu den Forderungen aus der Bevölkerung Stellung nehmen muss und es sich hier nicht um ein Wunschkonzert handelt, bei dem man zusätzliche Sachen eingeben kann.

Martin Abele möchte präzisieren, wie er das mit den Pollern vorhin gemeint hat, nachdem im Bevölkerungsantrag ebenfalls versenkbare Poller als Durchfahrtsperre vorgeschlagen worden sind. Im Unterschied zu den Antragstellenden würde die G/JG-Fraktion nicht vorsehen, dass die Poller von den Anwohnenden bedient werden könnten, weil genau dieses Anliegen sehr aufwendig und schwierig durchzuführen ist. Blaulichtorganisationen hingegen müssten diese natürlich bedienen können. Die Fraktion erwartet von der Anwohnerschaft, dass sie, falls Poller durchgesetzt würden, diese mittragen und nicht versuchen würden, für sich entsprechende Privilegien herauszunehmen. Der Sprechende greift nun eine Aussage von Patrick Zibung auf, der fand, es sei nicht wünschenswert, dass Autos Mehrverkehr auf sich nehmen müssten und sagt, dass es die G/JG-Fraktion durchaus wünschenswert findet, dass Autos einen Mehrverkehr machen müssten, anstelle auf direktem Weg durch das Quartier zu fahren.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Für den Stadtrat ist es ziemlich schwierig, die Überweisung eines Postulats zu verstehen, wenn das Postulat zwei klare Massnahmen vorsieht, nämlich eine Pollerung am Anfang und am Ende der Libellenstrasse – so ist es verstanden – oder eine Durchfahrtskontrolle via Kamera. Unterstützt man den Bevölkerungsantrag, wäre das eine teilweise Erheblicherklärung. Doch eine teilweise Erheblicherklärung kennt man auf städtischer Ebene aktuell noch nicht. Der Sprechende hofft, dass das mit dem zukünftigen Geschäftsreglement irgendeinmal möglich sein wird. Würde das Postulat überwiesen, wäre der Auftrag also schwierig zu erfüllen. Der Stadtrat hat Gründe

dargelegt, weshalb er die beiden Ansätze, eine Pollerung an den Ausgängen und die Nummernschilderkennung, nicht für zweckmässig erachtet. Der Sprechende teilt die Einschätzung von Denise Feer, dass es kein akzeptabler Zustand ist, wenn sie sich auf die Falschfahrenden bezieht. Bezüglich des Verkehrs ist aber festzuhalten, dass man diesen auf die Hälfte reduzieren konnte. Das ist viel. Die Sammelstrasse, eine Gemeindestrasse zweiter Klasse, verzeichnet keinen übermässigen Verkehr mehr. Den Stadtrat verantwortlich zu machen für diejenigen, die illegal dort durchfahren, ist schwierig. Der Stadtrat macht das, was er kann, denn die Kontrolle ist Sache der Luzerner Polizei. Der Stadtrat will sich bei der Luzerner Polizei dafür einsetzen, dass wieder mehr Kontrollen durchgeführt werden, damit die präventive Wirkung des Durchfahrtsverbots wieder gut eintrifft. Die Thematik von der Kappung in der Mitte der Libellenstrasse, mit welchen Mitteln auch immer, ist ein möglicher Lösungsweg. Der Sprechende findet die versenkbaren Blumentöpfe ein interessantes Mittel, fragt sich aber, wie man da darüberfahren kann, aber das liesse sich bestimmt lösen. Ein anderes Mittel wäre möglicherweise die Platzierung eines Steins in der Mitte der Strasse. Das Problem bei diesem Lösungsansatz ist, dass man unter Umständen mehr Verkehr auf der Weggismattstrasse, sprich vor dem Schulhaus, generiert. Das will man auch nicht. In den vorherigen Voten wurde erwähnt, dass es sich bei diesem Bevölkerungsantrag um eine organisierte Anwohnerschaft handelt. Es ist aber nicht so, dass die ganze Anwohnerschaft und der Quartierverein unisono der Ansicht sind, es sei ein unhaltbarer Zustand. Der Sprechende hört auch andere Stimmen und der Quartierverein sagt klar, dass er keinen zusätzlichen Verkehr vor dem Schulhaus haben will. Würde das Postulat überwiesen, müsste man mit den Anwohnenden und dem Quartierverein weiter ins Gespräch gehen, um zu schauen, welche Pollerlösung man einführen würde. Aber der Sprechende empfiehlt, nicht auf das Postulat einzugehen und dem Weg des Stadtrates zu folgen, nämlich Gespräche mit der Luzerner Polizei aufzunehmen und kommunikative Massnahmen, auch wenn sie wahrscheinlich nicht sehr viel bringen, zu ergreifen. Der Umwelt- und Mobilitätsdirektor weist auf den Fakt hin, dass nicht der Stadtrat falsch fährt, sondern die 200 Fahrzeuglenkenden, die illegal durch ein Fahrverbot fahren. Wenn die Massnahmen des Stadtrates nicht funktionieren, soll in zwei Jahren überlegt werden, ob irgendeine Form von Kappung vorgenommen werden müsste, sei es in der Mitte der Strasse oder sei es vielleicht, dass man die Weggismatt- und die Libellenstrasse unterbrechen würde, was Mehrverkehr über den Schlossberg generieren würde. Vielleicht gibt es einmal auch weniger Verkehr, was die noch ökologischere Variante wäre als die Umverkehrsvariante. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, bei aller Sympathie für das Anliegen, den Bevölkerungsantrag nicht zu überweisen, weil damit nicht die richtigen Massnahmen vorgeschlagen werden, die gut umsetzbar wären.

Jona Studhalter: Was wäre eine letzte Ratssitzung, wenn man mit dem eigenen Stadtrat einig wäre! Der Sprechende ist nach Anhörung der Voten der Ansicht, dass sich die Mehrheit des Rates (SP-, Mitte-, GLP- und G/JG-Fraktion) in der Haltung grundsätzlich einig ist. Nur ziehen nicht alle dieselbe Schlussfolgerung für die Abstimmung. Die G/JG-Fraktion wird dem Bevölkerungsantrag eher zustimmen, die Mitte- und die GLP-Fraktion werden eher ablehnen. Was schlussendlich der Punkt war, weshalb die G/JG-Fraktion dem Antrag zustimmen wird, ist die Haltung, dass das, was der Stadtrat vorschlägt, noch etwas zu wenig ist. Die Fraktion hat den Eindruck, dass sich der Stadtrat etwas zu wenig Gedanken gemacht hat, wenn er sagt, es gäbe Mehrverkehr in der Weggismattstrasse. Das Ende der Weggismattstrasse kann man mit einem grossen Stein sperren oder mit einem Blumentopf, es braucht nicht einmal einen versenkbaren Poller. Dass dieser Gedankengang bei der Beantwortung des Postulats nicht eingebracht worden ist, findet die Fraktion schade. Deshalb kippte der Entscheid in Richtung Zustimmung. Die Befürchtung, dass diese Massnahme zu Mehrverkehr vor dem Schulhaus führt, ist unbegründet. Alle wissen, welche die gefährliche Strasse beim Schulhaus ist – es ist nicht die Weggismattstrasse. Der Antrag der Antragstellenden ist formuliert. Einzig in einem Punkt weicht die Haltung der G/JG-Fraktion von diesem Antrag ab, und zwar, dass der versenkbare Poller nicht von Anwohnenden bedient werden kann. Allen anderen Punkten (Durchfahrtsperre, Zugang für Blaulichtorganisationen, Lärmreduktion, Durchsetzung des Durchfahrtsverbots) stimmt die Fraktion zu. Im Sinne eines Prüfauftrags – der Bevölkerungsantrag wird ja als Postulat behandelt – kann die G/JG-Fraktion in dem Rahmen zustimmen.

Ratspräsident Jules Gut: Im Sinne des Bevölkerungsantrags werden die Stimmen ausgezählt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Bevölkerungsantrag 301 mit 22 : 23 : 1 Stimmen ab.

Pause 15.10 – 15.30 Uhr

**16 Motion 279, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 24. Juli 2023:
Luzerner Sprachfördergutscheine**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Jörg Krähenbühl: Nach Meinung der SVP-Fraktion ist Integration eine Holschuld, das gilt für alle Einkommensgruppen. Der Kanton Luzern bietet Bildungsgutscheine von Fr. 500.– an für Kurse, die Grundkompetenzen wie Rechnen, Schreiben, Lesen oder PC-Kenntnisse vermitteln. Nach erfolgreichem Abschluss kann ein zweiter Gutschein bezogen werden. Mit den Bildungsgutscheinen können auch Konversationsangebote, jedoch keine Deutschkurse, besucht werden. Der Stadtrat stellt fest, dass vonseiten Kanton und Stadt Luzern bereits viel dafür getan wird, damit zugewanderte Menschen die deutsche Sprache erlernen können. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass es keine zusätzlichen Angebote braucht. Die SVP-Fraktion ist auch gegen die Überweisung des [Postulats 276](#) «Willkommen – vor Ort und in digitaler Form» und beurteilt die Umsetzung des Pilotprojekts Welcome Desk für die Jahre 2025 bis 2027 negativ. Die SVP-Fraktion ist gegen die Entwicklung des Deutschkursgutschein-Systems, gegen die Umsetzung und Evaluation. Sie lehnt die Überweisung der Motion mit der Vorlage für ein Pilotprojekt ab und stellt einen **Ablehnungsantrag**.

Selina Frey: Als Sozialarbeiterin, welche die letzten sieben Jahre mit geflüchteten Menschen gearbeitet hat, kann sie sehr genau beschreiben, was Sprachkenntnisse für Auswirkungen auf die Integration haben. Aus ihrer Erfahrung kann man die positiven Effekte auf einer persönlichen, aber auch auf einer gesellschaftlichen Ebene klar erkennen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene führen bessere Sprachkenntnisse zu einem erleichterten Zugang zu Bildung und zu Arbeit. Durch bessere Sprachkenntnisse werden Weiterbildungen möglich und durch das sind besser bezahlte Arbeitsstellen möglich. Das kann ein positiver Effekt auf die Sozialhilfequote, auf den Fachkräftemangel oder auf das Wirtschaftswachstum haben. Gesellschaftlich gesehen gibt es aber auch die Vorteile von verbesserter Verständigung, zum Beispiel zwischen Schule und Eltern oder zwischen Nachbarn. Dadurch werden Missverständnisse verhindert und das Zusammenleben für alle vereinfacht.

Auf der persönlichen Ebene kann man durch bessere Sprachkenntnisse einfacher neue Menschen kennenlernen, sich ein soziales Netzwerk aufbauen, leichter an Veranstaltungen teilnehmen, sich einfacher informieren. Dadurch wird man selbstständiger, unabhängiger, sicherer und auch selbstbewusster. Integration setzt das Verständnis von Kultur und Werten voraus, was nur durch gute Sprachkenntnisse möglich ist. Personen, die sozial integriert sind, haben eine bessere Lebensqualität, erhalten viele neue Perspektiven, was eine grosse Auswirkung auf die psychische Gesundheit hat.

Die Sprechende denkt, dass alle gemerkt haben, dass es aus Sicht der G/JG-Fraktion nur positive Effekte gibt, und zwar viele davon. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die positive Aufnahme der Motion. Es ist extrem wichtig, dass Personen, die beispielsweise über einen Familiennachzug oder aufgrund von Arbeitsmigration in die Schweiz kommen und in Haushalten leben, die als einkommensschwach gelten, bei der Sprachverbesserung Unterstützung erhalten. Die Sprechende kennt viele Personen und auch Familien in solchen Situationen. Sie wünschen sich eine weitere Sprachentwicklung, können den Sprachkurs aber nicht finanzieren. – Genau da setzen die Sprachgutscheine an.

Die G/JG-Fraktion dankt für die Unterstützung bei der Überweisung der Motion. Für die Fraktion ist es ein wichtiges Mittel für die Teilhabe aller Menschen am Leben in unserer Gesellschaft und für die Förderung der Chancengleichheit.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass Sprachkenntnisse für die soziale und berufliche Integration in die Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind. Die Sprache ist schliesslich der Schlüssel zur Integration. Vorhin wurde seitens SVP-Fraktion erwähnt, dass der Kanton und die Stadt Luzern bereits einiges unternehmen, damit zugewanderte Menschen die deutsche Sprache erlernen können. Mit FABIA zum Beispiel gibt es bereits ein niederschwelliges Angebot für diverse Kurse, die zum Teil sogar kostenlos sind. Dennoch verzichten viele Zugewanderte nach dem Basiskurs auf den Besuch weiterführender Deutschkurse. In vielen Fällen geschieht dies aus finanziellen Gründen. Die GLP-Fraktion unterstützt deshalb das Vorgehen des Stadtrates für ein dreijähriges Pilotprojekt, um die Wirkung eines ergänzenden Gutscheinsystems zu testen, und überweist die Motion.

Marija Bucher-Djordjevic: Die FDP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag auf Ablehnung der Motion. Heute Morgen haben bereits einige Ratskollegen persönliche Details preisgegeben, man erfuhr von Zitronenzüchtern und ehemaligen Piraten. Deshalb erlaubt sich auch die Sprechende eine persönliche Bemerkung, indem sie Goethe zitiert: «Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust.» Die Motion basiert auf der Überzeugung, dass Sprachkenntnisse für die soziale und berufliche Integration in die Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind. Für diese Aussage hat die Sprechende grösste Sympathie und die Richtigkeit kann sie sofort mitunterzeichnen. Auch für die Ausführungen ihrer Vorredner kann sie Verständnis aufbringen. Die Sprechende ist sich nicht ganz sicher, meint aber, dass sie wahrscheinlich in diesem Saal die einzige Person ist, neben ihrer Fraktionskollegin Branka Kaiser, die eine lange Geschichte der Integration und Assimilation hinter sich hat, und zwar als Prima (nicht als Seconda). Sie weiss, dass Sprachkenntnisse dabei definitiv entscheidend sind. Obwohl die Sprechende die Motivation der Motionäre gut nachvollziehen kann, gibt es bereits genügend Angebote auf dem Markt, die äusserst niederschwellig genutzt werden können. Es genügt ein Download von einer App und schon hat man Zugang zu einem Sprachkurs. Basissprachkenntnisse werden so schnell, überall, jederzeit und zu geringen Kosten angeboten. Personen, die sich eine sprachliche Bildung nicht leisten können, werden von Arbeitgebern unterstützt. In der Hotellerie ist es zum Beispiel gang und gäbe, Personen mit geringer oder sogar fehlender Ausbildung, die jedoch einen wichtigen Beitrag im Betrieb leisten, sprachlich zu fördern, zu integrieren und die Kosten für die Weiterbildungen zu übernehmen. Wenn kleine Hotelbetriebe diese Kosten für ihre Mitarbeitenden nicht übernehmen können, gibt es Sprachkurse des Branchenverbands, von denen die Betroffenen profitieren können. Daher überzeugt das Argument nicht, dass man solchen Personen notwendigerweise mit städtischen Steuermitteln unter die Arme greifen muss. Denn es gilt: «Wo ein Wille, da ein Weg». Personen, die sich eine sprachliche Bildung nicht leisten können, jedoch auf eine Beschäftigung in der Stadt Luzern angewiesen sind, finden immer einen Weg, sich durchzukämpfen. Die Sprechende weiss nicht zuletzt aus eigener Erfahrung, wie gross die Motivation von Migrantinnen und Migranten ist, finanziell unabhängig zu sein und für sich selbst sorgen zu wollen. Die Eigeninitiative ist oft bemerkenswert. Es kann zudem nicht die Aufgabe der Stadt sein, Sprachfördergutscheine zu verteilen: ist jemand arbeitslos und das Deutsch ist schlecht, kann er oder sie von bereits vorhandenen Sprachkursangeboten unterstützt werden. Deshalb schlägt das Argument der besseren Arbeitsintegration vorliegend fehl, denn eine Arbeitsintegration bei arbeitslosen Menschen wird bereits vom Kanton geleistet. Auch das Argument, dass andere Städte solch eine Hilfeleistung bereits umsetzen, bedeutet nicht, dass es richtig und notwendig ist. Es kann auch sein, dass in anderen Städten andere Finanzierungs- bzw. Subventionsprozesse bestehen. Fakt ist: Wer will, kann sich nicht nur selbst oder in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber, sondern auch im Austausch mit bereits vorhandenen Hilfsstellen helfen. Angebote sind vorhanden und diese können jederzeit in Anspruch genommen werden. Dabei soll es bleiben. Eine Grossmehrheit der Fraktion teilt die Meinung, dass es in diesem Bereich bereits heute Instrumente gibt, die zum Ziel führen. Zudem ist die Fraktion überzeugt, dass eine Insellösung «Stadt Luzern» nicht zielführend ist. Die Sprechende wendet sich mit der Bitte an die Ratskolleginnen und -kollegen, ihr, die den Integrationsprozess hinter sich hat, zu glauben. Integration funktioniert durch den Willen, Integration funktioniert durch die Unterstützung im privaten und beruflichen Umfeld und nicht durch Gutscheine. Die FDP Fraktion unterstützt aus diesen Gründen den Antrag auf Ablehnung der Motion.

Silvio Bonzanigo schliesst sich in den weitesten Teilen dem Votum seiner Vorrednerin an und dankt dem Stadtrat, dass er die Auslegeordnung gemacht hat. Der Sprechende hat insgesamt sechs Angebote gezählt, drei vom Kanton Luzern, drei von der Stadt Luzern, die in der ganz grossen Hauptrichtung ihrer Leistung dort hingehen, wo die Motion auch ihre Forderung hat. Das ist das eine. Es gibt also sechs Angebote, jetzt soll ein siebtes installiert werden. Das andere ist, dass das zum Teil Leute aus Kulturen sind, die unserer etwas fremd sind. Das heisst, vielleicht kommen sie aus einer Kultur, wo sie vom Staat mehr Leistungen erwarten als wir es uns gewohnt sind, zu erbringen. Das würde heissen, die Eigenverantwortung wird in der Schweiz etwas höher angesetzt als sie es sich gewohnt sind. Der Sprechende denkt, dass ein Teil der kulturellen Integration ist, dass man die Werte und Normen, die in der Schweiz zur Hauptsache gelebt werden, kennenlernt und in sein eigenes Leben integriert. Es wurden des Weiteren zivilgesellschaftliche Engagements erwähnt. Der Stadtrat ehrte letztes Jahr zwei Frauen mit der Ehrennadel, unter anderem – das ist der Wortlaut in der [Medienmitteilung der Stadt](#) –, weil «Freiwillige [...] die Geflüchteten zum Beispiel beim Deutschlernen» unterstützen. Jetzt ist man drauf und dran, ein weiteres zivilgesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement durch ein neues staatliches Angebot zu unterlaufen. Der Sprechende findet das keine gute Art. Er findet, man müsse die zivilgesellschaftliche Resistenz gegenüber Problemen stärken, nicht dass der Staat in allen Teilen immer die dargebotene Hand macht. Das gilt genau auch in diesem Bereich. Insgesamt lehnt der Sprechende die Motion ab.

Claudio Soldati dankt den Motionären und Motionärinnen für diesen gescheiterten und gut getimten Vorstoss. Subjektorientierte Sprachfördergutscheine gibt es in der Stadt Luzern noch nicht und würde die Massnahmen zur sozialen Integration gut ergänzen und weiter stärken. Der Stadtrat zeigt in der Motionantwort auf, dass der Bedarf an Sprachfördergutscheinen in der Stadt Luzern gross ist. Die Gutscheine, die im letzten Jahr für Menschen an der Armutsgrenze vergeben worden sind, stiessen auf grosses Echo. Die FDP-Sprecherin sprach vorhin vom Willen, das anzupacken. Es gibt aber Situationen, wo Familien kein soziales Netz haben, um unterstützt zu werden. Es gibt Familien, die sich vielleicht entscheiden müssen, ob sie ihr Kind ins Lager schicken, eine Zahnbehandlung machen oder einen Sprachkurs besuchen. Genau um diese Familien geht es, damit diese die Zahnbehandlung machen und das Kind ins Lager schicken können und trotzdem einen Beitrag leisten für die soziale Integration, indem sie von der Stadt unterstützt werden durch einen Gutschein. Es geht nicht nur um die Erwerbstätigkeit. Es ist wichtig, dass vor allem Frauen in ihrer Autonomie gestärkt werden, denn wahrscheinlich legen nicht alle Familien einen grossen Wert darauf. Indem die Frauen einen Gutschein erhalten, wird ihre Autonomie gestärkt. Die SP-Fraktion überzeugt die Antwort des Stadtrates sehr. Der Stadtrat konnte aufzeigen, dass einkommensschwache Haushalte sofort Sprachkurse besuchen würden, wenn die finanzielle Last kleiner wäre oder ganz wegfallen würde. Die gesamte Gesellschaft hat ein Interesse daran, dass zugezogene Menschen schneller und besser integriert werden. Bezüglich der Frauen und den besseren sprachlichen Fähigkeiten verweist der Sprechende auf seine vorher gemachten Ausführungen. Die beiden Umsetzungs-ideen des Stadtrates tönen für die SP-Fraktion interessant. Die Fraktion freut sich auf weitere Abklärungen und das Pilotprojekt. Die SP-Fraktion unterstützt die Motion.

Diel Tatjana Schmid Meyer: Die Mitte-Fraktion hat grossmehrheitlich Sympathie für das Anliegen der Motionäre. Die Fraktion ist sehr gespannt auf die Umsetzungsvorschläge des Stadtrates. In dem Sinn überweist die Mitte-Fraktion die Motion.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Es ist unbestritten, dass Sprachkenntnisse – die deutsche Standardsprache, wie es heisst – sehr wichtig sind für die soziale Integration und für die berufliche Integration. Bis zu diesem Punkt herrscht Konsens im Rat. Der Sprechende verstand auch Jörg Krähenbühl von der SVP-Fraktion in die Richtung, dass er Sprachkurse grundsätzlich etwas Wichtiges findet. Die Meinungen gehen dort auseinander, wo die einen finden, es ist gut, was gemacht wird, die begrüssen, was von der Stadt in Zusammenarbeit mit der FABIA und auch vom Kanton angeboten wird. In ihren Augen soll nichts Zusätzliches gemacht werden. Andere finden, es sollte mehr sein, es gäbe Lücken. In der Antwort des Stadtrates auf die Motion wurde aufgezeigt, welches Angebot es gibt, aber auch, wo Lücken bestehen. Die Erfahrung zeigt, dass viele Zugewanderte nach einem Basiskurs keine weiteren Kurse belegen, meistens aus finanziellen Gründen. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass sich die Leute

möglichst gut und möglichst rasch integrieren. Die Sprache ist der Schlüssel dazu. Deshalb ist der Stadtrat bereit, die Motion entgegenzunehmen und in einem Bericht und Antrag aufzuzeigen, wie ein Pilotprojekt aussehen könnte.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 279.

17 Postulat 326, Regula Müller und Patricia Almela namens der SP-Fraktion vom 7. Januar 2024:

Stipendien für Weiterbildungen: In der Stadt Luzern den beruflichen Aufstieg ermöglichen

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Jörg Krähenbühl: Aus- und Weiterbildung ist aus Sicht der SVP-Fraktion zentral, um den Lebensunterhalt längerfristig zu sichern und sich beruflich und sozial zu integrieren. Die Zuständigkeit für das Stipendienwesen und für die Berufs- und Weiterbildungsberatung liegt beim Kanton. Das dort geplante Modell «Bildungskonto» erscheint dem Stadtrat als wertvolle Ergänzung zum aktuellen Beratungs- und Stipendiensystem des Kantons Luzern. Das «Bildungskonto» würde ins Dienstleistungssystem des Beratungs- und Informationszentrums für Bildung und Beruf (BIZ) eingebettet sein, was insbesondere auch aus Sicht der Kundschaft zu begrüßen ist. Das erwartete Mengengerüst an Gesuchen aus dem ganzen Kanton Luzern könnte im breit angelegten Angebot der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung auch bei Schwankungen gut abgedeckt werden. Es wäre ein grosser Aufwand, für eine Kleinmenge von geschätzten maximal 50 Gesuchen pro Jahr, in der Stadtverwaltung Luzern eine Stipendienstelle mit den notwendigen Beratungsleistungen aufzubauen. Die Konzeption, das nötige Reglement, die erforderliche Zusammenarbeit mit den Berufsbranchen, die Genehmigung durch den Grossen Stadtrat, die Bereitstellung der Infrastruktur und des Personals sowie die erforderliche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für eine städtische Stipendienstelle bräuhete gut zwei Jahre. Falls auf kantonaler Ebene das Projekt «Bildungskonto» bald eingeführt wird, erübrigen sich städtische Weiterbildungsstipendien. Das «Bildungskonto» könnte das berechnigte Anliegen der Postulantinnen zielführend erfüllen. Die bestehenden Massnahmen zur Arbeitsintegration für Sozialhilfebeziehende in den Sozialen Diensten der Stadt Luzern sowie die erwähnten kostenlosen präventiven Massnahmen zur Arbeitsintegration zugunsten aller Besuchenden des Sozial Info REX und aller verbeiständeten Personen würden weitergeführt. Eine gute Zusammenarbeit bzw. eine Triagierung an den Kanton zur Beantragung eines Bildungskontos wären selbstverständlich. Die SVP-Fraktion will den Entscheid des Kantons betreffend «Bildungskonto» abwarten. Erst dann soll der Stadtrat entscheiden, ob er eine vertiefte Prüfung des Anliegens der Postulantinnen in Eigenregie machen will. **Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.**

Regula Müller: Das berühmte Hamsterrad, das dreht und dreht und dreht, und wo man springt und springt und springt, kennen wahrscheinlich zeitweise alle. Für Menschen mit wenig Einkommen, die hundert Prozent am Arbeiten sind, Care-Arbeit leisten und täglich schauen müssen, wie sie ihren Lohn einteilen, damit es für das Essen, die Wohnung, die Krankenkasse und alles andere reicht, sind im Hamsterrad noch viel mehr gefangen als viele unter uns. Um aber ihre berufliche Situation zu verbessern, müssten sie genau das: aus dem Hamsterrad aussteigen, die Situation analysieren und dann die richtige Weiterbildung angehen. Weiterbildungen benötigen zeitliche Ressourcen, die zum Beispiel eine Pensenreduktion nötig machen oder mehr externe Kinderbetreuung. Bei finanziell «vulnerablen» Personen geht aber genau das nicht. Finanzielle Einbussen können nicht aufgefangen werden und liegen nicht drin. Deshalb sind Arbeitsmarktstipendien – ähnlich wie die Stadt Zürich sie kennt – ein praktikabler Weg. Das Stipendienwesen liegt eigentlich in der Hand des Kantons. Der Kanton Luzern ist zurzeit daran, einen Vorschlag auszuarbeiten, welcher sich «Bildungskonto» nennt. Natürlich befürwortet die SP-Fraktion klar eine kantonale Lösung. Es wäre sehr aufwendig, wenn die Stadt eine eigene Stipendienstelle erschaffen müsste. Trotzdem wäre der Stadtrat bereit, falls der Vorschlag des Kantons nicht in Kraft treten würde, die Forderung von Weiterbildungsstipendien vertieft zu prüfen. Dafür und auch für die Überweisung des Postulats dankt die SP-Fraktion.

Daniel Lütolf: Nicht nur die Sprache ist der Schlüssel zur Integration und dem damit verbundenen beruflichen Erfolg, sondern auch die Ausbildung. Da sind wir uns über alle Parteigrenzen wohl einig. Dennoch lehnt die GLP-Fraktion das Postulat aus folgenden zwei Gründen ab: Erstens steht der Aufwand für die Administration für eine Kleinstmeng an Gesuchen in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen. Zweitens macht die GLP-Fraktion beliebt, zuerst einmal abzuwarten, was auf kantonaler Ebene mit dem Projekt «Bildungskonto» geht. Wenn dieses tatsächlich eingeführt wird – hoffentlich möglichst bald –, erübrigt sich der Aufbau eines Systems für städtische Weiterbildungsstipendien.

Branka Kaiser: Aus- und Weiterbildungen fördern nicht nur die individuelle Entwicklung und Karrierechancen, sondern stärken auch die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Besonders in Zeiten des Arbeitskräftemangels sind Massnahmen, die diesem Trend entgegenwirken, von entscheidender Bedeutung. Dennoch: Aus- und Weiterbildung ist Sache des Kantons und nicht der Stadt. Derzeit wird im Kanton ein neues Subventionssystem für arbeitsmarktorientierte Weiterbildung von finanziell «vulnerablen» Personen erarbeitet. Vorgesehen ist eine Unterstützung bei einem Jahreseinkommen unter Fr. 43'000.–. Falls auf kantonaler Ebene das Subventionssystem bald eingeführt wird, erübrigen sich die städtischen Weiterbildungsstipendien. Die FDP-Fraktion sieht derzeit keinen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab.

Chiara Peyer dankt den Postulantinnen für die Einreichung des Postulats und dem Stadtrat für dessen Beantwortung. Personen mit tieferen Qualifikationen oder ohne Berufsbildung haben einen schwereren Zugang zu Weiterbildungen. Das aufgrund der Kosten, dem Erwerbsausfall und auch der Kosten der Kinderbetreuung während der Weiterbildung. Gleichzeitig haben die Personen ein höheres Risiko, irgendwann Sozialhilfe beziehen zu müssen. Oft gehen sie einer Arbeit nach, die nicht so vergütet wird, dass es existenzsichernd wäre. Weiterbildungsstipendien sind auch eine präventive Massnahme. Der G/JG-Fraktion ist klar, dass der Kanton für das Stipendienwesen und für die Berufs- und Laufbahnberatung zuständig ist. Zudem wartet man auf den Bericht zum Postulat über Bildungsgutscheine. Die Fraktion findet es sinnvoll, wenn die Stadt Stipendien für Weiterbildungen prüft. Sie ist glücklich, dass der Stadtrat dazu bereit ist. Die G/JG-Fraktion unterstützt das Postulat.

Diel Tatjana Schmid Meyer: Auch bei diesem Geschäft ist die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich Sympathieträgerin. Die Fraktion begrüsst das pragmatische Vorgehen des Stadtrates, zuerst abzuwarten und, falls vom Kanton nichts käme, das Anliegen zu prüfen. Für die Mitte-Fraktion wird das Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse relevant sein. Sie wird dann, wenn mehr Informationen zur Verfügung stehen, das Ganze gern nochmals abwägen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Auch bei diesem Geschäft ist allgemein unbestritten, dass die Weiterbildung eine sehr grosse Rolle spielt, damit die Leute sich an einen anderen Ort bringen, auf eigenen Beinen stehen und sich in eine bessere Position bringen können. Viele überlegen sich auch, sich weiterzubilden, doch vielfach scheitert es an den Kosten (hohe Kurskosten, Lohnausfall). Natürlich ist es sehr vorteilhaft, wenn Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Mitarbeitenden unterstützen und sie sich weiterentwickeln können. Vor einem Jahr – es war politisch breit abgestützt – führte die Stadt Zürich Weiterbildungsstipendien ein. Das ist interessant, weil der Wert einer Weiterbildung in unserer Gesellschaft eine hohe Bedeutung hat. Jetzt ist auch der Kanton Luzern an diesem Thema dran, er will ein «Bildungskonto» einführen. Der Stadtrat will der allfälligen Einführung eines «Bildungskontos» und den Erfahrungen, die damit gemacht werden, nicht vorgreifen. Aber er würde das Postulat entgegennehmen, in dem Sinn, dass wenn der Kanton es nicht machen würde, der Stadtrat prüfen könnte, was allenfalls auf städtischer Ebene möglich wäre – aber erst dann.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 326.

18 Motion 338, Barbara Irrniger, Martin Abele und Monika Weder namens der G/JG-Fraktion, Caroline Rey namens der SP-Fraktion sowie Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 24. Januar 2024:
Schaffung einer Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass seitens Grosser Stadtrat kein Ablehnungsantrag vorliegt.

Somit ist die Motion 338 überwiesen.

Barbara Irrniger beantragt Diskussion.

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass mehr als die Hälfte des Rats einer Diskussion zustimmt. Somit wird der Diskussion stattgegeben.

Barbara Irrniger ist sehr erfreut, dass es keinen Ablehnungsantrag gegeben hat. Eigentlich hatte sie mit einem gerechnet und deshalb ein Votum vorbereitet. Dieses möchte sie jetzt trotz der Überweisung halten. Sie dankt dem Stadtrat und vor allem der Verwaltung, der es – wie die Sprechende durch ihre Nachfragen gespürt hat – ein grosses Anliegen war, den effektiven Willen der Motionärinnen und Motionäre richtig zu verstehen. Das freute die Sprechende sehr und dafür gebührt ein grosser Dank. Der Sprechenden ist es wichtig, zu erklären, weshalb die Motion eine Fachstelle fordert. In Diskussion war zuerst, zu sagen, man arbeitet mehr mit Behindertenorganisationen zusammen und holt sich auf diese Weise das nötige Know-how. Vor 10 Jahren hat die Schweiz das Übereinkommen der UNO für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die UNO-Behindertenrechtskonvention, unterzeichnet. Im Jahr 2022 wurden in einem 17 Seiten umfassenden Kontrollbericht 69 Empfehlungen aufgelistet, was zeigt, dass der Handlungsbedarf gross ist; die Stadt ist bei diesem Thema an vielen Orten nicht so weit wie sie sein sollte. Es freut die Sprechende, dass der Stadtrat das erkannt hat. Des Weiteren möchte die Sprechende auf viele bestehende Hindernisse im Alltag hinweisen. Sie bittet die Ratsangehörigen, sich zu überlegen, wie viele Menschen mit einer Behinderung bei ihnen am Arbeitsplatz arbeiten, oder wie viele Kandidatinnen und Kandidaten mit einer Behinderung bei den letzten Wahlen auf dem Wahlzettel ihrer Partei zu finden waren. Hier können sich die Fraktionen sicher noch stärker engagieren, als es zum Teil schon gemacht wird. In diesem Saal gibt es zumindest heute keine Person, die eine solche Vorlage vertreten könnte. Es gibt viele Hindernisse, die für die meisten Menschen grösstenteils unsichtbar sind. Bekannt sind eher bauliche Hindernisse, und an denen wird stark gearbeitet. Auch wird viel über die Inklusion in der Schule gesprochen. Es gibt aber auch weniger bekannte Hindernisse, z. B. Lärm oder Lichteinfälle für Menschen mit Autismus, fehlende Begleitung für die Teilnahme an Freizeitangeboten oder für selbstbestimmtes Wohnen. Die Sprechende könnte noch weitere Argumente aufführen, doch da kein Ablehnungsantrag vorliegt und die Motion bereits überwiesen ist, beendet sie hier ihr Votum mit einem Zitat von Raúl Krauthausen, einem Aktivisten für Inklusion und Barrierefreiheit, der die Thematik aus ihrer Sicht gut zusammenfasst: «Auch nicht-behinderte Menschen haben ein Recht darauf, mit behinderten Menschen zusammenzuleben». In dem Sinn bedankt sich die Sprechende für die Überweisung der Motion.

Caroline Rey: Die SP-Fraktion bedankt sich für die wichtige und wegweisende Antwort des Stadtrates zur Motion «Schaffung einer Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung». Sie bittet ihre Ratskolleginnen und -kollegen, sich vorzustellen, die Ratsdebatte vor dem Computer verfolgen zu wollen, aber es gelingt ihnen nicht, da sie nichts verstehen. Es liegt nicht daran, dass die Übertragung nicht funktioniert. Die Debatte ist für sie nicht hörbar, weil sie gehörlos sind und für die Teilhabe an der politischen Diskussion auf eine Gebärdensprach-Verdolmetschung angewiesen wären. Eine solche ist jedoch rar und teuer. Die vorliegende Motion nimmt diesen Missstand ernst und ist daher für die Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen zentral. Aus diesem Grund auch hat sich die Sprechende entschieden, ihre Voten zukünftig in Hochdeutsch zu halten, damit Untertitelungen einfacher gesetzt werden können, und damit ein wichtiger Beitrag zur Inklusion aller Menschen geleistet werden kann. Dass der Stadtrat die Funktion der zukünftigen Fachstelle als Querschnittsaufgabe sieht und die Mitarbeitenden in

der Verwaltung für das Thema sensibilisieren will, freut die SP-Fraktion sehr. Der Rückstand in der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist erkannt und die Ungleichbehandlung in vielen Bereichen wird benannt. Der Stadtrat vergleicht den Aufwand für die Schaffung einer Fachstelle für die Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen mit der Fachstelle Gleichstellung bei der Stadt und will Synergien und bereits gemachte Erfahrungen nutzen. Dies macht aus Sicht der Fraktion Sinn, weil es bereits Überschneidungen gibt, Stichwort Querschnittsthema. Der Stadtrat stellt in Aussicht, dass Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretungen in die Ausgestaltung der Fachstelle einbezogen werden. Das empfindet die Fraktion als zentral. Dem Grundsatz – hier spricht die Sprechende stellvertretend – «Nichts über uns ohne uns» soll zwingend Rechnung getragen werden. Die SP-Fraktion bedankt sich für die sehr fortschrittliche Stellungnahme und wird der Entgegennahme der Motion zustimmen.

Silvio Bonzanigo hat dieser Motion zugestimmt, aber gleichzeitig verbindet er die Hoffnung oder die Erwartung, dass man bei der Umsetzung wenigstens die Eventualität in Betracht zieht, die Aufgabe in die bestehende Fachstelle Gleichstellung bei der Stadt Luzern zu integrieren. Der Sprechende findet es nicht gut, allzu viele Fachstellen zu haben, die gegenseitig wieder Schnittstellen entwickeln. Denn wenn man Gleichstellung integral versteht, dann tut sie den Auftrag, die die Fachstelle heute schon hat, integrieren, aber gleichzeitig auch das Anliegen, welches mit dieser Motion vorgebracht worden ist. Das würde bedingen, dass man den Leistungsbeschrieb dieser Fachstelle komplett neu verfasst, dass man Stellenprozente für die zusätzliche Aufgabe in die Fachstelle integriert. Diese Überlegung, ob man nicht die bestehende Fachstelle um diesen Auftrag erweitern könnte, statt eine zusätzliche zu schaffen, darf nicht vergessen werden.

Ratspräsident Jules Gut stellt fest, dass sich die Diskussion erschöpft hat.

**19 Postulat 324, Mario Stübi namens der SP-Fraktion
vom 4. Januar 2024:
Neuer Wohnraum an der Fruttstrasse**

Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Mario Stübi: Parkhäuser, Lochhof – jetzt die Fruttstrasse: Die SP-Fraktion schlägt Areal um Areal vor, wo gemeinnütziger Wohnraum zumindest abgeklärt werden könnte – und die Regierung schlägt jeden Steilpass aus. Immerhin findet der Stadtrat, dass eine Wohnnutzung auf der anderen Strassenseite der Fruttstrasse durchaus Sinn machen würde und dass das städtebauliche Potenzial vorhanden wäre. Aber: der Durchgangsbahnhof (DBL). Der DBL ist das Totschlagargument für inzwischen sehr viele raumplanerische Absichten rund um das riesige Gleisfeld des Bahnhofs Luzern.

Der Sprechende hat Mühe damit, dass die Luzerner Stadtentwicklung um Jahrzehnte auf die lange Bank geschoben wird, weil «die in Bern» nicht endlich entscheiden können. Deshalb müsste man dafür sorgen, selbst Teil der Planung zu werden. Wenn der Stadtrat jetzt seine Wünsche für das Areal platziert, muss es die SBB immerhin zur Kenntnis nehmen. Die Stadt muss ihre lokalen Interessen nicht verstecken. In diesem Sinn hält die SP-Fraktion am Postulat fest und dankt allen für die Unterstützung.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion lehnt Anliegen ab, welche 30 Jahre im Voraus ein Areal mit einer künftigen Nutzung belegen wollen. Das macht keinen Sinn. Es gibt in der Antwort des Stadtrates relativ viele Begründungen, was alles nicht geht oder warum man es noch nicht in Betracht ziehen kann. Aber die Antwort schliesst das Anliegen auch nicht aus. Von daher würde der Sprechende sagen, dass dieses Gebiet ein Entwicklungs-Hotspot ist. An diesem Ort sind nicht nur Zwischenlagerungen für den Durchgangsbahnhof Thema, sondern auch möglicherweise eine nächste Haltestelle. Der Wunsch, möglichst viel Land, das der Stadt oder anderen gehört, quasi zu reservieren für den gemeinnützigen Wohnungsbau, kann man teilweise verstehen, aber das Vorgehen ist für den Sprechenden befremdlich. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Patrick Zibung: Liest man die Forderung des Postulats, ohne den Absender zu betrachten, wird einem schon klar, von wem der Vorstoss kommt. Immer wenn es ums Bauen auf fremden Grundstücken geht, kommt Mario Stübi, wie er vorhin auch selber schon festgestellt hat. Letztes Mal ging es um den Lochhof, der dem ASTRA gehört, jetzt geht es um die Fruttstrasse, die der SBB gehört. Wie beim Lochhof wird hier das Gelände weiterhin gebraucht, einerseits für den Bahnbetrieb, andererseits als Installationsplatz für den Durchgangsbahnhof oder für eine mögliche S-Bahn-Haltestelle, was alles im Sinn des Stadtparlaments ist, zumindest von den meisten Parteien hier im Saal. Das heisst, in den nächsten 20 Jahren wird dort nichts passieren. Es ärgert den Sprechenden etwas, wenn er sich mit solchen Vorstössen befassen muss, wo man doch als Postulant relativ einfach zur Klärung der Frage ein E-Mail an die SBB hätte schicken können. Aber man bemüht immer die Verwaltung, verursacht Kosten und am Schluss bringt es gar nichts. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die bereits vorgenommenen Abklärungen und die detaillierte Antwort. Auch die FDP-Fraktion erachtet die Prüfung einer gemeinnützigen Wohnbebauung auf dem Areal als verfrüht und nicht zielführend. Die Grundeigentümerin benötigt bekanntlich das Areal bis mindestens zur vollständigen Umsetzung des Durchgangsbahnhofs, das heisst wohl noch während etwa 20 Jahren oder noch länger.

Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab und bittet den Stadtrat stattdessen, die vorhandenen Ressourcen für die bereits geplanten Arealentwicklungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau gemäss B+A 15/2024: «Städtische Wohnraumpolitik IV» einzusetzen.

Wer dieses Postulat unterstützt, nimmt aus Sicht der FDP-Fraktion wesentlich Verzögerungen beim Bau von gemeinnützigen Wohnungen in Kauf.

Silvio Bonzanigo schliesst sich gerne seinen beiden Vorrednern an. Er rät – zwar nicht mehr als Parlamentsmitglied, aber in anderer Form –, dass wenn Mario Stübi nach einem Stadtrundgang auf die Idee kommt, man könnte irgendwo etwas bauen, er das vielleicht auf einem anderen Kanal kommuniziert als mit einem parlamentarischen Vorstoss. Andererseits könnte man sich auch vorstellen, einen Planungsbericht zu verlangen, der die ganze Auslegeordnung macht, und für die Areale, die angeblich Steilvorlagen sind, aber auch für andere, dass man dort eine Eignungsabklärung, eine Potenzialabklärung macht. Der Sprechende glaubt nicht, dass es dem Parlament guttut, in jeder Sitzung wieder für irgendwo in einem neuen Quartier über eine «Instant-Idee» für gemeinnützigen Wohnungsbau debattieren zu müssen. Der Sprechende lehnt den Vorstoss ab.

Marco Müller: Die Schaffung von Wohnraum ist wichtiger denn je in der Stadt Luzern. Gemeinnütziger Wohnungsbau war das zentrale Thema im diesjährigen kommunalen Wahlkampf. Die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass das Areal der SBB Potenzial für bezahlbaren Wohnraum hat, wenn immer möglich ohne Rendite und gemeinnützig. Zugegeben, man ist früh dran. Aber man sollte jetzt den Fuss in die Türe halten. Mit der einstweiligen Anpassung der Bau- und Zonenordnung hat die Stadt ein Pfand in der Hand. Grosse Bauprojekte und Landverkäufe werden oftmals Jahre, wenn nicht Jahrzehnte im Voraus ein erstes Mal thematisiert. Jetzt wäre die Chance dazu.

Baudirektorin Manuela Jost: Es ist immer wichtig, Optionen für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu prüfen. Der Stadtrat achtet sehr darauf, wo das in der Stadt möglich ist. Die Fruttstrasse ist ein Grundstück, bei dem es vor allem um den Zeitpunkt geht. Es ist ein gutes Grundstück, dort sind aber vielleicht auch andere Themen wie Freiraum in Zukunft denkbar. Jetzt schon in aufwendige Entwicklungsstudien zu gehen und sich zu überlegen, was dann wäre, wenn man noch nicht einmal genau weiss, was wirklich frei wird und wie die Gegend dann aussehen wird, erachtet der Stadtrat als verfrüht. Es wurde bereits gesagt, man hat nicht unbeschränkte Ressourcen. Der Stadtrat möchte die Ressourcen im Moment auf die Arealentwicklungen legen, die im wohnraumpolitischen Bericht enthalten sind. Der Durchgangsbahnhof ist ein enorm wichtiges Projekt für die Stadt Luzern, für den Kanton, für die Region, für die Zentralschweiz. Dieses Projekt soll nicht durch andere Themen beeinträchtigt werden.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 324 mit 23 : 22 : 0 Stimmen ab.

20 Postulat 350, Diel Tatjana Schmid Meyer und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 19. Februar 2024:**Ausscheiden der Richard-Wagner-Wiese / Anlegestelle Tribtschenhorn zu öffentlichem Badeplatz****Antrag des Stadtrates: Ablehnung**

Diel Tatjana Schmid Meyer: Die Postulantin und der Postulant danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung des Vorstosses. Sie sind zur Einsicht gelangt, dass der Stadtrat recht hat. Es gibt viele Gründe, die dagegensprechen, diese Wiese auszuschneiden. Der Postulantin und dem Postulanten ging es darum, die rechtliche Grundlage dem Status quo anzupassen, denn geht man jetzt auf die Wiese, ist sie voller Leute. Vorne am See stehen mehrere Velos aneinandergereiht, man badet dort, der Schiffsteg ist zum allgemeinen Sprungbrett geworden, was grundsätzlich ein schöner Anblick ist. Deshalb haben die Postulantin und der Postulant – und auch diejenigen, die mit dem Velo bis zum Ufer fahren – gedacht, die beste Lösung wäre, die rechtliche Grundlage anzupassen und das Ganze zu legalisieren. Da das nicht möglich ist – das hat der Stadtrat in seiner Antwort gut ausgeführt –, sind die Postulantin und der Postulant zur Erkenntnis gekommen, dass die *Conditio humana* eigentlich überall gleich ist. Egal, ob man Autofahrer oder Velofahrer ist, man möchte möglichst nahe an dem Ort parkieren, wo man sich nachher befindet. Der Autofahrer möchte vor dem Laden parkieren, wo er einkaufen geht, der Velofahrer möchte sein Velo in diesem Fall nicht beim Skatepark hinstellen, sondern die hundert Meter bis zum Ufer fahren, was die Sprechende auf eine Art versteht. Aber wenn dem so ist, hat die Mitte-Fraktion das Anliegen, dass der Status quo wieder der rechtlichen Grundlage angepasst wird. Kann das Fahrverbot nicht aufgehoben werden, gilt es dieses durchzusetzen. Die Diskussion gestaltet sich hier ähnlich wie bei der Libellenstrasse; es gelten die ähnlichen Argumente, auch wenn es hier um Velos geht. Velos sind Fahrzeuge; auch Velos können ältere Leute, die dort spazieren, umfahren. Zudem hat es auch viele Familien mit Kinderwagen, die dort unterwegs sind. Der Weg ist nicht breit genug für alle. Die Postulantin und der Postulant erwarten vom Stadtrat, dass er geeignete Massnahmen trifft. In ihren Augen reicht Polizeipräsenz nicht. Für die Polizisten ist es dort eher mühsam, denn die Leute machen bereits das, was verboten ist, wie wenn es nicht verboten wäre. Vielleicht müsste man sich bauliche Massnahmen überlegen. Dass es eine sehr schützenswerte Uferzone ist, war der Sprechenden in dem Sinn nicht bekannt. Den Leuten, die dort baden und die Velos abstellen, in dem Fall auch nicht. Es wäre wünschenswert, diesen Umstand sichtbar zu machen und mitzuteilen, dass das Baden dort verboten ist (nicht nur eine Empfehlung aussprechen). Nicht nur wenn man eine Infrastruktur erweitert, lockt das Leute an, sondern auch wenn Leute sehen, dass es neben der Badi auch schön ist und man dadurch sogar Fr. 7.– Eintrittsgeld sparen kann. Während der Sommerzeit gibt es beim Spielplatz einen Verkaufsladen, wo man Sachen kaufen kann. Die Jugendlichen haben diesen Ort auch als Platz zum Feiern entdeckt, Littering ist allgegenwärtig. Die Leute, die gerne spazieren und sich erholen möchten, müssen meistens vor den Velofahrenden ausweichen. Die Sprechende dankt für die interessanten Informationen, die sie aus der Antwort des Stadtrates erhalten hat und für seine Arbeit. Sie geht davon aus, dass man dort die geeigneten Massnahmen trifft, um die schützenswerte Zone weiterhin schützenswert zu erhalten.

Thomas Gfeller kennt das «Richi», wie es von den Quartierbewohnenden liebevoll genannt wird, schon aus einer Zeit, wo man an einem schönen Sonntag fast alleine mit seinem Hund durch den Park schlendern konnte. Täglich haben sich Hündeler zum gemeinsamen Spazieren getroffen und die Hunde konnten auf der Wiese herumtollen – das hat niemanden gestört. Der erste offizielle Kaffeeausschank ist von der damaligen Museologin, Esther, und von den Hündelern ins Leben gerufen worden. Anfänglich hat man den Kaffee in Thermoskrügen von zuhause abwechslungsweise mitgenommen. Später entwickelte es sich dahingehend weiter, dass Esther am Sonntagmorgen sogar Gipfeli kaufte, und sich alle vor dem Richard-Wagner-Museum auf ein paar Stühlen trafen und austauschten. Vom Sozialhilfeempfänger bis zum Millionär waren alle vertreten in dieser illustren Runde. Niemand fragte, welcher Masterabschluss man hatte, sondern das zentrale Thema waren die Hunde. Es war ein schöner Naturpark, wo man Ruhe

geniessen konnte. Mit den Jahren entdeckten auch andere Personen den Park für sich. Heute hat man die Situation, dass der Park an einem schönen Sommertag derart überlaufen ist, dass es sich nicht mehr gut und auch schön anfühlt. Von Erholung kann nicht mehr die Rede sein. Der Park ist kommerzialisiert und es herrscht fast schon Anarchie. Man kann auf der Wiese grillieren, den Ghettoaster mitnehmen, laute Musik hören – keiner schreitet ein, weil es eben keine offizielle Badeanstalt ist, die beaufsichtigt werden müsste. Für die SVP-Fraktion stellt sich die Frage, ob man eine zweite Ufschötti in unmittelbarer Nähe zu dieser braucht oder will. Ist es nicht auch legitim, im Sommer einen stillen Ort am Wasser zur Verfügung zu stellen für beispielsweise eine ältere Bevölkerungsgruppe? Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es keine zweite Ufschötti braucht. Es ist legitim, einen ruhigen Ort, eine Oase, für eine andere Zielgruppe bestimmen zu dürfen. Bis anhin hat sich die Stadt darüber definiert, dass sie eine Stadt für alle ist – nicht nur für wenige (Wahlspruchthema). Genau das muss man wieder in den Fokus rücken und auf das zusteuern. Das Strandbad Tribtschen hat die Stadt mit 6,2 Mio. Franken erneuert und verschönert. Jede Person, die sich gerne sportlich betätigt, oder gerne am Wasser etwas döst – auf neudeutsch etwas chillt –, findet dort seinen Platz. All das, was man auf dieser Wiese machen kann, kann man auch in der neuen Tribtschenbadi. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es falsch wäre, das «Richi» zu einem öffentlichen Badeplatz zu machen. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass es für die Bevölkerung genügend Möglichkeiten gibt, wo sie sich im Sommer abkühlen kann. Die Fraktion teilt diese Auffassung und verlangt, dass die illegale Badi kontrolliert wird und dass man dem Ausufern entgegentritt. Dem Stadtrat ist der Park wichtig und der Fraktion auch. Deshalb fordert die SVP-Fraktion, regulatorische Massnahmen zu definieren und diese auch umzusetzen. Im Park herrscht Fahrverbot, das gilt notabene auch für die Velofahrer. Die SVP-Fraktion folgt dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab, erwartet jedoch, dass die Stadt aktiv wird, damit der Park wieder zu dem Park wird, der er einmal war.

Barbara Irniger dankt für dieses Postulat, welches bei der G/JG-Fraktion grosse Sympathien ausgelöst hat. Dass man einen See für Menschen aus der Stadt Luzern – für alle Menschen – zugänglich macht, ist ein sinnvolles Anliegen und klar unterstützenswert. Die G/JG-Fraktion kann aber auch der Argumentation des Stadtrates gut folgen. Es ist klar, dass eine Entfernung der Schiffsanlegestelle nicht in Frage kommt. Der Schutz der Natur, es handelt sich hier um eine Grünzone, geniesst bei der G/JG-Fraktion einen hohen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund ist das Badeverbot direkt bei der Anlegestelle sinnvoll. Es ist aber wichtig, dass die Menschen die Liegewiese weiterhin nutzen und sich im See abkühlen können. Auf einen Ausbau des Badeplatzes möchte die Fraktion aus den genannten Gründen verzichten. Die G/JG-Fraktion diskutierte lange über diesen Vorstoss und ist sich bis am Schluss nicht ganz einig geworden. Die Mehrheit der G/JG-Fraktion lehnt das Postulat ab. Einzelne hegen starke Sympathie für das Anliegen und werden Ja dazu sagen.

Da es **Stefan Sägers** letztes Votum in diesem Rat ist, wollte er ursprünglich über sein Leben, das bei der Tribtschenbadi, genauer gesagt beim Tribtschenhorn, begonnen hat, erzählen. Seine Erinnerung an die Richard-Wagner-Wiese ist weniger romantisch und nicht so verklärt wie die von Thomas Gfeller. Als er dort das erste Mal mit seinem Hund spazieren ging, wurde er auf das Gröbste beschimpft. Es war nicht die gleiche Esther, aber auch eine Esther, die im Richard-Wagner-Museum oben wohnte, zu ihm hinunterschaute und ihn anherrschte, den Hund an die Leine zu nehmen. Sie wusste nicht, dass er auf Erkundungstour war für die ersten Freilichtspiele, die dort im Jahr 1994 tatsächlich stattfanden, allerdings zusammen mit dem Schweizer Tanztheater und dem Luzerner Stadttheater, das die Bewilligung der Stadt Luzern erhalten hatte. Damals lud man alle Stadträte zur Aufführung ein; die Freilichtspiele nahmen den ganzen Park in Beschlag. In einem Monat werden es 30 Jahre her sein, dass der Sprechende dort seinen ersten Auftritt in Luzern hatte. Danach blieb er in Luzern und das Schicksal, wie er sagt, nahm seinen Lauf. Die historisch verzerrte Wahrnehmung, dass das Tribtschenhorn ein geschütztes Gebiet gewesen sei, mag für Thomas Gfeller stimmen, aber als er dort war, durfte man den Hund nicht frei laufen lassen, man durfte die Kinder nicht frei herumspielen lassen, auch jungen Erwachsenen war es nicht erlaubt, sich in der Nähe des Sees ein Plätzchen zu suchen. Der Sprechende kam von Zürich und war sich gewohnt, dass man sich überall, wo es eine Wiese hatte, hinlegen und auch baden gehen durfte. In Luzern war das damals noch verboten, und zwar auf jeder Wiese. Wie sich die Stadtbevölkerung, die damals bei knapp 55'000 Leuten war und heute dank Littau und der Zuwanderung auf 85'000 Leute gekommen ist, den

Raum am Wasser erobert hat, ist absolut grandios und muss auch so sein. Deshalb gibt es auch genügend Bäder, wo man unter allen Schutzvorrichtungen baden gehen kann. Es ist gut, dass es andere Orte gibt, wo es eben nicht so ist. Den Sprechenden stört es auch, dass Krethi und Plethi die Wiese in Beschlag nimmt, Sonnenschirme aufstellt und mit Paddelbooten daherkommt. Der Park ist nicht mehr so schön wie er ihn erlebte, als er den Park damals entdeckt hatte. Deshalb möchte er auf keinen Fall, und die GLP-Fraktion trägt das mit, dort eine offizielle Badi machen. Es wäre aber künftig wichtig, nicht alles zu regulieren, sondern den Freiraum zwischen Geben und Nehmen sein zu lassen. Wer die Diskussion verfolgt hat, ob man als fremder Erwachsener bei Kindern, die miteinander streiten, korrigierend eingreifen soll, hat mitbekommen, dass die Kinder das unter sich ausmachen sollen. Wer sich also am bunten und zuweilen lauten Treiben auf der Wiese stört, soll es selber in die Hand nehmen und ansprechen, wenn ein Ghettoexplorer nervt und die Musik zu laut eingestellt ist. Es funktioniert – so einfach ist das Leben zwischendurch. In dem Sinn und Geist dankt der Sprechende für die Ablehnung des Postulats und die Einsicht der Mitte-Fraktion.

Yannick Gauch: Die SP-Fraktion teilt die Haltung des Stadtrates und ist froh, dass auch die Mitte-Fraktion das so eingesehen hat und die Argumente überzeugt haben. Er wird deshalb sein Votum etwas abkürzen. Anders als die SVP-Fraktion hat seine Fraktion ein unverkrampftes Verhältnis zum Tribschenhorn. Aus Sicht der SP-Fraktion funktioniert der inoffizielle Badeort heute gut und ist das Produkt einer autonomen Aneignung des öffentlichen Raums durch Bürgerinnen und Bürger. Die Fraktion begrüsst sehr, dass es in der Stadt Luzern organisch gewachsene Freiräume gibt, ohne dass alle Aktivitäten durch die öffentliche Hand offiziellisiert werden müssen. Der inoffizielle Badeplatz, wie er heute besteht und von vielen Leuten auch regelmässig genutzt wird, ist im Grundsatz für die Fraktion zufriedenstellend und braucht deshalb keine städtische Intervention. Im Sinne der Unfallverhütung würde es die SP-Fraktion jedoch begrüssen, wenn der relativ schwierig zugängliche Wassereinstieg mit einfachsten Massnahmen etwas sicherer gestaltet würde. Ein einfaches Geländer zum Beispiel würde bereits ausreichen und entspräche etwa dem Umgang, den die Stadt pflegt, was das Reussbaden anbelangt: Das Baden wird nicht proaktiv gefördert, aber man schafft im Sinne der Prävention und der Sicherheit für die Leute, die baden, Verbesserungen und kann womöglich Unfälle verhindern. Ein offizieller Badeort ist aus Sicht der SP-Fraktion weder nötig noch sinnvoll, weil die jetzige Situation zufriedenstellend funktioniert. Kleine Verbesserungen im Sinne der Unfallprävention würden sie begrüssen. Das Postulat lehnt die SP-Fraktion aber ab.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula kann sein zweitletztes Votum kurz halten. Er freut sich, dass sich die Mitte-Fraktion von den Argumenten des Stadtrates hat überzeugen lassen. Es wurde jetzt etwas darüber hinaus gesprochen: Die SVP-Fraktion will regulatorisch vorgehen, die SP-Fraktion weniger regulatorisch. Der Stadtrat, er hat es gesagt, will den Platz so belassen, wie er ist und kein Geländer befestigen. Diejenigen, die dort baden wollen, nehmen die Struktur so an, wie sie ist. Empfohlen ist es nicht. Das Fahrverbot besteht, über dessen Einhaltung wurde heute bereits in einem anderen Zusammenhang diskutiert, aber der Stadtrat kann das Fahrverbot nicht kontrollieren; manchmal jedoch ist die SIP Luzern (Sicherheit, Intervention, Prävention) vor Ort. Der Sprechende ist froh, wenn das Parlament dem Antrag auf Ablehnung des Postulats folgt.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 350 ab.

Verabschiedungen

Verabschiedung Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula

Ratspräsident Jules Gut: Die Ära von Stadtrat Adrian Borgula im Grossen Stadtrat begann anlässlich der Sitzung vom 27. September 2012 mit einem Votum zum Bericht und Antrag betreffend die Initiative «Kein Südzubringer für die Stadt». Als Vorsteher der Direktion für Umwelt, Verkehr und Sicherheit widmete sich Adrian Borgula in seinen ersten Jahren neben den Themen Umwelt und Mobilität insbesondere dem Thema Sicherheit. So kümmerte er sich neben dem allgemeinen Sicherheitsbericht um die Einführung der Berufsfeuerwehr oder die Belange der SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention).

Die Mobilität und ihre Entwicklung in der Stadt Luzern begleiteten Stadtrat Adrian Borgula von Anfang an intensiv. So wurden unter seiner Federführung verschiedene Konzepte erarbeitet, vor allem im Bereich des ruhenden Verkehrs: Optimierung Parkraumbewirtschaftung, Autoparkierung, Carparkierung, Veloparkierung, Motoparkierung. Der geneigte Zuhörer merkt schnell: Ist die Mobilität parkiert, schlägt das Herz von Adrian Borgula etwas höher!

Der öffentliche Raum in der Stadt Luzern konnte in den vergangenen zwölf Jahren dank Projekten wie der Gesamterneuerung Hirschmatt, dem Grendel oder der Kleinstadt aufgewertet werden. Man hat es auch heute wieder gespürt: Der Stadtrat Adrian Borgula engagierte sich immer mit viel Herzblut im Rat, sei das für die verschiedenen Mobilitätsstrategien, die Biodiversitätsstrategie, die Klima- und Energiestrategie oder die Klimaanpassungsstrategie. So hat man ihn kennen- und schätzen gelernt. Als grosser Stratege war er dem Parlament immer einen kleinen Schritt voraus!

Zurück zu den Anfängen: Die Initiative gegen den Südzubringer war nicht nur sein erster Bericht und Antrag im Grossen Stadtrat, sondern auch gleich das erste Geschäft, welches er erfolgreich durch eine Volksabstimmung geführt hatte. Es sollten mehr als zehn weitere Initiativen sowie zahlreiche Referenden folgen.

Ende 2023 wurde die Summe von 100 (!) Berichten oder Berichten und Anträgen erreicht, welche Adrian Borgula als UVS- und später als UMD-Vorsteher dem Stadtrat erfolgreich vorgelegt hatte und anschliessend hier im Parlament verteidigte. Hinzu kommen gut 400 Vorstösse zu Themen wie Strassenprostitution, Sommerbars, FCL-Fans oder Schallschreckgeräten, die er bearbeitet hat. Ab und zu soll es vorgekommen sein, dass Adrian Borgulas mündliche Ausführungen hier im Rat länger ausfielen und mehr Zeit in Anspruch nahmen, als die Postulanten gebraucht hatten, um ein Postulat überhaupt zu schreiben.

Ratspräsident Jules Gut schliesst seine Laudatio mit einem herzlichen Dank für Adrian Borgulas grosses Engagement für die Stadt Luzern und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft [Herzlicher und langanhaltender Applaus].

Da **Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula** sein Redezeitkonto, wie er selber sagt, in den letzten zwölf Jahren tendenziell eher etwas überzogen hat, macht er es heute kurz. Die zwölf Jahre im Stadthaus machte er sehr gerne, er arbeitete sehr gerne als Stadtrat. Er debattierte auch gerne mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in der Fraktion, in der Kommission, im Parlament. Alle wissen, dass er das gerne macht, manchmal auch ausgiebig und hartnäckig. Nicht jede Debatte war von höchster Qualität, aber mit der Erfahrung, die Stadtrat Adrian Borgula aus einem anderen Parlament hat, kann er sagen, dass die Debattenkultur im Grossen Stadtrat recht gut ist. Viele Debatten waren gut; es kamen gute Lösungen zustande, auch wenn es manchmal schneller hätte gehen können und angesichts von Klima- und Biodiversitätskrisen schneller hätte gehen müssen. Aber das ist Demokratie – und das ist wichtig. Als kleines Rädchen in diesem demokratischen Apparat hofft der Sprechende, dass er etwas beitragen konnte, um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern, die Stadt etwas mehr nach menschlichen Massstäben zu gestalten und weiterzuentwickeln, um mehr sozialen Ausgleich, mehr Gerechtigkeit und Diversität zu schaffen, um die Sicherheit zu verbessern auf der Strasse oder mit der Berufsfeuerwehr und um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, und zwar Nachhaltigkeit, die ihren Namen verdient, z. B. mit der Klima- und Energiestrategie. Der Sprechende kann sagen, dass er eine gut organisierte und wirkkräftige Direktion seinem Nachfolger übergeben kann. An die Parlamentarierinnen und Parlamentarier gerichtet, motiviert er sie, dranzubleiben, zu diskutieren, nach Lösungen zu suchen, auch manchmal Kompromisse einzugehen und einander zuzuhören, und ruft in Erinnerung, dass man nicht alleine auf dieser Welt

lebt, dass die Entscheide oder Nicht-Entscheide eines Parlaments Auswirkungen haben, seien sie regional, national oder global, manchmal in geringem Ausmass, manchmal in grösserem Ausmass, und dass diese Entscheide auch Auswirkungen auf die zahllosen Tiere und Pflanzenarten haben, die mit den Menschen den Lebensraum teilen. Stadtrat Adrian Borgula ist es ein Anliegen, dass ihre Stimmen nicht vergessen gehen. Hört man nämlich genau hin, sind sie sehr laut – aber man muss genau hinhören. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt herzlich für die gute Zusammenarbeit und wünscht alles Gute.

Verabschiedung Baudirektorin Manuela Jost

Ratspräsident Jules Gut: Manuela Josts Einstieg in die Politik war sehr steil. Im Jahr 2008 wurde sie Mitglied der grünliberalen Partei des Kantons Luzern und engagierte sich gleich als Gründungsmitglied der Stadtpartei. Von 2009 an war sie Grossstadträtin, von 2011 bis 2012 Kantonsrätin und ab September 2012 Stadträtin und Baudirektorin der Stadt Luzern.

Auch inhaltlich ging es kurz nach der Wahl los. Im Sommer 2012 nahmen die Stimmberechtigten der Stadt Luzern die Initiative «Für bezahlbaren Wohnraum» an. Die Wohnraumpolitik wurde zu ihrem grossen politischen Kernthema. Mit der Etablierung des Luzerner Modells, der Abgabe verschiedener Grundstücke, wurden hier in den letzten Jahren entscheidende Schritte umgesetzt. Ein Dauerthema während ihrer Amtszeit war die Raum- und Stadtentwicklung. Mit dem Raumentwicklungskonzept liegt ein strategisches Planungsinstrument vor. Der Fokus auf lebendige Quartiere und auf eine Stadt der kurzen Wege waren ihr dabei ein besonderes Anliegen.

Während ihrer Amtszeit durfte Stadträtin Manuela Jost verschiedene Grundsteine für Grossprojekte legen, so zum Beispiel beim Schulhaus St. Karli, sie durfte Bänder durchschneiden bei Eröffnungen (z. B. Schulhaus Staffeln) und Anliegen von Kindern und Lehrpersonen in partizipativen Prozessen unter einen Hut bringen. Mit diesen Projekten hat Manuela Jost viel bewegt, sich aber auch immer wieder exponiert. Es gab auch schwierige Momente, als Leute für ihr politisches Vorgehen mit Kritik nicht zurückhielten, aber sie hat das immer souverän überstanden – zumindest hat das gegen aussen diesen Eindruck hinterlassen.

Stadträtin Manuela Jost hat als Führungsperson in der Stadtplanung das Top-Sharing in der Verwaltung erfolgreich initiiert und aufgezeigt, wie eine Führungsperson für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgen kann. Von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiss der Sprechende, dass sie ihre Baudirektorin als sehr zugängliche Chefin in Erinnerung behalten werden. Obwohl man in der Sache nicht immer gleicher Meinung war, wurde der Austausch mit ihr als sehr wertschätzend und konstruktiv wahrgenommen.

Stadträtin Manuela Jost ist eine gute Zuhörerin und setzte sich für nachhaltige Lösungen ein, die auch für die nächsten Generationen stimmig sind. Es war ihr immer wichtig, ihren Hintergrund und ihr Fachwissen als Ökonomin einzubringen. Sie ist vielseitig interessiert, ihre Leidenschaft gilt besonders der Kunst, Kultur, Philosophie und dem Sport. Beim Sport ist bekannt, dass ihre tägliche Yoga-Routine für ihre innere Balance und Stärke sorgt. Zudem ist dem Sprechenden zu Ohren gekommen, dass sie seit Neuestem auch auf den Velovorzugsrouten unterwegs ist und mit dem E-Bike das Umland der Stadt Luzern erkundet. Ratspräsident Jules Gut dankt Baudirektorin Manuela Jost herzlich für ihre Arbeit und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft [Herzlicher und langanhaltender Applaus].

Baudirektorin Manuela Jost: Abschiednehmen ist nicht ihre Stärke. In diesem Zusammenhang ist deshalb das französische Sprichwort: «Partir, c'est mourir un peu» treffend. Die Sprechende verlässt heute den Rat mit einem lachenden und einem weinenden und etwas wehmütigen Auge. Abschied heisst für sie, vom Grossstadtrat zu gehen, von einem Gremium, das über lange Jahre ihre Arbeit begleitete. Es war eine Zusammenarbeit, die ihr in erster Linie sehr viel Freude bereitete. Man war geleitet vom gemeinsamen, übergeordneten politischen Ziel, nämlich die Stadt Luzern ein Stück weiterzubringen. Nicht alles ging reibungslos über die Bühne, das liegt in der Natur der Politik, aber das musste die Sprechende zuerst lernen. Bisweilen war es auch ein Ringen um Lösungen, doch ihr war immer wichtig, sachdienliche Lösungsansätze anzustreben; ideologisch geprägte Betrachtungsweisen waren nicht ihre Sache. Im Spannungsfeld von links, Mitte und rechts war es für sie nicht immer einfach, sich durchzusetzen. Sie ist

allen zu grossem Dank verpflichtet, die in den Debatten einen respektvollen und konstruktiven Ton bewahrten. Die vergangenen zwölf Jahre waren auch eine Lebensschule. Sie war inhaltlich, emotional und menschlich gefordert und hat viel dazugelernt, was sie nun in ihren nächsten Lebensabschnitt mitnehmen kann. Welche Erfahrungen sind ihr besonders in Erinnerung geblieben? Es sind sehr viele, aber eine möchte sie hier erwähnen, die ihr wichtig ist und ziemlich am Anfang ihrer Amtszeit stand. Schon früh im Amt als Stadträtin erlebte sie, dass der Grossstadtrat abseits der politischen Bühne ein grosses Mass an Menschlichkeit beweist. Als sie Ende 2013 aus dem nichts heraus mit einer ernsthaften Diagnose konfrontiert worden war, erfuhr sie eine enorm wertvolle Unterstützung von allen. Für diesen Rückhalt ist sie noch heute ausserordentlich dankbar. Was wünscht sich Stadträtin Manuela Jost für die Zukunft von der Politik in der Stadt Luzern? In allererster Linie, dass alle politischen Instanzen, da gehört der Grosse Stadtrat dazu, da gehört der Stadtrat dazu, in Zeiten einer wahrnehmbaren Polarisierungstendenz in der Gesellschaft stets eine moderierende Diskussionskultur helvetischer Prägung hochhalten können und dass alle konsensorientiert und kompromissbereit bleiben. Es bleibt der Sprechenden heute den Parlamentsmitgliedern und ihrer Fraktion ganz herzlich zu danken für ihre kritische und auch wohlwollende Begleitung über all die Jahre. Stadträtin Manuela Jost wünscht allen von Herzen auf dem beruflichen und privaten Weg alles Gute. Habt Sorge zu Luzern, zu dieser wunderbaren Stadt – und das mit der notwendigen Portion Leidenschaft, Freude und Stolz.

Verabschiedung Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki

Ratspräsident Jules Gut: Martin Merki hat sich fast ein Viertel seines Lebens politisch für die Stadt Luzern engagiert. Anfänglich leitete er die Sozialdirektion. Durch die Auslagerung der städtischen Heime fiel ein wichtiger Teil dieser Direktion weg. So übernahm Stadtrat Martin Merki im Jahr 2018 zusätzlich den Bereich Sicherheit. Seither führt er die Sozial- und Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern mit rund 525 Mitarbeitenden in sieben sehr diversen Dienstabteilungen.

Es ist offensichtlich, dass Stadtrat Martin Merki mit dieser Direktion in seinem Element war. Eine lebensfreudige Stadt, in der sich alle willkommen, frei und sicher fühlen, ist ihm ein Herzensanliegen. Per 1. Januar 2015 wurden die städtischen Heime in die neugegründete Viva Luzern AG überführt. Mit dem Projekt «Alterswohnen integriert», das im Jahr 2019 startete, richtete er die Alterspolitik neu aus, dazu gehört auch sein persönlicher Einsatz für Vicino Luzern, das Projekt für Nachbarschaftshilfe.

In der Sozialpolitik sind zwei Aspekte zu erwähnen: Die konsequente Bildungsorientierung bei der Integration von Sozialhilfe empfangenden Personen in den Arbeitsmarkt und der Einsatz für eine effektivere Dossierführung durch eine angemessene Fallbelastung der einzelnen Mitarbeitenden. Dem Stadtrat Martin Merki ist es ein grosses Anliegen, dass in der Stadt Luzern ein respektvolles Miteinander gelebt wird, gerade auch im öffentlichen Raum. Ein Highlight des Jahres im Bereich Sicherheit war für ihn jeweils die Agathafeier der Feuerwehr Stadt Luzern. Für diesen Anlass liess er sich jedes Jahr einen originellen Auftritt einfallen. Mit einem Augenzwinkern fragt der Sprechende Martin Merki, ob es ihm – Hand aufs Herz – wohl bei der Feuerwehr besser gefallen hat als im Rat?

Stadtrat Martin Merki suchte immer wieder das direkte Gespräch mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern; er ist ein guter Netzwerker und Zuhörer. Als Liberaler konnte er für seine Anliegen im Rat oft eine breite Allianz finden, quer durch alle Parteien.

Insbesondere zu Beginn seiner Ratszeit erhielten Mitglieder des Parlaments ab und zu einen Telefonanruf von Stadtrat Martin Merki. Als bald fand sich der Sprechende in einem Chat, wo man sich gegenseitig mit den Worten vorwarnte: «Achtung, MM ruft wieder an – was soll ich ihm sagen?».

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki recherchierte zu den politischen Themen mit journalistischer Akribie und setzte sich auch theoretisch mit neuen Entwicklungen auseinander. Es erstaunt nicht, dass er Stammkunde in der Zentral- und Hochschulbibliothek ist. Martin Merki verlässt eine Bibliothek nie ohne einen grossen Sack voller Bücher. Ratspräsident Jules Gut dankt Stadtrat Martin Merki herzlich für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft [Herzlicher und langanhaltender Applaus].

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki bemerkt, dass nun auch bei ihm das Abschiedsglöckchen läutet. Vor zwölf Jahren hätte er nie gedacht, dass er sich mit so vielen Themen befassen würde: Frühe

Förderung, frühe Sprachförderung, Betreuungsgutscheine – die Stadt führte in seiner Zeit die schweizweit berühmten Betreuungsgutscheine ein. Zusätzlich wurden Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen im Alter eingeführt, was in anderen Städten als Geheimtipp gehandelt wird. Die Städte Bern und Zürich haben daraufhin etwas Ähnliches aufgebaut. Zukünftig folgen möglicherweise Sprachfördergutscheine. Man sieht, auf die Stadt Luzern wird noch alles Mögliche zukommen. Die Sozialdirektion war damals, vor zwölf Jahren, seine Wunschkategorie. Seiner eigenen Partei gefiel das nicht unbedingt, sie hätte es lieber gesehen, wenn er ein strammer Baudirektor geworden wäre. Aber seine jeweils sehr guten Wahlergebnisse versöhnten die Partei. Stadtrat Martin Merki war auch Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik. Einmal sagte man ihm im Vorstand, er sei der einzige «non-socialiste». Mit dieser Aussage hatte er überhaupt keine Mühe, denn er vertrat immer liberale Anliegen: Schutz von Minderheiten, Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen. Der Schutz von Minderheiten ist ein urliberales Anliegen. Soziale- und berufliche Integration bedeutet mehr Freiheit für den Einzelnen, was auch ein liberales Anliegen ist. Wenn der Sprechende heute vonseiten SP-Fraktion ein paar Mal hörte, dass sie mehr Autonomie fordert, denkt er, dass die Frage nach der Zukunft der Freiheit immer auch die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft ist. Auch das sind liberale Fragen. All die Entwicklungen waren nur möglich, weil die Unterstützung im Rat gegeben war. Der Rat veränderte sich im Laufe der Zeit, in seinen Augen ist er jünger geworden, er älter. Stadtrat Martin Merki lernte von anderen Meinungen und Ansichten. Lernt man auch im Alter noch, sagt man dem in der Pädagogik «retroaktive Sozialisation». Das hat der Sprechende noch ein Stück weit erlebt und das ist toll. Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für den kollegialen Austausch und auch für das Ringen um gute Lösungen, gemeinsam zugunsten der Stadt Luzern.

Verabschiedung Martin Abele

Ratspräsident Jules Gut: Martin Abeles Vereidigung fand am 5. September 2019 statt. Ein Jahr später wurde er in die Baukommission gewählt, welcher er bis heute angehört. Vor seiner politischen Tätigkeit in Luzern war Martin Abele als politischer Nomade schon jahrelang im Stadtparlament Zürich aktiv und auch dessen Präsident. Es scheint, dass seine lange politische Karriere nun doch langsam dem Ende entgegengeht. Aber es soll ja noch andere Gemeinden im Kanton geben, die händelnd Gemeinderäte suchen. Wie heisst das Sprichwort? «Sag niemals nie».

Im Rat war Martin Abele vor allem mit Vorstössen zu verkehrspolitischen Themen aufgefallen – zumal er auch bei Fussverkehr Schweiz, Region Luzern, aktiv ist. Ratspräsident Jules Gut wünscht ihm weiterhin viel Lebensfreude, auch ohne Politik, und dankt Martin Abele herzlich für seinen Einsatz für die Stadt Luzern [Martin Abele verzichtet auf ein Abschiedsgeschenk und spendet stattdessen einen Betrag an die Stiftung die Rodtegg sowie an die GasseChuchi des Vereins Kirchliche Gassenarbeit; Herzlicher Applaus].

Martin Abele ist viel gefragt worden, was der Unterschied zwischen dem Gemeinderat Zürich und dem Grossstadtrat Luzern sei. Ihm sind zwei Sachen aufgefallen: Zum einen, wie diszipliniert und aufmerksam der Grosse Stadtrat von Luzern ist. Es sind immer alle anwesend und sie hören aufmerksam zu. Der Ratspräsident muss praktisch nie ermahnen, man solle doch bitte still sein oder sonst den Saal verlassen. Es kommt auch niemandem in den Sinn, eine von langer Hand geplante WC-Pause einzulegen, wenn man nicht mit der Fraktion stimmen will, weil man anderer Meinung ist. Das zweite, was ihm aufgefallen ist, ist die enorme Dankbarkeit, die immer wieder zum Ausdruck gebracht wird. Sei es in der Kommission oder auch hier im Rat, es wird dem Stadtrat, der Verwaltung gedankt für den Bericht und Antrag, es wird den Kolleginnen und Kollegen gedankt für Postulate und Motionen, die sie eingereicht haben. Der Sprechende hat während der heutigen Sitzung Striche gemacht. Bevor man mit den Verdankungen begonnen hat, wurde bereits über fünfzig Mal gedankt. Martin Abele meint, dass er das vielleicht während seiner Zeit als Grossstadtrat nicht so gehandhabt hat – er kam ja von Zürich und war es nicht so gewohnt –, weshalb er jetzt dem Stadtrat und der Verwaltung ganz herzlich für die tolle Arbeit danken will und den Mitgliedern des Grossen Stadtrates ganz herzlich für ihren Einsatz für die Stadt Luzern.

Verabschiedung Marco Baumann

Ratspräsident Jules Gut: Marco Baumann hat seine Karriere bei der Guugenmusig Gögguschränzer in Littau gestartet. Im Parlament ist er seit Januar 2019 aktiv. Er war Mitglied der Bildungskommission und anschliessend Mitglied sowie Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission. Als Fraktionschef war er seit 2020 auch Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates. Marco Baumann kämpfte heldenhaft für jeden Parkplatz und mehr Mobilität in der Stadt und weibelte für tiefere Steuern. So handelten auch die meisten seiner 28 Vorstösse von Parkplätzen, Strassen – und den Finanzen.

Im entscheidenden Moment verlegte er seinen Wohnsitz rechtzeitig in die Stadt Luzern, trat dem Quartierverein Hirschmatt-Neustadt bei – und siehe da: Er wurde von der Bevölkerung souverän zum Stadtrat gewählt. Marco Baumann wird den Grossen Stadtrat verlassen, die Seite wechseln, und ab September als Umwelt- und Mobilitätsdirektor amten. Ratspräsident Jules Gut wünscht Marco Baumann alles Gute und beendet die Verabschiedung mit der Bitte: «Heb Sorg zo üsere rüüdig verreckte Stadt Lozärn!» [Marco Baumann wird als Geschenk ein City-Gutschein von Ratsweibelin Sira Steiner überreicht; Herzlicher Applaus].

Marco Baumann kann sich, noch in der Rolle als Fraktionschef und Grossstadtrat, kurz halten; er bleibt dem Rat ja erhalten wie auch der Rat ihm erhalten bleibt. Marco Baumann freut sich auf den Rollenwechsel und die kommende Zusammenarbeit, dankt herzlich und wünscht allen einen schönen Abend.

Verabschiedung Lukas Bäurle

Ratspräsident Jules Gut: Lukas Bäurle ist seit September 2020 und bis heute Mitglied des Grossen Stadtrates und der Baukommission. Er war, wie er dem Sprechenden einmal an einem Apéro sagte, selbst etwas überrascht über seine Wahl vor vier Jahren ins Stadtparlament. Als Ingenieur ETH ist das Bauen und die Technik seine grosse Passion. Beruflich baut er Solaranlagen im Akkord – politisch war er unter anderem bei der «Schattenbauordnung» ein kritischer Geist in der Baukommission. Der Sprechende ist sich augenzwinkernd sicher, dass dank Lukas Bäurle im Stadthaus bis auf Weiteres jede Excel-Tabelle vor der Publikation mindestens zweimal kontrolliert wird. Und wer weiss, vielleicht schafft sich Lukas Bäurle jetzt, wo er viel mehr Zeit hat, die eine oder andere Hauskatze an – man lässt sich gerne überraschen. Ratspräsident Jules Gut dankt Lukas Bäurle für seinen Einsatz für die Stadt Luzern [Lukas Bäurle erhält als Abschiedsgeschenk einen City-Gutschein; Herzlicher Applaus].

Lukas Bäurle dankt für das Wortspiel mit Sonne und Schatten; das kann er noch aufnehmen. Eigentlich hat er nicht viel zu sagen, aber das Risiko, dass er der Einzige wäre, der nichts sagt, möchte er nicht eingehen. Es war ihm eine grosse Ehre, Mitglied des Grossen Stadtrates zu sein. Er erhielt spannende Einblicke und gewann in diesen vier Jahren grossen Respekt vor dieser Aufgabe und dem grossen Engagement, das es braucht und das hier alle im Saal leisten. Er wird alle vermissen. Lukas Bäurle wünscht allen, insbesondere auch den neuen Parlamentsmitgliedern, viel Sonnenschein – und natürlich die Energiewende –, aber auch den einen oder anderen Regentag. Diesen braucht es, um sich zuhause in Ruhe in die Materie einzulesen und um sich die notwendige Zeit für eine gründliche und spannende Auseinandersetzung mit den Themen nehmen zu können. Er wird sich die Zeit weiterhin nehmen, einfach wieder etwas mehr in der Praxis, für die Energiewende – es gibt immer noch sehr viel zu tun.

Verabschiedung Silvio Bonzanigo

Ratspräsident Jules Gut: Silvio Bonzanigo geht nach vier Jahren als unabhängiger Freigeist – wie man heute in der Zeitung lesen konnte – Ende Legislatur in die verdiente politische Rente. Es fällt auf, dass von seinen 16 Vorstössen sage und schreibe sieben Vorstösse als dringlich eingereicht worden sind. Ob die Dringlichkeit auf sein vorgerücktes Alter zurückzuführen ist oder ob er ganz einfach keine Geduld mehr mit dem Stadtrat hatte?

Der Sprechende ist sich sicher, dass Silvio Bonzanigo als animal politique auch in der kommenden Legislatur die Politik der Stadt Luzern weiterverfolgen wird und dem Parlament vielleicht in einen oder anderen Leserbrief mitteilt, wie zufrieden er mit der neuen Direktionsvorsteherin ist. Eines ist dem Sprechenden hier im Rat klar geworden: Wäre Silvio Bonzanigo am 9. Juni 2024 in den Stadtrat gewählt worden – wäre sicher er neuer Baudirektor geworden.

Seine grossen Anliegen waren der Fussverkehr, die Mäas, die Villa Musegg, das Bocciodromo, die BZO – all das, was die Baudirektion im Allgemeinen ausmacht. Ratspräsident Jules Gut dankt Silvio Bonzanigo herzlich für sein Engagement [Herzlicher Applaus].

Silvio Bonzanigo: Eine Antwort muss er doch noch geben: Dringlich konnte er seine Vorstösse deshalb einreichen, weil er als Einzelner agil war. Wäre er in einer Fraktion gewesen, hätte es zwei Fraktionssitzungen länger gedauert, bis der Vorstoss eingereicht worden wäre. Das ist das eine. Das andere ist, natürlich hätte er gerne weitergemacht. Aber als Fraktionsloser hätte er gewissermassen eine Wildcard gebraucht wie im Tennis. Eine solche kann man nicht vergeben, das ist politisch unstatthaft. Also tritt der Sprechende in dem Sinne gerne zurück, als Rückblick auf die vier Jahre. Er durfte als Parteiloser gute Beziehungen haben in alle Fraktionen hinein und hofft, dass einzelne Bekanntschaften diesen Abschied überleben werden. Es gibt in jedem Parlament Falken und Tauben. Mit der Zeit merkte man schon, wohin der Sprechende politisch gehörte, vor allem darum, weil man die Tauben nicht füttern darf; er lässt sich gerne als Falke füttern. Das ist der Unterschied. Eines möchte er hier gerne noch anbringen: Man hat sich heute gegenseitig für die Empathie gelobt. Er möchte insbesondere Michèle Bucher und die Stadtkanzlei ausdrücklich für ihre Leistung erwähnen. Wirklich nahtlos, Sitzung pro Sitzung, ohne irgendeinen Fauxpas, oder wenn es mal einen ganz kleinen gab, erhielt man zwei Stunden später eine Korrektur zugestellt. Ohne das ginge der Stadtrat nicht und ohne das ginge das Parlament nicht. Diesen Dank möchte Silvio Bonzanigo ausdrücklich aussprechen [Applaus].

Mutmasslich wird der Sprechende auch ein Geschenk erhalten, aber er möchte dem Ratspräsidenten vorher noch etwas übergeben. Er schrammte einmal knapp an einer Abmahnung wegen parlamentarischem Anstand vorbei. Auf das hin holte sich Silvio Bonzanigo Medizin, einen Knigge. Diesen braucht er jetzt nicht mehr. Deshalb überreicht er ihn dem Ratspräsidenten zuhanden der zukünftigen Ratspräsidien, damit sie von Zeit zu Zeit auf die wertvolle Schrift verweisen können.

Sira Steiner übergibt Silvio Bonzanigo als Abschiedsgeschenk einen City-Gutschein.

Ratspräsident Jules Gut wird das Buch mit dem klingenden Namen: Adolph Freiherr von Knigge «Über den Umgang mit Menschen» gerne direkt seinem Nachfolger Simon Roth übergeben. Als Idee für ein weiteres Geschenk weist der Sprechende auf die Uhr hin, die auf seinem Pult steht. Sie hat vier Zifferblätter in jede Richtung. Drei Seiten zeigen die Uhrzeit richtig an, eine falsch. Hier wäre wohl ein Uhrmacher gefragt.

Verabschiedung Marija Bucher-Djordjevic

Ratspräsident Jules Gut: Marija Bucher ist seit September 2023 im Rat und Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Es war für sie eine kurze, aber sehr intensive Zeit im Rat. Ihr war es immer ein grosses Anliegen in der Kommission, die Geschäfte gewissenhaft zu vertreten und ihre liberalen Überzeugungen an den Mann und die Frau zu bringen. Ratspräsident Jules Gut wünscht Marija Bucher für die private und berufliche Zukunft alles Gute und dankt für ihren Einsatz für die Stadt Luzern [Marija Bucher wird von Sira Steiner als Abschiedsgeschenk einen Glasteller erhalten; herzlicher Applaus].

Marija Bucher-Djordjevic möchte sich kurz halten, ähnlich wie ihre Amtszeit. Es war schön, es machte Spass, es war spannend, manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger. Alles in allem bedankt sie sich für den respektvollen Umgang, auch für den Respekt für andere Meinungen. Marija Bucher wünscht allen, insbesondere auch ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Geschäftsprüfungskommission und natürlich auch ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion, weiterhin viel Erfolg. Marija Bucher-Djordjevic schliesst mit den Worten: «Mached's guet» und wünscht allen einen schönen Abend.

Verabschiedung Denise Feer

Ratspräsident Jules Gut: Es gibt manchmal Mitglieder im Grossen Stadtrat, von denen man das Gefühl hat, sie seien schon jahrelang dabei. Beim Vorbereiten der Abschiedsrede merkte er, dass Denise Feer erst seit September 2022 im Rat ist und seit Februar 2023 auch Mitglied der Baukommission. Es ist also ein eher kurzes Gastspiel im Rat, aber ein sehr intensives, bei dem sie sich unter anderem mit der Umsetzung der Airbnb-Initiative und der BZO-Revision auseinandergesetzt hat, um zwei Beispiele zu nennen.

Ihre ruhige, aber auch immer sehr lösungsorientierte Arbeitsweise wurde weit über ihre eigene Partei hinaus sehr geschätzt. Die neu zusammengesetzte Baukommission – und auch der Rat – werden sie sicher schmerzlich vermissen. Ratspräsident Jules Gut wünscht Denise Feer für ihre Zukunft alles Gute [Denise Feer wird von Sira Steiner zu einem späteren Zeitpunkt einen Glasteller als Abschiedsgeschenk erhalten; Herzlicher Applaus].

Denise Feer wollte eigentlich nichts sagen, ist jetzt aber doch ziemlich gerührt. Es reut sie etwas. Nicht, dass sie ihren Entscheid bereut, aber sie wird ihre Ratskolleginnen und -kollegen sicher auch ein Stück weit vermissen. Sie ist aber auch überzeugt, dass sich die Wege wieder kreuzen werden und dankt vielmals.

Verabschiedung Thomas Gfeller

Ratspräsident Jules Gut: Thomas Gfeller ist seit Februar 2018 Mitglied des Grossen Stadtrates; seit April 2018 bis heute auch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Zudem war er als Fraktionschef für drei Jahre auch Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates.

Als Vollblut-Unternehmer und waschechter KMU-ler sind die Finanzen für ihn das grosse politische Thema. Seien es seine jährliche Forderung nach einer Steuersenkung oder die Bekämpfung neuer Stellen in der Stadtverwaltung – für ihn immer ein Grund für ein fulminantes Votum für einen schlanken und effizienten Staat. Auch wenn der Sprechende bei den grossen Themen politisch oft anderer Meinung ist – die persönliche Begegnung mit ihm ist immer sehr wertschätzend und für ihn bereichernd. Die Debattierfreude von Thomas Gfeller ist sehr ansteckend und man wird sie vermissen!

Unternehmer, Grossstadtrat, Geschäftsprüfungskommission, Fraktionschef, Kantonsrat (und fast Parteipräsident). Der Sprechende ist gespannt, wohin die politische Karriere von Thomas Gfeller noch hinführen wird: Wir bleiben dran!

Ratspräsident Jules Gut wünscht ihm weiterhin viel Spass auf seinen kleinen Ausfahrten mit seinem Lastenvelo, auf den Spaziergängen mit seinem Hund rund um das Revier – und alles Gute auf seiner grossen Fahrt mit dem Wohnmobil gen Osten, der Sonne entgegen – man sieht sich an der nordkoreanischen Grenze wieder! [Thomas Gfeller wird ein City-Gutschein überreicht; Herzlicher Applaus].

Thomas Gfeller: Die Worte von Jules Gut berühren ihn sehr. Dass man ihn in diesem Licht sieht, ehrt ihn sehr. Er möchte sich bei allen bedanken, im Rat herrschte eine offene Diskussionskultur. Als SVP-Politiker wird man immer etwas in eine Schublade gedrängt, man sei einer mit den Gummistiefeln und haue mit der Axt rein. Ihm war es wichtig, dieses Bild zu korrigieren und zu zeigen, dass die SVP-Fraktion eine gewisse Diskussionskultur pflegt und sich auch einigermassen gesittet ausdrücken kann. Der Sprechende hat sehr viel gelernt, er nimmt sehr viel mit und verlässt den Rat mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Er möchte es nicht unterlassen, auch seiner Partei bzw. seinen Fraktionskollegen zu danken. Es sind vier Leute in dieser Fraktion, alle, die eine kleine Fraktion haben, wissen, was es zu tun gibt. Er hat sich permanent auf sie verlassen können und dankt dafür herzlich. Patrick Zibung, dem neuen Fraktionspräsidenten, wünscht der Sprechende alles Gute und er hofft, dass es in dem Sinne weitergeführt werden kann. Thomas Gfeller freut sich auf den Anlass heute Abend und dankt nochmals allen. Seine Reise, wie Ratspräsident Jules Gut vorher gesagt hat, geht Richtung Osten. Zuerst Richtung Nordkap, dann im Herbst/Anfang nächstes Jahr geht es weiter.

Verabschiedung Barbara Irniger

Ratspräsident Jules Gut: Barbara Irniger ist seit dem 26. November 2020 im Grossen Stadtrat und seit September 2021 Mitglied der Bildungskommission. Als Fraktionschefin der G/JG-Fraktion war sie auch Mitglied der Geschäftsleitung.

Nach fast vier Jahren im Grossen Stadtrat ist es ihr nun zu langweilig geworden und sie wechselt auf die andere Reussseite. Der Sprechende wünscht ihr viel Erfolg bei der grossen, kantonalen Politik – man wird sehen, ob es ihr nach vier Jahren wieder langweilig wird und sie vielleicht direkt ins Bundeshaus wechseln wird.

Bei ihren Vorstössen ging es um Velosäcke, um Fussgängerfreundlichkeit, um das Schulschwimmen, den Modalsplit und sehr oft einfach um Menschen. Ratspräsident Jules Gut wünscht Barbara Irniger alles Gute für ihre weitere politische Karriere beim Kanton und dankt herzlich für ihren Einsatz für die Stadt Luzern [Barbara Irniger verzichtet auf ein Abschiedsgeschenk und spendet stattdessen einen Betrag an Pro Velo Luzern; Herzlicher Applaus].

Barbara Irniger ist es definitiv nicht langweilig geworden hier im Rat; sie hat sich den Wechsel auch recht lange überlegt. Nun freut sie sich aber sehr auf die neue Aufgabe. Sie verlässt den Rat mit einem etwas weinenden Auge, wie man so schön sagt, denn sie wäre auch gerne in diesem Rat geblieben. Als sie dem Rat beigetreten war, war vieles für sie Neuland. Rückblickend hatte sie viel Spass, immer wieder auch mal Stress und sie hat in dieser Zeit viel gelernt. Sehr wertvoll war für sie die Erfahrung, und das hat sie extrem geschätzt, dass Sympathien nicht auf eine Parteigrenze beschränkt waren. Im Rat gibt es sehr viele Gespräche darüber hinaus, man kann sich austauschen und sich vielleicht so auch näherkommen. Das hat sie sehr geschätzt. Barbara Irniger wünscht den Mitgliedern des Rats weiterhin eine gute Arbeit und alles Gute.

Verabschiedung Stefan Sägesser

Ratspräsident Jules Gut hat dank Stefan Sägesser viel über die lokale Politik gelernt. Bis heute staunt er täglich über das unglaublich grosse Netzwerk von Stefan Sägesser. Ein Hallo hier, ein Küsschen dort. Poppt irgendein Name auf, weiss er garantiert wer, was, wie, wann, wo.

Seit dem 4. September 2014 ist er Mitglied des Grossen Stadtrates, war in dieser Zeit Mitglied in verschiedenen Kommissionen und insbesondere Mitglied und Vizepräsident der Baukommission ab September 2020. Zudem war er Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates und Mitglied der Spezialkommission «Neues Luzerner Theater».

Auch wenn er jetzt nicht Stadtrat wird, ist der Sprechende felsenfest überzeugt, dass Stefan Sägesser bereits zahlreiche weitere Pläne hat, die zur Umsetzung bereitliegen. Er hat immer einen Plan B in der Hinterhand. Wäre er 20 Jahre jünger – so sagt der Sprechende überzeugt, hätte sich Roger Federer warm anziehen müssen. Ratspräsident Jules Gut dankt Stefan Sägesser herzlich für seinen Einsatz für eine lebenswerte, liberale Stadt Luzern [Ratsweibelin Sira Steiner wird Stefan Sägesser als Abschiedsgeschenk eine Wappenscheibe überreichen; Herzlicher Applaus].

Stefan Sägesser schaut auf 60 Jahre Leben zurück. So wundert es nicht, dass, auch wenn er seine Rede kurz macht, sie doch mehr als zwei Minuten dauern wird. Ein Punkt: Stadtrat Martin Merki sagte, er sei ein Liberaler. Der Sprechende ist als Liberaler auf die Welt gekommen, als Minderheit, und er war in seiner Jugend radikal wie «les radicaux». «Les radicaux» und die Liberalen, so Stefan Sägesser, waren die Gleichen, einfach in verschiedenen Sprachgebieten. Er ist so geprägt, dass Eigenverantwortung das höchste Gut ist und dass wenn man etwas macht, man dazu stehen muss. Diese Prägung hat ihn durch sein ganzes Leben begleitet und führte ihn relativ früh zur Politik. Die erste Version davon war Club of Rome 1976: Sein Vater baute noch am KKW Gösgen mit, er demonstrierte dagegen. Das stellte die Familie auf eine kleine Zerreissprobe, man fand sich aber nach stundenlangen Diskussionen wieder. Mit ein

Grund, warum er politisiert wurde, war ganz sicher der Haushalt der Eltern und ihr Umfeld und sein eigenes Umfeld an der Kantonsschule. Alt-Nationalrat Walter Müller war sein Geschichtslehrer, ein grossartiger Mann aus dem Kanton Aargau. Es gab andere Persönlichkeiten in der Stadt Luzern, die für ihn prägend waren, aber auch die Stadt Zürich, wo er zuerst aktiv war. Stefan Sägesser hört nun nach 15 Jahren GLP-Spitzenpolitik, wie er es nennt, auf. Heute geben aus seiner noch jungen Partei drei Urgesteine aus der ersten Generation der GLP, Manuela Jost, Jules Gut und er, das Heft weiter an eine jüngere Generation. Da gehen nun 38 Jahre Parlamentserfahrung Flöte und rund 44 Jahre Einsatz für die Partei. Das ist ein Meilenstein. Es wurde viel diskutiert, wie das Wissen, die Erfahrung weitergegeben werden kann. Doch vielleicht ist es besser, nicht zu viel weiterzugeben, denn die eigenen Kinder müssen selber laufen lernen, so hätte er es zumindest gerne für sich gehabt. Stefan Sägesser verlässt den Rat mit einem guten Gefühl, es geht ihm gut. Er wird weiterhin politisch aktiv sein, nicht mehr in einem Rat, aber überall dort, wo es ihn interessiert, verspricht er, sich einzusetzen. Die durchschnittliche Lebenserwartung seiner Familie liegt bei über 90 Jahren, also liegen 30 Jahre vor ihm, in denen er Leserbriefe schreiben oder Sonstiges machen kann. Der Sprechende bedankt sich bei allen für die sehr engagierten Voten und möchte namentlich Jona Studhalter erwähnen, der einmal im Rat weinen musste. Das hat ihn sehr beeindruckt, weil er findet, dass wenn man sich einsetzt, ein gewisser Teil Emotion und Verstand dazugehört. Der Sprechende traut sich übrigens beides zu, aber bei Jona Studhalter spürt er, dass er das Feuer hat. In dem Sinn tut es ihm leid, dass er zu Beginn der kommenden Legislatur nicht dabei ist, aber Jona Studhalter wird bestimmt zurückkommen – er wird der Politik nicht verloren sein. Dem Sprechenden hat es immer gefallen, wenn man auch aus der Emotion heraus sachlich argumentieren konnte. Das ist ihm nicht immer gelungen, was er hier ehrlicherweise zugibt. Für die Mitglieder des Grossen Stadtrates, für die die Reise im Parlament weitergeht und auch für die neuen Mitglieder im Stadtrat wie im Grossen Stadtrat, wünscht er, dass beide Räte in den nächsten vier Jahren zusammenarbeiten und gemeinsame Lösungen suchen, und dass Kompromisse nicht zwischen links-grün gemacht werden müssen, sondern durch das ganze Parteienspektrum hindurch. Das ist ihm sehr wichtig. Er drückt allen die Daumen und wünscht viel Spass, Engagement und viel Erfolg dank einem Miteinander des Stadtrates und des Grossen Stadtrates. Stefan Sägesser freut sich, in der neuen Legislatur von seinen ehemaligen Ratskolleginnen und -kollegen lesen und hören zu können.

Verabschiedung Alexander Stadelmann

Ratspräsident Jules Gut: Alexander Stadelmann wurde am 22. Dezember 2022 vereidigt und war – als verlängerter Arm des Touring Club Schweiz, Sektion Waldstätte – von Beginn weg selbstverständlich Mitglied der Baukommission. Ratspräsident Jules Gut dankt ihm für sein grosses Engagement für die Stadt Luzern [Alexander Stadelmann wird als Abschiedsgeschenk ein Glasteller erhalten; Herzlicher Applaus].

Alexander Stadelmann durfte heute während der Ratssitzung schon viel sagen, deshalb macht er es kurz, auch wenn seine Vorredner etwas länger geworden sind. Er dankt vielmals und wünscht bei den Entscheiden in der neuen Legislatur eine glückliche Hand.

Verabschiedung Mario Stübi

Ratspräsident Jules Gut: Seit September 2014 ist Mario Stübi Mitglied des Grossen Stadtrates. Von Beginn weg war er Mitglied der Baukommission, ab Juni 2023 auch Mitglied der Spezialkommission «Neues Luzerner Theater» – und immer auch nebenamtlich erfolgreich als DJ unterwegs, als Ausgleich zu seinem Fulltime-Job «Politik».

Bei vielen seiner sehr zahlreichen Vorstösse ging es – wenn wundert es – um die Themen Verkehr, Wohnraum – und ganz allgemein ums Bauen. Ratspräsident Jules Gut dankt Mario Stübi für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute [Als Abschiedsgeschenk hat sich Mario Stübi eine der letzten Wappenscheiben gesichert; Herzlicher Applaus].

Mario Stübi dankt für die tolle Zeit, heute gibt er da sein grösstes Hobby auf. Er möchte sich bei den Anwesenden in diesem Raum bedanken, aber auch bei ein paar Leuten, die nicht in diesem Raum sind, sondern auf der anderen Seite der Reuss, im Stadthaus, namentlich in der Verwaltung. Die SP-Fraktion war mitunter wegen ihm eine sehr produktive Fraktion in Sachen Vorstösse. Das ist das Instrument, das er und die Fraktion sehr gerne nutzten. Er möchte sich explizit bei der Verwaltung bedanken, weil sie recht viele Vorstösse zu beantworten hatte. Die bürgerliche Ratsseite kann er beruhigen: All die Stellen, die in der Stadt Luzern in den letzten Jahren bewilligt worden sind, kann man wieder abschaffen, er ist ja jetzt weg. Bei dieser Gelegenheit möchte er zwei Sachen erwähnen. Das erste ist, was die Arbeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier betrifft. Das Parlament hat die Aufsicht über die Exekutive, für das sind die Mitglieder des Rats gewählt worden. Das kann man nicht lernen, das kann man nur erfahren. Erfahrungen macht man mit der Zeit. In den letzten Jahren war zu beobachten, dass die Zeit der einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier immer kürzer wird. Es gibt immer kürzere Amtsperioden, was vielleicht der Attraktivität dieses Amtes geschuldet ist – er weiss es nicht. Es gibt Ortswechsel, Jobwechsel, Lebenssituationen, die ändern. Ein Parlamentsmandat hat nicht mehr dasselbe Pathos wie früher, was auch in Ordnung ist. Aber er findet, dass für die Neugewählten, die im September in den Rat kommen, eine Legislatur schon drinliegen müsste, sonst müsste man nicht kandidieren. Denn nur durch die Erfahrung kann das Parlament die Exekutive kontrollieren. Man muss etwas in die Materie hineinwachsen, um die Arbeit gut machen zu können. Niemand will eine Exekutive, die macht, was sie will; sonst bräuchte es den Grossen Stadtrat gar nicht. Wer hat die Aufsicht über den Grossen Stadtrat inne? Das ist mitunter das Stimmvolk. Dieses kann einzelne Mitglieder des Parlaments nicht wiederwählen, wenn es findet, dass sie ihre Arbeit nicht richtig machen. Es sind mitunter aber auch die Leute, die hier im Saal auf der Seite Platz genommen haben, die Journalistinnen und Journalisten, die Medien. Die sogenannte vierte Gewalt kontrolliert alle hier im Saal Anwesenden. Der Sprechende beobachtete in den letzten paar Jahren, dass diese Kontrolle aber abgenommen hat. Als er sich zu Beginn seiner Zeit für die Debatte im Rat vorbereitet hatte, schaute er, dass seine Voten stimmten. Er hinterfragte sich, ob er wohl korrekt zitiert habe und ob er mit einer Aussage nicht zu weit ging, aus Angst, dass die Medien ihm übers Maul fahren und sagen würden, es stimme nicht, was er sagt. Heute hingegen kann er einfach mal eine Behauptung «raushauen» und sagen, das sei so. Wenn eine Korrektur kommt, kommt sie postwendend von der anderen Ratshälfte, aber eigentlich müssten die Medien sagen, wenn eine Aussage falsch ist. Das ist nicht ein Problem schlecht arbeitender Journalistinnen und Journalisten, sondern das ist ein Problem des Systems. Die Medien sind dem Niedergang verschrieben – er formuliert es extra etwas krass. Stellenabbau, Medien, die eingestellt werden, die SRG, die zusammengespart wird – und das mit dem Segen des Bundesrates. Es steht nicht gut um die Medien. Aber Medien sind ein klarer Bestandteil der Demokratie. Es gibt keine Demokratie, so wie wir sie kennen, ohne die Medien, vor allem, wenn es viele Abstimmungen gibt, über die die Stimmbevölkerung informiert werden muss. Wie soll man denn abstimmen, wo informiert man sich? Das Abstimmungsbüchlein, welches vom Amt im Couvert mitgeliefert wird, lesen in seinen Augen die wenigsten. Es ist eine gute Push-Benachrichtigung, mit der gleich klarwerden soll, was lokalpolitisch läuft. Das ist recht dem Niedergang verschrieben. Der Sprechende wünscht sich vom neuen Parlament, vom neuen Stadtrat, hierzu irgendetwas zu unternehmen. Es muss etwas geschehen, damit die Bürgerinnen und Bürger informiert sind, was passiert, damit sie politisch teilnehmen können, auch wenn sie nicht Mitglied dieses Rates sind.

Verabschiedung Jona Studhalter

Ratspräsident Jules Gut: Jona Studhalter ist als junger Grüner im Jahr 2019 – just vor vier Jahren – hier im Rat gestartet. Der Rat lernte ihn als sehr engagierten, jungen Politiker kennen; er ist ein Vollblutpolitiker, gibt immer Vollgas, seine Positionen sind direkt und klar, so wie heute Morgen bei der Deutung von B+A als «begrünt und autobefreit».

Jona Studhalter war während eines Jahres Mitglied der Bildungskommission und in den letzten drei Jahren engagiertes Mitglied der Baukommission. Aus Überzeugung ist er bei den Wahlen nochmals auf der Liste der Jungen Grünen angetreten. Leider hat es dieses Mal nicht für einen zweiten Sitz gereicht. Auch wenn ihn wohl der eine oder andere hier im Rat nicht immer verstand oder seine Radikalität nicht nach-

vollziehen konnte, ist sein grenzenloses Engagement in der Sache sehr bewundernswert. Der Sprechende ist sehr gespannt, wohin es ihn und seine Politik ziehen wird. Er ist überzeugt, dass Jona Studhalter so ganz ohne Politik nicht sein kann. Ratspräsident Jules Gut dankt ihm für sein grosses Engagement [Jona Studhalter verzichtet auf ein Abschiedsgeschenk und spendet stattdessen einen Betrag an die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg; Herzlicher Applaus].

Jona Studhalter dankt Ratspräsident Jules Gut für seine Worte. Leider kommt er mit seinem Anliegen für eine neue Uhr etwas spät. Wie man weiss, ist er eigentlich der zuständige Parlamentarier, wenn es um kaputte Uhren geht. Er hat heute als Abschiedsgeschenk von seiner Fraktion eine Bahnhofsuhr erhalten. Darauf kann er jetzt nachschauen, wie viel mehr Zeit er künftig für seine Weiterbildung in Psychotherapie und wie viel mehr Freizeit er hat, was ihn sehr freut. Der Sprechende dankt für die Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an die Fraktion, an beide Kommissionen, an den Stadtrat und den Rat. Beim täglichen Überqueren des Bahnhofplatzes kann er schauen, wann es für ihn wieder Zeit für etwas Neues ist.

Verabschiedung Lisa Zanolla

Ratspräsident Jules Gut: Lisa Zanolla und er haben fast gleichzeitig mit der Lokalpolitik hier im Rat begonnen. Schnell realisierte der Sprechende aber, was der Unterschied zwischen der GLP- und der SVP-Fraktion ist. Während er über Jahre unter ferner liefen mitschwamm, machte Lisa Zanolla beeindruckend schnell Karriere: Zuerst als Präsidentin der Bildungskommission und dann im 2020/2021 als Ratspräsidentin. Leider machte ihr Corona einen Strich durch die Rechnung. Aber zumindest er denkt noch heute jedes Mal, wenn er durch die Baselstrasse fährt, an die Nicht-Feier im Crazy Cactus. Er würde das sehr gerne einmal nachholen, denn er ist sich sicher, dass es ein ganz tolles Fest geworden wäre.

Lisa Zanolla war seit Juni 2023 Mitglied der Spezialkommission «Neues Luzerner Theater». Aktuell ist sie sehr engagiert im Kantonsrat und setzt sich mitunter von dort für die Anliegen der Stadt Luzern ein. Ratspräsident Jules Gut dankt ihr herzlich für ihr grosses Engagement für die Stadt Luzern, für ihre Herzlichkeit und die zahlreichen Chips in den vergangenen Jahren für eine Freifahrt auf einer Zanolla-Bahn! [Ratsweibelin Sira Studer übergibt Lisa Zanolla als Abschiedsgeschenk einen City-Gutschein; Herzlicher Applaus].

Auch **Lisa Zanolla** möchte danken. Es war ihr eine Ehre, Teil des Rates zu sein. Sie hat gelernt, und das möchte sie mitnehmen, dass Politik nicht nur Politik ist, auch nicht Mathematik, sondern viel mehr. Zu Beginn ihrer Zeit im Rat war sie noch sehr blauäugig, in dem Sinn, dass sie dachte, einmal im Rat könne sie Sachen bewegen und machen. Dass es dazu extrem aufwendig ist und es jeweils Mehrheiten braucht, lernte sie dann. Sie machte viele Bekanntschaften, aus denen auch Freundschaften entstanden sind, es war ein Miteinander und wirklich immer schön. Lisa Zanolla verlässt den Grossen Stadtrat ungern, aber es ist Zeit für sie. Bevor sie abtritt, ist es ihr ein Anliegen, Simon Roth zu erwähnen. Ihre erste Begegnung fand schon vor der gemeinsamen Ratszeit statt, in der Einbürgerungskommission, und zwar mit einem kleinen Knatsch. Simon Roth wird in der neuen Legislatur Ratspräsident sein. Sie wünscht ihm dazu alles Gute, viel Erfolg und dass er «sein» Jahr geniessen kann.

Verabschiedung Ratspräsident Jules Gut

Simon Roth: 13 Jahre lang war Jules Gut Mitglied dieses Parlaments. Dabei erlebte er vermutlich so ziemlich alles, was es in diesem Parlament zu erleben gibt.

Er war Mitglied in sämtlichen ständigen Kommissionen. Er erlebte praktisch alle erdenklich möglichen Mehrheitsverhältnisse. Er war Fraktionschef der GLP. Er sass hier im Parlament, als erstmals eine GLP-Stadträtin vereidigt wurde.

Jules Gut reichte über 100 Vorstösse zu ganz unterschiedlichen Themen ein. Mit seinem ersten Vorstoss forderte er eine Verkehrsberuhigung in seiner unmittelbaren Nachbarschaft; bei seinem letzten Vorstoss

ging es ihm um die Zukunft des Flugfeldes in Beromünster. Man sieht, so eine Zeit im Rat kann auch Grenzen verschieben.

Jetzt hat Jules Gut ein Jahr lang äusserst umsichtig und souverän das Parlament geleitet. Das zeigte sich gerade auch heute, als das Parlament zeitweise etwas übermütig und gegen das Ende hin von der Hitze völlig erledigt war. Trotzdem leitete er immer souverän, sicher und auch zügig durch die Traktandenliste. Sein grosses Engagement in diesem Parlament ist so schon eindrücklich genug. Es ist aber noch eindrücklicher und verdient besonderen Respekt, dass er das als Mitglied der kleinsten Fraktion geleistet hat. Das bedeutet immer, dass die Arbeit auf viel weniger Schultern verteilt werden kann und viel mehr auf den einzelnen Personen lastet.

Genug von der städtischen Politik hat Jules Gut offensichtlich noch nicht: Vor Kurzem trat er seine neue Arbeitsstelle bei der Stadt Luzern an, in einem Bereich, der auch in diesem Parlament immer mal wieder Thema ist. Jetzt wird er das Parlament aus einer neuen Perspektive kennenlernen. Der Sprechende hofft, dass Jules Gut sich dann vor dem Livestream einer Ratssitzung nicht grün und blau über das, was die ehemaligen und neuen Ratskolleginnen und -kollegen sagen, ärgern muss.

Aus seiner Ratstätigkeit im Allgemeinen und seinem Ratspräsidium im Speziellen bleiben ihm hoffentlich sehr viele spannende Begegnungen, überraschende Erkenntnisse und neue Perspektiven auf die Stadt Luzern in Erinnerung.

Jules Gut wünschte für sich kein Abschiedsgeschenk, sondern möchte stattdessen eine Spende an den Sentitreff machen, der ihm sehr am Herzen liegt. Simon Roth freut sich, im Anschluss an die Sitzung mit ihm und allen anderen, die heute verabschiedet worden sind, auf die gemeinsame Zeit, die man im Rat verbracht hat, anzustossen.

Simon Roth wünscht Jules Gut im Namen des Grossen Stadtrates alles Gute für seine Zukunft und dankt ihm herzlich für seinen grossen Einsatz für die Stadt Luzern [Herzlicher Applaus].

Ratspräsident Jules Gut gibt einen kurzen Rückblick auf sein Ratsjahr 2023/2024.

Als Ratspräsident ist er in den letzten Wochen an zahlreiche Anlässe, Ausstellungen und Vernissagen eingeladen worden, sei es hier im Rathaus, in der Kornschütte, im Kunstmuseum oder in einem kleinen Ausstellungsraum in einem Quartier, sei es bei der Eröffnung des neuen Gletschergartens, beim Luzerner Empfang, bei einem Konzert im KKL, bei der Kilbi-Eröffnung in Reussbühl oder beim Quartierverein auf der Villa auf Musegg. Die vollständige Liste ist viel länger und zeigt, wie weltoffen, vielfältig, inspirierend – oder ganz einfach «rüüdig verreckt» – das Stadtleben in Luzern ist! «Tragen wir auch in Zukunft Sorge dazu!», das ist ihm ein grosses Anliegen.

Ratspräsident Jules Gut bedankt sich herzlich bei Sira Steiner, Bettina Rizzi und allen anderen helfenden Händen hinter den Kulissen für die Koordination, die wiederkehrenden Ratsvorbereitungen, die grosse Gelassenheit gegenüber den Menschen in der Politik und auch mal für ein kritisches Nachhaken, wenn etwas nicht genau dann kam, wann es kommen sollte.

In den vergangenen zwölf Monaten lernte Jules Gut die Stadt Luzern noch besser kennen- und vor allem schätzen. Er lernte, ergebnisoffen an Veranstaltungen zu gehen und zu schauen, was auf ihn zukommt. Speziell in Erinnerung werden ihm Anlässe bleiben, an denen er zu Beginn vermeintlich niemanden kannte, aber am Ende mit vielen neuen Ideen und Kontakten nach Hause ging. Typisch Luzern eben! Dafür möchte er allen herzlich danken und auch für das Vertrauen, welches er bei seiner Wahl erhalten hat. So ist es auch in der Politik. Gute Lokalpolitik entsteht dann, wenn man im Austausch miteinander steht, ergebnisoffen neue Ideen aufnimmt und weiterträgt. Er wünscht sich als Ausblick auf die neue Legislatur 2024–2028 ein Parlament, welches brennende Themen miteinander ausdiskutiert und gemeinsam Lösungen erarbeitet. Unsere Heimat, unsere Stadt Luzern, wird sich auch in den kommenden vier Jahren weiterentwickeln und verändern. Aus seiner Sicht ist der Wandel die einzige Konstante.

Freiwilligenarbeit ist etwas, das politische Menschen kennen, sei es als Politiker oder Politikerin, sei es als Mitglied eines Vereins. Jules Gut durfte im Verlauf seines Präsidialjahres an zahlreichen Veranstaltungen teilnehmen. Es sind letztlich immer die zahllosen Freiwilligen, die das Leben in der Stadt am Laufen halten – und sie zeigen auf eindrückliche Art und Weise, wie engagiert, lebenswert und dynamisch die Stadt Luzern unterwegs ist. Der Sprechende dankt allen Freiwilligen herzlich für ihr Engagement, sei es im privaten Rahmen als pflegende Kraft, in einem Verein, an einem Anlass – oder in der Politik. Herzlichen Dank.

Es war ihm eine sehr grosse Freude, während den letzten zwölf Monaten als höchster Stadtluzerner den Rat der Stadt Luzern, die Bevölkerung der Stadt Luzern – notabene die schönste Stadt der Welt – offiziell vertreten zu dürfen und dankt dafür herzlich.

Ratspräsident Jules Gut gibt am Schluss die Information zur nächsten Sitzung bekannt. Diese findet am 5. September 2024 im Rathaus am Kornmarkt statt. Die konstituierende Sitzung findet am Nachmittag ab 15.30 Uhr statt. Der Ratspräsident lädt nun zum traditionellen Abschlussapéro um 18.00 Uhr im Sentitreff ein. Die heutige Sitzung und somit die Legislatur 2020–2024 ist geschlossen. Der Sprechende entlässt das Parlament mit guten Empfehlungen und Wünschen in die Sommerpause.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Luzern, 29. August 2024

Die Protokollführenden:



Franz Lienhard



Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin